

Integrierter Aufgaben - und Finanzplan (IAFP)

Botschaft und Entwurf des Regierungsrates
an den Kantonsrat von Solothurn
vom 1. April 2025, RRB Nr. 2025/531

2026 – 2029

Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2026–2029

Inhaltsverzeichnis

Botschaft und Entwurf an den Kantonsrat		3
I.	Einleitung	12
1.	Was ist der Integrierte Aufgaben- und Finanzplan?	12
2.	Zielhierarchie der Planungsinstrumente	12
3.	Zeitliche Koordination	12
4.	Welche Geschäfte sind in der Finanzplanung?	12
5.	Veränderungen gegenüber dem IAFP 2025–2028	12
6.	Planungsgrundlagen	13
7.	Zukunftsrisiken	14
II.	Finanzielle Übersichten	16
1.	Gesamtsicht	16
2.	Ergebnisse	17
3.	Finanzkennzahlen	25
4.	Finanzielle Veränderungen gegenüber dem IAFP 2025–2028	27
5.	Eingeschränkte Handlungsautonomie	30
III.	Verwaltungseinheiten	31
1.	Behörden und Staatskanzlei	31
2.	Bau- und Justizdepartement	34
3.	Departement für Bildung und Kultur	44
4.	Finanzdepartement	49
5.	Departement des Innern	56
6.	Volkswirtschaftsdepartement	70
7.	Gerichte	78

Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2026–2029

Botschaft und Entwurf des Regierungsrates
an den Kantonsrat von Solothurn
vom 1. April 2025, RRB Nr. 2025/531

Zuständiges Departement

Finanzdepartement

Vorberatende Kommission(en)

Sach- und Aufsichtskommissionen

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	5
1. Ausgangslage	7
1.1 Finanzplanvorgaben	7
1.2 Veränderungen gegenüber dem IAFP 2025–2028.....	7
1.3 Zukunftsrisiken.....	8
2. Einflussmöglichkeiten des Kantonsrates	9
3. Rechtliches	9
4. Antrag.....	9
5. Beschlussesentwurf	11

Kurzfassung

Eckdaten der Planjahre 2026–2029

in MCHF	RE 2024	VA 2025	FP 2026	FP 2027	FP 2028	FP 2029
Erfolgsrechnung						
Betriebsaufwand	2'654.5	2'716.0	2'852.5	2'906.1	2'933.0	2'975.1
Betriebsertrag	-2'667.7	-2'641.8	-2'728.6	-2'797.0	-2'847.4	-2'881.6
Betriebsergebnis	-13.2	74.2	123.9	109.1	85.5	93.6
Finanzaufwand	22.5	25.5	24.5	25.0	24.6	25.2
Finanzertrag	-27.8	-28.8	-27.9	-24.3	-24.2	-24.2
Operatives Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-18.4	70.9	120.5	109.8	85.9	94.6
Wertberichtigung Finanzvermögen	0.3					
Operatives Ergebnis	-18.1	70.9	120.5	109.8	85.9	94.6
Abschreibung Bilanzfehlbetrag PKSO	27.3	27.3	27.3	27.3	27.3	27.3
Gesamtergebnis	9.2	98.2	147.8	137.1	113.2	121.9
Nettoinvestitionen	63.2	83.1	117.1	122.6	145.2	153.9
Finanzierungsergebnis (+Fehlbetrag/-Überschuss)	-20.8	79.7	168.3	164.1	162.5	179.1
Nettoverschuldung*	978.1	1'057.8	1'226.1	1'390.2	1'552.7	1'731.8
Nettoverschuldung je Einwohner in CHF	3'356	3'596	4'128	4'636	5'129	5'668
Operativer Cash Flow (-) / Cash Loss (+)	-84.4	-3.4	51.2	41.5	17.3	25.2
Operativer Selbstfinanzierungsgrad (= Cash Flow in % der Nettoinvestitionen)	133%	4%	-44%	-34%	-12%	-16%

* Die Zahlen im Voranschlag 2025 sind aufgrund der Rechnungsergebnisse 2024 aktualisiert.

Die Rechnung 2024 schloss mit einem Aufwandüberschuss von 9,2 Mio. Franken ab. Dies entspricht einer Verbesserung von 103,1 Mio. Franken gegenüber dem Budget sowie 49,1 Mio. Franken im Vergleich zum Vorjahr. Das Eigenkapital nimmt um 18,1 Mio. Franken zu und beträgt neu 689,3 Mio. Franken. Die Nettoverschuldung sinkt aufgrund des Finanzierungsüberschusses von 20,8 Mio. Franken auf 3'356 Franken pro Einwohner/-in. Das erfreuliche Jahresergebnis beruht hauptsächlich auf einmaligen Sondereffekten bei den Staats- und Erbschaftssteuern.

Mit dem Voranschlag 2025 wird ein Aufwandüberschuss von 98,2 Mio. Franken erwartet. In diesem Ergebnis sind weder der Massnahmenplan 2024 (MP24) noch die von der Schweizerischen Nationalbank (SNB) angekündigte Gewinnausschüttung von 64,0 Mio. Franken enthalten. Können die geplanten Massnahmen aus dem MP24 für das Jahr 2025 in der Höhe von 32,2 Mio. Franken umgesetzt werden, kann 2025 ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt werden.

Im vorliegenden Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2026–2029 ist der MP24 mit einigen Ausnahmen berücksichtigt und eine SNB-Gewinnausschüttung in der Höhe von 42,7 Mio. Franken pro Planjahr eingerechnet. Trotzdem werden Aufwandüberschüsse von über 100 Mio. Franken pro Planjahr erwartet. Zudem werden auch die Nettoinvestitionen aufgrund diverser Grossprojekte im Hoch- und Strassenbau weiter ansteigen. Die Einsparungen aus dem MP24 reichen nicht aus, um die steigenden Ausgaben in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Bildung auszugleichen. Zwischen dem Voranschlag 2025 und dem Finanzplanjahr 2026 erhöhen sich die Globalbudgets und Finanzgrössen im Gesundheitswesen um 26,8 Mio. Franken (6,4 %), im Sozialbereich um 13,8 Mio. Franken (4,3 %) und im Bildungswesen um 22,7 Mio. Franken (4,9 %). Dieser Trend setzt sich in den Folgejahren fort.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen nachfolgend Botschaft und Entwurf zum Integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2026–2029.

1. Ausgangslage

Die Rechnung 2024 schloss mit einem Aufwandüberschuss von 9,2 Mio. Franken und damit erneut mit einem Defizit ab. Das Gesamtergebnis übertraf den Planwert um 103,1 Mio. Franken und lag 49,1 Mio. Franken über dem Vorjahreswert. Die Rechnung 2024 profitierte unter anderem von einmaligen Sondereffekten bei den Staats- und Erbschaftssteuern, von einem höheren Anteil an der Verrechnungssteuer und zum ersten Mal von Ergänzungsbeiträgen aus dem NFA. Zusammen mit den Abfederungsmassnahmen werden damit die finanziellen Auswirkungen aus der Reduktion der Mindestausstattung auf 86,5 % für ressourcenschwache Kantone gedämpft. Der Kostenanstieg in den Globalbudgets und vor allem in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Bildung kann damit jedoch nicht kompensiert werden.

Zusätzlich belasten die hohen Nettoinvestitionen den Staatshaushalt und werden gemäss den aktuellen Mehrjahresplanungen weiter ansteigen.

Diese Mehrbelastungen für den Staatshaushalt zeichneten sich bereits im IAFP 2025–2028 ab, worauf der Regierungsrat die Erarbeitung des Massnahmenplans 2024 beschlossen hat. Dieser wurde im Dezember 2024 durch den Kantons- und Regierungsrat beschlossen und ist im hier vorliegenden IAFP 2026–2029 berücksichtigt.

1.1 Finanzplanvorgaben

Am 21. Januar 2025 hat der Regierungsrat seine Finanzplanvorentscheide (RRB Nr. 2025/64) getroffen. Die Departemente sind angehalten, den Massnahmenplan 2024 (MP24) in ihre Planzahlen zu integrieren und Investitionen realistisch zu planen.

Mit einigen Ausnahmen wurde der MP24 im IAFP 2026–2029 abgebildet. Das Departement des Innern (DDI) wurde vom Kantonsrat beauftragt, zusätzliche Sparmassnahmen in der Höhe von 3 Mio. Franken zu prüfen. Diese sind im vorliegenden IAFP noch nicht enthalten. Ebenfalls noch nicht berücksichtigt sind Einsparungen bei den Staatsbeiträgen in der Höhe von 2,25 Mio. Franken pro Jahr. Infolge des eingereichten Volksauftrags gegen die Schliessung der Schule für Mode und Gestaltung wurde die Massnahme sistiert und nicht im IAFP 2026–2029 berücksichtigt. Die Nettoinvestitionen wurden gemäss aktuellen Informationen geplant und wo nötig in die Folgejahre verschoben.

1.2 Veränderungen gegenüber dem IAFP 2025–2028

- Der Massnahmenplan 2024 gemäss RRB Nr. 2024/2115 vom 17. Dezember 2024 ist in den Planzahlen berücksichtigt.
- Im IAFP 2026–2029 ist eine SNB-Gewinnausschüttung in der Höhe von 42,7 Mio. Franken (bisherige Grundausschüttung) pro Planjahr berücksichtigt.
- Für den NFA-Ressourcenausgleich wurden, analog den letzten beiden Integrierten Aufgaben- und Finanzplänen, Daten des NFA-Prognosemodells vom Kanton Zürich (Stand Januar 2025) übernommen. Im Vergleich zum IAFP 2025–2028 steigen die Einnahmen aus dem NFA im Planjahr 2026 um 2,8 Mio. Franken, während sie im Planjahr 2027 um 1,0 Mio. Franken und im Planjahr 2028 um 11,0 Mio. Franken

sinken. Diese Prognosewerte sind mit Vorsicht zu interpretieren, da die finanzielle Entwicklung aller 26 Kantone massgeblich den NFA beeinflusst. Die Trendmeldung der Eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV) für das Jahr 2026 wird im April 2025 und neue Zahlen aus dem Prognosemodell der BAK Economics im Mai 2025 zur Verfügung stehen.

- Die Umsetzung des indirekten Gegenvorschlages des Bundesrats zur Prämien-Entlastungsinitiative, welcher ab 1. Januar 2026 in Kraft treten soll, ist ab 2028 berücksichtigt. 2026 und 2027 werden für den Kanton Solothurn noch keine finanziellen Auswirkungen erwartet, da die Bundesvorgabe in diesen Übergangsjahren bereits eingehalten wird. Hingegen ist die Umsetzung der einheitlichen Finanzierung ambulanter und stationärer Leistungen (EFAS), welche ab 1. Januar 2028 umgesetzt werden soll, noch nicht berücksichtigt, da die finanziellen Auswirkungen für den Kanton Solothurn noch nicht absehbar sind.
- Die ungeklärten Fragen zur PFAS-Thematik stellen eine zusätzliche Herausforderung bei der Sanierung der Stadtmist-Deponien Solothurn dar. Die Kostenschätzung für die Planjahre 2026–2028 wurden durch das Amt für Umwelt korrigiert. Im Vergleich zum alten IAFP werden für die Jahre 2026–2028 Mehrkosten in der Höhe von 17,0 Mio. Franken erwartet.
- Ab dem 1. Januar 2025 wurde kein Teuerungsausgleich gewährt, so dass die bisherigen Parameter für die Planung der Lohnkosten übernommen werden konnten. Lohnmassnahmen werden zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreterinnen in der GAVKO jährlich im Herbst verhandelt und werden erst in den betreffenden Voranschlägen berücksichtigt.

1.3 Zukunftsrisiken

Neben dem anhaltenden Kostenwachstum in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Bildung infolge der demografischen Entwicklung und der Übernahme neuer Aufgaben hat der Bundesrat das Entlastungspaket 2027 im Januar 2025 in die Vernehmlassung geschickt. Die Vorlage soll den Bundeshaushalt mittels 59 Massnahmen ab 2027 um 2,7 bis 3,6 Mrd. Franken entlasten. Insgesamt umfasst das Paket Massnahmen in der Grössenordnung von 1 Mrd. Franken, die sich auf die Kantone auswirken können. Die genaue finanzielle Mehrbelastung für den Kanton Solothurn kann derzeit nicht beziffert werden.

Beim NFA Ressourcenausgleich fallen die befristeten Abfederungsmassnahmen und Ergänzungsbeiträge gemäss aktueller Prognose per 2027 ganz weg.

Die geplanten Nettoinvestitionen werden nach deren Aktivierung in den Folgejahren zum Anstieg der Abschreibungen führen, welche das Finanzierungsergebnis ebenfalls belasten werden.

1.4 Gesetzliche Grundlagen

Die gesetzliche Grundlage für den Integrierten Aufgaben- und Finanzplan bildet § 16 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G; BGS 115.1).

2. Einflussmöglichkeiten des Kantonsrates

Der Regierungsrat trägt die Verantwortung für die politische Planung insgesamt, der Kantonsrat nimmt davon Kenntnis und ist befugt, die Prioritäten zu verschieben oder andere Ziele zu setzen. Der Kantonsrat hat die Aufgabe, die Planung des Regierungsrates zu beaufsichtigen und zu korrigieren. Mittels Planungsbeschlüssen kann er den Regierungsrat beauftragen, eine Staatsaufgabe in eine bestimmte Richtung zu entwickeln. Der Planungsbeschluss verpflichtet den Regierungsrat, den IAFP im Sinne der Vorgabe zu erstellen oder anzupassen. Der Planungsbeschluss geht der Planung des Regierungsrates vor. In begründeten Fällen kann der Regierungsrat davon abweichen (§ 17 Absatz 1 und Absatz 3 WoV-G). Ein Planungsbeschluss zum IAFP kann nach § 88^{sexies} des Geschäftsreglementes des Kantonsrates vom 10. September 1991 (BGS 121.2) jederzeit von einer ständigen Kommission, einer Fraktion oder 17 Ratsmitgliedern beantragt werden. Für die Einreichung von Planungsbeschlüssen zum IAFP gibt es keine zeitlichen Restriktionen.

3. Rechtliches

Nach § 16 Absatz 3 WoV-G nimmt der Kantonsrat vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan lediglich Kenntnis. Nach § 148 Abs. 1 Buchstabe a des Gesetzes über die politischen Rechte vom 22. September 1996 (BGS 113.111) sind Kantonsratsbeschlüsse, welche lediglich auf Kenntnisnahme lauten, vom fakultativen Referendum ausgeschlossen.

4. Antrag

Wir bitten Sie, auf die Vorlage einzutreten und dem nachfolgenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Im Namen des Regierungsrates

Sandra Kolly
Frau Landammann

Andreas Eng
Staatsschreiber

5. **Beschlussesentwurf**

Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2026–2029

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 73 und 78 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986 und § 16 Absatz 3 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003, nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 1. April 2025 (RRB Nr. 2025/531), beschliesst:

Vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2026–2029 wird Kenntnis genommen.

Im Namen des Kantonsrates

Präsident

Ratssekretär

Dieser Beschluss unterliegt nicht dem Referendum.

Verteiler KRB

Amt für Finanzen
Departemente (5)
Staatskanzlei
Gerichtsverwaltung
Kantonale Finanzkontrolle
Parlamentsdienste
Aktuarin Finanzkommission (16)

1. Einleitung

1.1. Was ist der Integrierte Aufgaben- und Finanzplan?

Der Integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) ist das zentrale mittelfristige Planungsinstrument des Regierungsrates: Für einen Zeithorizont von 4 Jahren wird die geplante Aufgaben- und Finanzentwicklung über alle staatlichen Tätigkeiten dargestellt und erläutert. Der IAFP ist eine rollende Planung. Er wird vom Regierungsrat jährlich für das kommende Budgetjahr und die drei darauffolgenden Jahre erstellt. Im Gegensatz dazu wird der Legislaturplan nur alle vier Jahre erstellt und konzentriert sich auf die politischen Schwerpunkte einer Amtsperiode.

Gemäss dem Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV-G; §16 Absatz 2) sind im IAFP die wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sowie innerhalb der gesamten Planperiode aufzuzeigen und zu begründen. Dadurch soll eine transparente, nachvollziehbare und seriöse Planungsarbeit gewährleistet werden. In jedem Aufgabenbereich werden konkrete Massnahmen zur Erreichung der Legislaturziele definiert. Der Bearbeitungsstand dieser Massnahmen wird laufend aktualisiert und rapportiert. Der Regierungsrat legt den IAFP dem Kantonsrat jährlich zur Kenntnisnahme vor.

1.2. Zielhierarchie der Planungsinstrumente

Gemäss § 4 Absatz 2 WoV-G werden die Wirkungsziele und Leistungsvorgaben in folgenden Beschlussformen festgelegt:

- a) langfristige sowie grundlegende Ziele in der Gesetzgebung;
- b) mittelfristige Ziele im Legislaturplan und im IAFP;
- c) kurzfristige Ziele im Voranschlag bzw. Globalbudget und im Jahresplan.

Verfassung und Gesetz stehen über den genannten Planungsinstrumenten. Der Regierungsrat kann in seinen Plänen (Legislaturplan und IAFP) jedoch Änderungen am rechtlichen Rahmen vorsehen, falls die vorgesehenen Massnahmen dies erforderlich machen. Der definitive Entscheid hierüber liegt in jedem Fall beim Kantonsrat bzw. beim Volk. Bei den Leistungsaufträgen auf Ebene Globalbudget haben Verfassung und Gesetze in jedem Fall Vorrang.

Der IAFP hat eine koordinierende Schnittstellenfunktion zwischen den gesetzlichen Bestimmungen und den politischen Schwerpunkten des Legislaturplans. Zusätzlich werden die allgemeinen Zielsetzungen und Absichtserklärungen konkret in den Massnahmen bzw. Projekten beschrieben, welche direkt über die Jahresplanung der Departemente die Mitarbeiterziele beeinflussen.

Aufgabengliederung nach Verwaltungseinheiten

Der IAFP wird gemäss der aktuellen Organisationsstruktur der Verwaltung abgebildet (RRB Nr. 2024/2102 vom 17. Dezember 2024).

Die staatliche Buchhaltung führt einzelne Profitcenter, welche sich in Globalbudgets und Finanzgrössen aufteilen. Für die Globalbudgets werden Leistungsauf-

träge und Saldovorgaben mit mehrjährigen Globalbudgetvorlagen verabschiedet. Was nicht direkt durch die Leistung einzelner Ämter beeinflusst werden kann, wie z. B. Steuererträge oder Schulgelder, wird als Finanzgrösse geführt und als Voranschlagskredit bewilligt.

1.3. Zeitliche Koordination

Der IAFP wird jeweils im Frühjahr vor Beginn des Voranschlagsprozesses erstellt. Dadurch wird sichergestellt, dass der Finanzkommission nebst dem Geschäftsbericht 2024 auch aktuelle Plandaten zur Festlegung der Budgetvorgaben vorliegen. Der vorliegende IAFP basiert auf dem aktuell gültigen Legislaturplan 2021–2025.

1.4. Welche Geschäfte sind in der Finanzplanung?

Im Grundsatz werden die voraussichtlichen finanziellen Auswirkungen abgebildet, welche auf rechtskräftigen Erlassen, Absichtserklärungen, Finanzbeschlüssen, Vernehmlassungsvorlagen oder verabschiedeten Botschaften basieren. Die finanziellen Folgen sind gemäss den genehmigten Beschlüssen auszuweisen, insbesondere bei befristeten Geschäften.

Viele Projekte des Parlaments oder der Regierung sind jedoch noch nicht abschliessend ausgearbeitet. Daher werden kantonale Geschäfte, die noch nicht spruchreif sind und bei denen keine ausreichende Planungssicherheit besteht, im Finanzplan nicht berücksichtigt.

Zur Wahrung der Transparenz und zur besseren Verknüpfung von Sach- und Finanzpolitik werden die wesentlichsten Abgrenzungen zwischen bundespolitischen und kantonalen Geschäften auf dem aktuellen Stand dargestellt.

Finanzplanvorgaben

Der Regierungsrat hat seine Finanzplanvorgaben am 21. Januar 2025 zur Umsetzung in den Departementen verabschiedet (RRB Nr. 2025/64). Die Departemente sind angehalten, den Massnahmenplan 2024 (MP24) in ihre Planzahlen zu integrieren und Investitionen realistisch zu planen.

1.5. Veränderungen gegenüber dem IAFP 2025–2028

Gegenüber dem letztjährigen IAFP 2025–2028 sind im neuen IAFP 2026–2029 folgende relevante Positionen neu integriert bzw. angepasst worden:

Massnahmenplan 2024

Mehrbelastungen für den Staatshaushalt zeichneten sich bereits im IAFP 2025–2028 ab, worauf der Regierungsrat die Erarbeitung des Massnahmenplans 2024 beschlossen hat (RRB Nr. 2023/2062 vom 11. Dezember 2023). Dieser wurde im Dezember 2024 durch den Kantons- und Regierungsrat (SGB Nr. 0205/2024 vom 10. Dezember 2024 bzw. RRB Nr. 2024/2115 vom 17. Dezember 2024) beschlossen. Mit insgesamt 114 Massnahmen soll der Staatshaushalt um rund 60 Mio. Franken entlastet werden.

Mit einigen Ausnahmen wurde der MP24 im IAFP 2026–2029 abgebildet. Das Departement des Innern (DDI) wurde vom Kantonsrat beauftragt, zusätzliche

Sparmassnahmen in der Höhe von 3 Mio. Franken zu prüfen (SGB Nr. 0205a/2024 vom 10. Dezember 2024). Diese sind im vorliegenden IAFP noch nicht enthalten. Ebenfalls nicht berücksichtigt sind Einsparungen bei den Staatsbeiträgen in Höhe von 2,25 Mio. Franken pro Jahr, da noch nicht feststeht, in welchem Bereich diese realisiert werden können. Infolge des eingereichten Volksauftrags gegen die Schliessung der Schule für Mode und Gestaltung wurde die Massnahmen sistiert und nicht im IAFP 2026–2029 berücksichtigt.

Steuerertrag

Der IAFP 2026–2029 berücksichtigt, analog den Vorjahren, einen Steuerfuss von 104 % für natürliche Personen und 100 % für juristische Personen.

Die Staatssteuererträge der natürlichen Personen werden aufgrund der stabilen Arbeitsmarktlage und des Bevölkerungswachstums voraussichtlich mit einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von 1,6 % bis 2028 ansteigen. Für das Jahr 2029 wird jedoch nur eine minimale Erhöhung erwartet, bedingt durch zahlreiche Unsicherheiten.

Für die juristischen Personen wird im Zeitraum von 2026 bis 2029 eine ähnliche Entwicklung wie im Jahr 2024 prognostiziert. Der Voranschlag 2025 wurde aufgrund einmaliger Sondereffekte höher budgetiert.

Im Hinblick auf die OECD-Mindestbesteuerung, die seit dem 1. Januar 2024 in Kraft ist, werden keine nennenswerten Erträge erwartet.

Nettoinvestitionen

Im Vergleich zum IAFP 2025–2028 werden für die Planjahre 2026–2028 41,7 Mio. Franken tiefere Nettoinvestitionen geplant. Über die gesamte Planperiode 2026–2029 hinweg betrachtet liegen sie 14,8 Mio. Franken über dem bisherigen IAFP. Neue Grossprojekte wurden keine aufgenommen; bestehende Projekte mussten jedoch infolge von Verzögerungen in die Folgejahre verschoben werden.

Zinsendienst und Vermögenserträge

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) hat den Leitzins im Verlauf des Jahres 2024 von 1,75 % auf 0,5 % gesenkt. Am 21. März 2025 erfolgte eine weitere Reduktion um 25 Basispunkte auf 0,25 %. Für die Berechnung des Zinsdienstes und der Vermögenserträge wurde im vorliegenden IAFP der per 13. Dezember 2024 geltende Leitzins von 0,5 % berücksichtigt.

1.6. Planungsgrundlagen

Der Erstellung des vorliegenden IAFP beruht auf folgenden volkswirtschaftlichen Eckdaten:

Wirtschaftswachstum (BIP real)

Die Expertengruppe des Bundes erwartet für das Jahr 2026 ein kalender- und sporteventbereinigtes Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 1,7 %. Die Mittelfristprognose des SECO rechnet für 2027 mit einem Anstieg von 1,8 %, welcher sich 2028 auf 1,6 % und 2029 auf 1,5 % abschwächen dürfte (Stand: 19. Dezember 2024).

Teuerung

Die Prognose zur Teuerungsentwicklung beruht ebenfalls auf dem Stand vom 19. Dezember 2024 und sieht für den Planungshorizont 2026–2029 Werte zwischen 0,7 % (2026) und 1,0 % (2029) vor. Im Vergleich zum Prognosewert 2025 von 0,3 % wird demnach ein Anstieg der Teuerung erwartet.

Lohnmassnahmen

Die Lohnmassnahmen werden jährlich im Herbst von den Sozialpartnern (GAVKO) ausgehandelt. Im vorliegenden IAFP 2026–2029 sind demnach noch keine Lohnmassnahmen enthalten.

Bevölkerungswachstum

Bei der Berechnung der Nettoverschuldung pro Einwohner/-in wird für die Bestimmung des Bevölkerungswachstums das mittlere Szenario der Kantonalen Bevölkerungsprognose 2050 verwendet. Die entsprechende Prognose ist auf dem kantonalen Statistikportal publiziert. Sie dient auch den Amtsstellen des Kantons Solothurn als Basis für die Berechnung finanzrelevanter Kennzahlen.

Gewinnausschüttung SNB

Die aktuell gültige Vereinbarung zwischen dem Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD) und der Schweizerischen Nationalbank (SNB) für die Geschäftsjahre 2020–2025 sieht eine Gewinnausschüttung von bis zu 6 Mrd. Franken an Bund und Kantone vor – unter der Voraussetzung, dass es die finanzielle Situation der SNB zulässt. Für das Geschäftsjahr 2024 weist die SNB einen Gewinn von 80,7 Mrd. Franken aus. Damit ist eine Gewinnausschüttung von insgesamt 3 Mrd. Franken an Bund und Kantone möglich. Nach dieser Ausschüttung beläuft sich die Ausschüttungsreserve auf 12,9 Mrd. Franken. 2025 wird die Vereinbarung zwischen dem EFD und der SNB neu verhandelt. Die anhaltend angespannte geopolitische Lage führt zu einer hohen Volatilität an den Finanzmärkten, von der die SNB direkt betroffen ist. Trotz dieser Unsicherheiten wird im IAFP 2026–2029 eine Gewinnausschüttung von jährlich 42,7 Mio. Franken berücksichtigt. Dieser Betrag entspricht der aktuellen Grundausschüttung zugunsten des Kantons Solothurn.

Ausfinanzierung der Pensionskasse des Kantons Solothurn (PKSO)

Gestützt auf den Volksentscheid vom 28. September 2014 wurde die Pensionskasse des Kantons Solothurn mit einem Betrag von 1,1 Mrd. Franken ausfinanziert. Die daraus resultierenden jährlichen Abschreibungskosten des entsprechenden Finanzfehlbetrags belaufen sich auf 27,3 Mio. Franken über eine Laufzeit von 40 Jahren und sind im IAFP 2026–2029 entsprechend berücksichtigt. An der Finanzierung beteiligen sich auch die Versicherten, die Solothurner Spitäler AG (soH) sowie die Schulgemeinden. Ihr Anteil beträgt 4,5 % auf die geleisteten Arbeitgeberbeiträge und ist in die Berechnung der Ausfinanzierungskosten miteinbezogen.

Finanzausgleich und Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA)

Der Finanz- und Lastenausgleich zwischen Bund und Kantonen (NFA) hat grossen Einfluss auf den Staatshaushalt des Nehmerkantons Solothurn. So sind im IAFP 2026–2029 Einnahmen aus dem NFA zwischen 433,5 Mio. Franken (2025) und 529,1 Mio. Franken (2029) eingeplant.

Die Berechnung des Ressourcenausgleichs ist äusserst komplex. Der Anteil des Kantons Solothurn hängt nicht nur von der Entwicklung des eigenen Ressourcenpotenzials ab, sondern auch wesentlich von den Veränderungen in den übrigen 25 Kantonen. Entsprechend sind bereits mittelfristige Prognosen mit erheblichen Unsicherheiten behaftet.

Mit der per 1. Januar 2020 in Kraft getretenen Reform des NFA wurde die Mindestausstattung der Kantone bis ins Jahr 2022 schrittweise auf 86,5 % des schweizerischen Durchschnitts gesenkt und als feste Grösse in der Verordnung verankert. Zur Unterstützung ressourcenschwacher Kantone wurden für die Jahre 2021 bis 2025 Übergangsmassnahmen vorgesehen. Der Kanton Solothurn wird im Jahr 2025 letztmals 4,3 Mio. Franken aus diesen Abfederungsmassnahmen erhalten. Zusätzlich erhielt der Kanton Solothurn im Jahr 2024 erstmals Ergänzungsbeiträge in der Höhe von 42,8 Mio. Franken. Diese Beiträge werden bis 2030 an ressourcenschwache Kantone ausbezahlt. Für das Jahr 2025 ist ein Betrag von 24,2 Mio. Franken vorgesehen, 2026 gemäss aktueller Prognose noch 5,6 Mio. Franken – ab 2027 fallen die Beiträge voraussichtlich vollständig weg. Im Vergleich zum IAFP 2025–2028 steigen die Einnahmen aus dem NFA-Ressourcenausgleich im Planjahr 2026 um 2,8 Mio. Franken, während sie 2027 um 1,0 Mio. Franken und 2028 um 11,0 Mio. Franken sinken. Insgesamt sind im Vergleich der beiden Finanzplanungen (IAFP 2025–2028 gegenüber IAFP 2026–2029) 79,9 Mio. Franken mehr Einnahmen aus dem Ressourcenausgleich budgetiert.

Zur Erhebung des NFA-Ressourcenausgleichs wurden die Ergebnisse des NFA-Prognosemodells des Kantons Zürich (Stand Januar 2025) verwendet. Die Trendmeldung der Eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV) für das Jahr 2026 wird im April 2025 erwartet; aktualisierte Zahlen aus dem Prognosemodell von BAK Economics folgen im Mai 2025.

Sanierung Stadtmist-Deponien Solothurn

Seit dem Spatenstich Anfang Juli 2022 wurde im Bereich des Installationsplatzes auf der Deponie Unterhof der Deponiekörper zur Hälfte ausgehoben (ca. 36'000 Tonnen) und fachgerecht entsorgt. Mit der Inbetriebnahme der Abfallanlage im Mai 2023 wurden die Aushubarbeiten auf der Deponie Spitzelfeld begonnen. Per Ende 2024 wurden rund 100'000 Tonnen ausgehoben und fachgerecht entsorgt. Die grössten Herausforderungen sind die Fragen zum Thema PFAS und das hohe Vorkommen von radioaktivem Material. Insbesondere das Erschliessen der Entsorgungswege für PFAS-haltiges oder radioaktiv belastetes Material erweist sich als schwierig. Trotzdem ist man terminlich weiterhin auf Kurs mit Hinblick auf Abschluss der Sanierungsarbeiten im Jahr 2028.

Die aktuelle Kostenschätzung geht von einem Kantonsanteil von netto rund 14 Mio. Franken im Jahr 2026, 15,7 Mio. Franken im Jahr 2027, 7,2 Mio. Franken im Jahr 2028 und rund 3 Mio. Franken im Jahr 2029 aus. Im Vergleich zum IAFP 2025–2028 wird mit 17,0 Mio. Franken höheren Kosten für die Jahre 2026–2028 gerechnet.

Prämien-Entlastungsinitiative

Die Umsetzung des indirekten Gegenvorschlages des Bundesrats zur Prämien-Entlastungsinitiative, welcher ab 1. Januar 2026 in Kraft treten soll, ist ab 2028 berücksichtigt. 2026 und 2027 werden für den Kanton Solothurn noch keine finanziellen Auswirkungen erwartet, da die Bundesvorgabe in diesen Übergangsjahren bereits eingehalten wird. Für den Kanton Solothurn geht der Bund von zusätzlichen Kosten bis zu 15 Mio. Franken aus (Grundlage: Daten 2020). Die künftigen Kantonsbeiträge und somit auch die jährlichen Mehrkosten sind jedoch schwer abschätzbar, da sie von dynamischen Faktoren (u.a. Entwicklung der Gesundheitskosten, Einkommensentwicklung, Prämienentlastung im Referenzjahr) abhängen.

Einheitliche Finanzierung ambulant/stationär

Die Umsetzung der einheitlichen Finanzierung ambulanter und stationärer Leistungen (EFAS), die per 1. Januar 2028 in Kraft treten soll, wurde in diesem IAFP noch nicht berücksichtigt, da die finanziellen Auswirkungen für den Kanton Solothurn derzeit nicht abschätzbar sind.

Stichtage

Für die Finanzdaten gilt als Stichtag der 12. März 2025 (Eingabeschluss für Ämter und Departemente). Berücksichtigt sind die Daten des Geschäftsberichts 2024 (RRB Nr. 2025/531 vom 1. April 2025) und des Voranschlags 2025 (SGB 0201/2024 vom 18. Dezember 2024).

Legislaturplan

Der Regierungsrat hat den Legislaturplan 2021–2025 am 2. November 2021 zu Händen des Kantonsrates verabschiedet (RRB Nr. 2021/1592), welcher diesen am 22. März 2022 zur Kenntnis genommen hat (SGB 0206/2021). Im Zentrum des Legislaturplans stehen unter anderem die Themen Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Kantons Solothurn, welche – nebst weiteren Massnahmen – durch die digitale Transformation der Verwaltung gestärkt werden sollen. Auch der Klimawandel bildet ein zentrales Handlungsfeld. Es ist davon auszugehen, dass diesen Themen weiterhin grosse Bedeutung zukommt und sie in den neuen Legislaturplan übernommen werden. Der Legislaturplan 2025–2029 wird im Herbst 2025 durch den neu zusammengesetzten Regierungsrat verabschiedet werden.

1.7. Zukunftsrisiken

Der Staatshaushalt des Kantons Solothurn ist verschiedenen Risiken und Unsicherheiten ausgesetzt:

Anhaltendes Kostenwachstum

In den Bereichen Gesundheit, Soziales und Bildung steigen die Kosten kontinuierlich an. Dies ist einerseits auf

die demografische Entwicklung zurückzuführen, andererseits auf die Übernahme neuer Aufgaben. Die künftige Mehrbelastung der Staatsrechnung lässt sich dabei teilweise noch nicht genau beziffern – etwa im Zusammenhang mit der Einführung der einheitlichen Finanzierung ambulanter und stationärer Leistungen (EFAS). Auch in weiteren Bereichen wie Umwelt und Sicherheit führen eine erhöhte Nachfrage nach Dienstleistungen, neue gesetzliche Vorgaben sowie steigende Qualitätsansprüche zu zusätzlichen Kosten.

Entlastungspaket 2027 des Bundes

Der Bundesrat hat das Entlastungspaket 2027 im Januar 2025 in die Vernehmlassung geschickt. Die Vorlage soll den Bundeshaushalt mittels 59 Massnahmen ab 2027 um 2,7 bis 3,6 Mrd. Franken entlasten. Davon betreffen Massnahmen im Umfang von rund 1 Mrd. Franken potenziell auch die Kantone. Zur Diskussion stehen unter anderem die Verkürzung der Abgeltungsdauer für Globalpauschalen im Bereich Migration, der Verzicht auf das Gebäudeprogramm, Kürzungen beim soziodemografischen Lastenausgleich sowie ein höherer Deckungsgrad im regionalen Personenverkehr. Die daraus resultierende finanzielle Mehrbelastung für den Kanton Solothurn lässt sich derzeit noch nicht beziffern.

Finanzausgleich und Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA)

Beim NFA Ressourcenausgleich fallen die befristeten Abfederungsmassnahmen und Ergänzungsbeiträge gemäss aktueller Prognose per 2027 ganz weg. Zudem hat der Bund das Projekt «Entflechtung 27» lanciert. Erste Projektergebnisse werden im Frühling 2026 erwartet.

Nettoinvestitionen

Die geplanten Nettoinvestitionen werden nach deren Aktivierung in den Folgejahren zum Anstieg der Abschreibungen führen, welche das Finanzierungsergebnis ebenfalls belasten werden.

Weltpolitische Lage

Die weltpolitische Lage, geprägt durch Kriege an verschiedenen Fronten, führt unter anderem zu neuen Flüchtlingsströmen und erhöht die Volatilität der Finanzmärkte. Dies erhöht auch die Unsicherheit über die zukünftigen Gewinnausschüttungen der SNB.

2. Finanzielle Übersichten

2.1. Gesamtsicht

Leistungen

Eine Übersicht über die Leistungen sowie die zugehörigen Aufgaben, Massnahmen und Projekte findet sich in Kapitel 3, gegliedert nach Departementen. Auf eine weiterführende Kommentierung an dieser Stelle wird verzichtet.

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn wurde vom Kantonsrat beauftragt, die Aufgaben und Leistungen sowie die Ertragsmöglichkeiten des Kantons losgelöst vom Budgetprozess grundsätzlich zu analysieren und zu hinterfragen. Im Verlauf des Jahres 2024 wurde bei drei Pilotämtern eine Leistungsüberprüfung mit externer Unterstützung durchgeführt. Der Bericht mit den Erkenntnissen und dem vorgesehenen weiteren Vorgehen soll bis Ende Juni 2025 vorliegen.

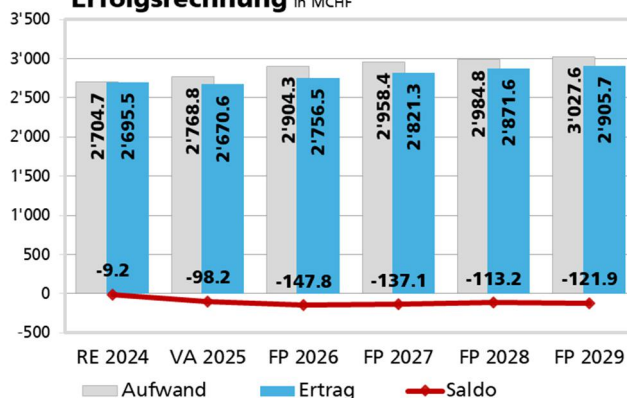
Finanzen

Die Rechnung 2024 schloss mit einem Aufwandüberschuss von 9,2 Mio. Franken ab und liegt damit 103,1 Mio. Franken über dem Budget sowie 49,1 Mio. Franken über dem Vorjahreswert. Das Eigenkapital nimmt um 18,1 Mio. Franken zu und beträgt neu 689,3 Mio. Franken. Die Nettoverschuldung sinkt aufgrund des Finanzierungsüberschusses von 20,8 Mio. Franken auf 3'356 Franken pro Einwohner/-in. Das erfreuliche Jahresergebnis beruht hauptsächlich auf einmaligen Sondereffekten bei den Staats- und Erbschaftssteuern.

Mit dem Voranschlag 2025 wird ein Aufwandüberschuss von 98,2 Mio. Franken erwartet. In diesem Ergebnis sind weder der Massnahmenplan 2024 (MP24) noch die von der Schweizerischen Nationalbank (SNB) angekündigte Gewinnausschüttung von 64,0 Mio. Franken enthalten. Können die geplanten Massnahmen aus dem MP24 für das Jahr 2025 in der Höhe von 32,2 Mio. Franken umgesetzt werden, könnte 2025 ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt werden.

Im vorliegenden IAFP 2026–2029 ist der MP24 mit einigen Ausnahmen berücksichtigt und eine SNB-Gewinnausschüttung in der Höhe von 42,7 Mio. Franken pro Planjahr eingerechnet. Trotzdem werden Aufwandüberschüsse von über 100 Mio. Franken pro Planjahr erwartet. Zudem werden auch die Abschreibungen aufgrund diverser Grossprojekte im Hoch- und Strassenbau weiter ansteigen. Die Einsparungen aus dem MP24 reichen nicht aus, um die steigenden Ausgaben in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Bildung wieder auszugleichen. Zwischen dem Voranschlag 2025 und dem Finanzplanjahr 2026 erhöhen sich die Globalbudgets und Finanzgrössen im Gesundheitswesen um 26,8 Mio. Franken (6,4 %), im Sozialbereich um 13,8 Mio. Franken (4,3 %) und im Bildungswesen um 22,7 Mio. Franken (4,9 %). Dieser Trend setzt sich in den Folgejahren fort.

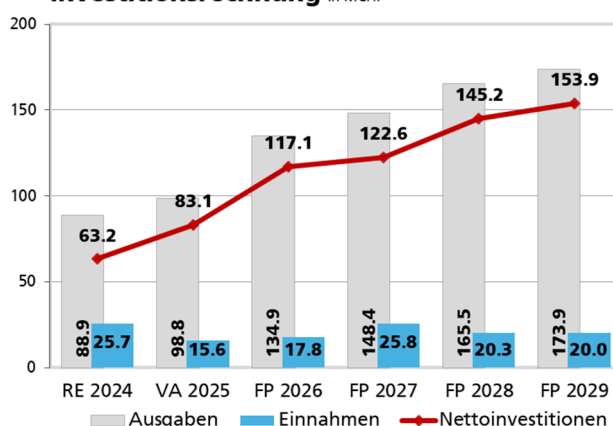
Erfolgsrechnung in MCHF



Grossprojekte

Während die Investitionstätigkeit aufgrund von Projektverschiebungen und -verzögerungen sowie nach der Fertigstellung von Grossprojekten in den letzten Jahren eher tief war, führen verschiedene anstehende neue Grossprojekte (u.a. Sanierung Baselstrasse Solothurn, Neubau Zentralgefängnis, Erweiterung Rötihof) mittelfristig zu einem Anstieg der Investitionen.

Investitionsrechnung in MCHF



2.2. Ergebnisse

in MCHF	RE 2024	VA 2025	FP 2026	FP 2027	FP 2028	FP 2029
Operativer Cashflow (-) / Cashloss (+)	-84.4	-3.4	51.2	41.5	17.3	25.2
Erfolgsrechnung						
Betriebsaufwand	2'654.5	2'716.0	2'852.5	2'906.1	2'933.0	2'975.1
Betriebsertrag	-2'667.7	-2'641.8	-2'728.6	-2'797.0	-2'847.4	-2'881.6
Betriebsergebnis (-Ertrags-/+Aufwandüberschuss)	-13.2	74.2	123.9	109.1	85.5	93.6
Finanzaufwand	22.5	25.5	24.5	25.0	24.6	25.2
Finanzertrag	-27.8	-28.8	-27.9	-24.3	-24.2	-24.2
Operatives Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit (-Ertrags-/+Aufwandüberschuss)	-18.4	70.9	120.5	109.8	85.9	94.6
Wertberichtigung Finanzvermögen	0.3					
Operatives Ergebnis (-Ertrags-/+Aufwandüberschuss)	-18.1	70.9	120.5	109.8	85.9	94.6
Abschreibung Bilanzfehlbetrag PKSO	27.3	27.3	27.3	27.3	27.3	27.3
Gesamtergebnis (-Ertrags-/+Aufwandüberschuss)	9.2	98.2	147.8	137.1	113.2	121.9
Investitionsrechnung						
Investitionsausgaben	88.9	98.8	134.9	148.4	165.5	173.9
Investitionseinnahmen	-25.7	-15.6	-17.8	-25.8	-20.3	-20.0
Nettoinvestitionen	63.2	83.1	117.1	122.6	145.2	153.9
Finanzierungsergebnis (-Überschuss/+Fehlbetrag)	-20.8	79.7	168.3	164.1	162.5	179.1
Nettoverschuldung ¹⁾	978.1	1'057.8	1'226.1	1'390.2	1'552.7	1'731.8
Nettoverschuldung je Einwohner in CHF	3'356	3'596	4'128	4'636	5'129	5'668
Operativer Selbstfinanzierungsgrad (= Cashflow in % der Nettoinvestitionen)	133%	4%	-44%	-34%	-12%	-16%

¹⁾ Die Zahlen im Voranschlag 2025 sind aufgrund der Rechnungsergebnisse 2024 aktualisiert.

Erfolgsrechnung nach Departementen

in MCHF

1. Behörden und Staatskanzlei	RE 2024	VA 2025	FP 2026	FP 2027	FP 2028	FP 2029
Aufwand	23.6	23.7	26.4	26.1	25.5	25.9
Ertrag	-3.0	-0.6	-0.6	-0.5	-0.5	-0.5
Verrechnungen	-9.5	-11.0	-12.3	-12.3	-12.0	-12.2
Saldo	11.0	12.1	13.5	13.3	13.1	13.2
2. Bau- und Justizdepartement	RE 2024	VA 2025	FP 2026	FP 2027	FP 2028	FP 2029
Aufwand	287.3	305.6	315.0	321.1	309.7	296.5
Ertrag	-180.2	-188.9	-195.9	-196.3	-190.3	-182.5
Verrechnungen	-32.9	-27.3	-23.7	-23.4	-22.8	-22.5
Saldo	74.2	89.4	95.4	101.4	96.6	91.5
3. Bildung und Kultur	RE 2024	VA 2025	FP 2026	FP 2027	FP 2028	FP 2029
Aufwand	536.5	546.6	567.5	570.1	571.5	574.6
Ertrag	-64.6	-64.5	-62.3	-62.4	-62.6	-62.7
Verrechnungen	28.8	31.9	32.6	32.7	32.9	33.0
Saldo	500.7	514.0	537.8	540.5	541.8	544.9
4. Finanzdepartement	RE 2024	VA 2025	FP 2026	FP 2027	FP 2028	FP 2029
Aufwand	163.0	168.3	172.4	172.4	173.4	174.7
Ertrag	-1'736.7	-1'706.2	-1'736.9	-1'787.7	-1'825.7	-1'853.7
Verrechnungen	8.1	4.0	1.7	0.6	-1.1	-2.0
Saldo	-1'565.6	-1'534.0	-1'562.8	-1'614.8	-1'653.4	-1'681.0
5. Departement des Innern	RE 2024	VA 2025	FP 2026	FP 2027	FP 2028	FP 2029
Aufwand	1'396.9	1'413.4	1'504.5	1'549.3	1'606.7	1'657.6
Ertrag	-548.3	-543.1	-590.0	-603.1	-621.8	-637.0
Verrechnungen	6.3	8.4	9.3	9.6	10.1	10.5
Saldo	855.0	878.7	923.8	955.8	995.0	1'031.1
6. Volkswirtschaftsdepartement	RE 2024	VA 2025	FP 2026	FP 2027	FP 2028	FP 2029
Aufwand	264.6	279.2	283.5	284.1	262.6	262.9
Ertrag	-157.5	-161.8	-165.5	-165.8	-165.5	-164.0
Verrechnungen	-3.3	-8.8	-9.9	-9.7	-9.6	-9.5
Saldo	103.8	108.6	108.0	108.6	87.6	89.4
7. Gerichte	RE 2024	VA 2025	FP 2026	FP 2027	FP 2028	FP 2029
Aufwand	32.8	32.0	35.2	35.2	35.4	35.6
Ertrag	-5.3	-5.4	-5.4	-5.4	-5.4	-5.4
Verrechnungen	2.6	2.8	2.4	2.5	2.5	2.6
Saldo	30.1	29.4	32.2	32.3	32.6	32.8
Gesamttotal	RE 2024	VA 2025	FP 2026	FP 2027	FP 2028	FP 2029
Aufwand	2'704.7	2'768.8	2'904.3	2'958.4	2'984.8	3'027.6
Ertrag	-2'695.5	-2'670.6	-2'756.5	-2'821.3	-2'871.6	-2'905.7
Saldo	9.2	98.2	147.8	137.1	113.2	121.9

Investitionsrechnung nach Departementen

in MCHF

1. Behörden und Staatskanzlei	RE 2024	VA 2025	FP 2026	FP 2027	FP 2028	FP 2029
Ausgaben	1.0	1.6	2.0	1.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	1.0	1.6	2.0	1.0	0.0	0.0
2. Bau- und Justizdepartement	RE 2024	VA 2025	FP 2026	FP 2027	FP 2028	FP 2029
Ausgaben	69.2	70.3	107.6	119.9	141.8	149.5
Einnahmen	-20.4	-6.7	-13.3	-21.3	-15.8	-15.5
Nettoinvestitionen	48.8	63.6	94.3	98.6	126.0	134.0
3. Bildung und Kultur	RE 2024	VA 2025	FP 2026	FP 2027	FP 2028	FP 2029
Ausgaben	3.8	7.0	2.8	2.8	2.0	2.0
Einnahmen	-2.9	-6.3	-1.7	-1.7	-1.7	-1.7
Nettoinvestitionen	0.9	0.8	1.1	1.1	0.3	0.3
4. Finanzdepartement	RE 2024	VA 2025	FP 2026	FP 2027	FP 2028	FP 2029
Ausgaben	6.3	11.0	13.0	13.0	13.0	13.0
Einnahmen	-0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	6.1	11.0	13.0	13.0	13.0	13.0
5. Departement des Innern	RE 2024	VA 2025	FP 2026	FP 2027	FP 2028	FP 2029
Ausgaben	3.2	2.8	3.3	5.1	2.2	2.9
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	3.2	2.8	3.3	5.1	2.2	2.9
6. Volkswirtschaftsdepartement	RE 2024	VA 2025	FP 2026	FP 2027	FP 2028	FP 2029
Ausgaben	5.4	6.0	6.2	6.5	6.5	6.5
Einnahmen	-2.2	-2.7	-2.8	-2.8	-2.8	-2.8
Nettoinvestitionen	3.2	3.4	3.5	3.7	3.7	3.7
7. Gerichte	RE 2024	VA 2025	FP 2026	FP 2027	FP 2028	FP 2029
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Gesamttotal	RE 2024	VA 2025	FP 2026	FP 2027	FP 2028	FP 2029
Ausgaben	88.9	98.8	134.9	148.4	165.5	173.9
Einnahmen	-25.7	-15.6	-17.8	-25.8	-20.3	-20.0
Nettoinvestitionen	63.2	83.1	117.1	122.6	145.2	153.9

Funktionale Gliederung Erfolgsrechnung

in M CHF	RE 2024	VA 2025	FP 2026	FP 2027	FP 2028	FP 2029
0 Allgemeine Verwaltung						
Aufwand	186.0	185.4	195.2	195.0	196.2	197.5
Ertrag	-75.7	-69.0	-71.7	-71.6	-71.6	-71.6
Verrechnung	-75.0	-82.9	-84.9	-85.9	-86.8	-87.8
Saldo	35.2	33.4	38.6	37.6	37.8	38.0
1 Öffentliche Sicherheit, Justiz, Polizei						
Aufwand	254.5	258.7	268.0	271.3	274.8	281.7
Ertrag	-96.6	-98.3	-99.8	-101.4	-102.5	-102.9
Verrechnung	20.4	23.5	17.2	17.7	18.2	18.7
Saldo	178.3	183.9	185.3	187.6	190.5	197.5
2 Bildung						
Aufwand	532.0	542.4	562.5	565.4	567.6	570.6
Ertrag	-66.8	-66.6	-64.2	-64.3	-64.5	-64.6
Verrechnung	31.2	34.3	35.0	35.2	35.3	35.5
Saldo	496.4	510.2	533.4	536.2	538.4	541.5
3 Kultur und Freizeit						
Aufwand	17.5	17.2	18.0	17.9	17.0	17.1
Ertrag	-3.2	-3.2	-3.3	-3.3	-3.3	-3.3
Verrechnung	1.3	1.4	1.4	1.4	1.4	1.5
Saldo	15.6	15.4	16.2	16.1	15.2	15.2
4 Gesundheit						
Aufwand	523.8	525.9	567.4	580.5	595.6	611.8
Ertrag	-64.4	-68.7	-79.5	-79.5	-79.5	-79.5
Verrechnung	1.5	1.5	1.6	1.6	1.6	1.7
Saldo	460.8	458.7	489.5	502.6	517.8	534.0
5 Soziale Wohlfahrt						
Aufwand	701.2	713.4	757.2	786.0	825.1	853.1
Ertrag	-437.1	-428.4	-462.3	-474.1	-491.7	-506.6
Verrechnung	-3.3	-3.1	3.1	3.1	3.2	3.2
Saldo	260.8	282.0	297.9	315.0	336.6	349.8
6 Verkehr						
Aufwand	133.0	143.1	136.6	138.8	140.8	144.4
Ertrag	-28.1	-28.8	-29.8	-30.4	-31.0	-31.6
Verrechnung	-61.9	-62.6	-61.2	-59.9	-58.7	-58.6
Saldo	43.0	51.8	45.6	48.5	51.0	54.2
7 Umwelt, Raumordnung						
Aufwand	50.0	57.5	70.2	73.0	59.2	42.1
Ertrag	-29.1	-35.3	-44.9	-46.0	-40.3	-31.9
Verrechnung	0.7	5.9	8.5	8.4	8.4	8.5
Saldo	21.5	28.2	33.9	35.4	27.4	18.7
8 Volkswirtschaft						
Aufwand	134.9	147.7	154.0	153.6	153.8	154.1
Ertrag	-113.3	-131.0	-161.1	-161.1	-161.2	-161.2
Verrechnung	3.1	-1.7	-3.6	-3.4	-3.3	-3.2
Saldo	24.7	15.0	-10.8	-10.8	-10.7	-10.2
9 Finanzen und Steuern						
Aufwand	172.0	177.5	175.4	176.8	154.7	155.2
Ertrag	-1'781.2	-1'741.3	-1'740.1	-1'789.7	-1'826.1	-1'852.7
Verrechnung	82.1	83.6	83.0	81.8	80.5	80.5
Saldo	-1'527.0	-1'480.3	-1'481.7	-1'531.0	-1'590.8	-1'617.0
Gesamttotal						
Aufwand	2'704.7	2'768.8	2'904.3	2'958.4	2'984.8	3'027.6
Ertrag	-2'695.5	-2'670.6	-2'756.5	-2'821.3	-2'871.6	-2'905.7
Verrechnung	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	9.2	98.2	147.8	137.1	113.2	121.9

Funktionale Gliederung Investitionsrechnung

in M CHF	RE 2024	VA 2025	FP 2026	FP 2027	FP 2028	FP 2029
0 Allgemeine Verwaltung						
Ausgaben	14.7	30.1	62.5	60.4	70.7	74.4
Einnahmen	-0.3	-0.7	-4.9	-5.6	-5.6	-4.3
Nettoinvestitionen	14.4	29.4	57.6	54.8	65.1	70.1
1 Öffentliche Sicherheit, Justiz, Polizei						
Ausgaben	12.9	2.8	3.3	5.1	2.2	2.9
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	12.9	2.8	3.3	5.1	2.2	2.9
2 Bildung						
Ausgaben	7.9	15.7	10.8	8.5	9.3	10.9
Einnahmen	-3.2	-7.7	-3.6	-2.4	-2.4	-2.4
Nettoinvestitionen	4.7	8.0	7.2	6.1	6.9	8.5
3 Kultur und Freizeit						
Ausgaben	1.2	0.5	0.5	0.9	0.0	0.0
Einnahmen	-12.8	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	-11.7	0.5	0.5	0.9	0.0	0.0
4 Gesundheit						
Ausgaben	1.7	2.5	4.5	14.5	14.5	12.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	1.7	2.5	4.5	14.5	14.5	12.0
5 Soziale Wohlfahrt						
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
6 Verkehr						
Ausgaben	43.6	37.0	43.0	47.0	53.0	58.0
Einnahmen	-6.3	-2.4	-4.4	-12.2	-5.2	-6.2
Nettoinvestitionen	37.3	34.6	38.6	34.8	47.8	51.8
7 Umwelt, Raumordnung						
Ausgaben	1.6	4.2	4.2	5.6	9.3	9.2
Einnahmen	-0.9	-2.1	-2.1	-2.8	-4.4	-4.4
Nettoinvestitionen	0.7	2.0	2.1	2.8	4.9	4.8
8 Volkswirtschaft						
Ausgaben	5.4	6.0	6.2	6.5	6.5	6.5
Einnahmen	-2.2	-2.7	-2.8	-2.8	-2.8	-2.8
Nettoinvestitionen	3.2	3.4	3.5	3.7	3.7	3.7
9 Finanzen und Steuern						
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Gesamttotal						
Ausgaben	89.0	98.8	134.9	148.4	165.5	173.9
Einnahmen	-25.7	-15.6	-17.8	-25.8	-20.3	-20.0
Nettoinvestitionen	63.4	83.1	117.1	122.6	145.2	153.9

Volkswirtschaftliche Gliederung Erfolgsrechnung

in M CHF

RE 2024 VA 2025 **FP 2026** **FP 2027** **FP 2028** **FP 2029**

3 Aufwand	2'704.7	2'768.8	2'904.3	2'958.4	2'984.8	3'027.6
30 Personalaufwand	519.8	535.8	553.5	561.5	567.6	575.8
300 Behörden, Kommissionen und Richter	7.8	8.3	8.2	8.3	8.3	8.3
301 Löhne des Verwaltungs-u.Betriebspersonal	335.6	345.7	358.0	363.7	367.3	372.7
302 Löhne der Lehrpersonen	91.2	94.0	96.9	98.0	99.6	101.1
303 Temporäre Arbeitskräfte	1.6	1.7	1.7	1.7	1.7	1.8
304 Zulagen	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
305 Arbeitgeberbeiträge	74.6	77.5	79.9	81.1	82.0	83.2
306 Arbeitgeberleistungen	3.3	2.8	2.8	2.8	2.8	2.8
309 Übriger Personalaufwand	5.5	5.7	5.8	5.9	5.9	5.8
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	218.7	225.9	247.1	247.9	233.6	220.0
310 Material- und Warenaufwand	17.7	16.7	16.8	16.9	16.8	17.4
311 Nicht aktivierbare Anlagen	11.0	11.6	12.7	11.8	11.9	12.7
312 Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	7.9	7.1	8.0	8.2	8.2	8.3
313 Dienstleistungen und Honorare	97.0	100.1	118.9	120.0	105.7	88.6
314 Baulicher und betrieblicher Unterhalt	20.0	20.7	18.5	18.4	18.3	20.2
315 Unterhalt Mobilien und immaterielle Anl.	15.9	16.8	18.0	18.6	18.6	18.7
316 Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	13.9	14.2	14.5	14.6	14.6	14.6
317 Spesenentschädigungen	4.2	4.4	4.7	4.7	4.7	4.7
318 Wertberichtigungen auf Forderungen	22.4	25.6	25.8	25.8	25.8	25.8
319 Verschiedener Betriebsaufwand	8.6	8.6	9.0	9.0	9.0	9.0
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	61.9	70.3	65.3	63.7	64.9	65.7
330 Sachanlagen VV	61.9	70.3	65.3	63.7	64.9	65.7
34 Finanzaufwand	22.8	25.5	24.5	25.0	24.6	25.2
340 Zinsaufwand	19.4	21.7	21.3	21.3	21.2	22.0
341 Realisierte Kursverluste	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
342 Kapitalbeschaffungs- und Verwaltungskosten	0.2	0.5	0.0	0.6	0.2	0.0
343 Liegenschaftenaufwand Finanzvermögen	1.7	1.8	1.6	1.6	1.6	1.6
344 Wertberichtigungen Anlagen FV	0.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
349 Verschiedener Finanzaufwand	1.2	1.4	1.5	1.5	1.5	1.5
35 Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierung	19.8	9.6	14.2	14.3	8.3	8.4
350 Einlagen in Fonds+SF im Fremdkapital	19.8	9.6	14.2	14.3	8.3	8.4
36 Transferaufwand	1'681.7	1'350.3	1'408.2	1'441.2	1'468.5	1'500.3
360 Ertragsanteile an Dritte	1.0	0.9	1.1	1.1	1.1	1.1
361 Entschädigungen an Gemeinwesen	113.3	109.8	115.2	115.5	115.5	115.4
3611 Entschädigungen an Kantone und Konkordat	88.4	87.1	89.7	90.1	90.1	90.1
3612 Entschädigungen an Gemeinde und Zweckver	24.9	22.7	25.5	25.5	25.4	25.4
362 Finanz- und Lastenausgleich	97.1	97.1	95.4	95.8	74.2	74.2
363 Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	1'466.2	1'138.6	1'192.4	1'224.1	1'274.0	1'305.9
3630 Beiträge an den Bund	24.0	25.8	26.0	26.5	27.0	27.5
3631 Beiträge an Kantone und Konkordate	9.3	9.9	9.7	9.7	9.8	9.9
3632 Beiträge an Gemeinden u.Gem.Zweckverb.	202.1	150.5	155.3	158.0	157.1	157.5
3634 Beiträge an öffentliche Unternehmungen	570.1	576.8	611.9	625.7	640.3	655.3
3635 Beiträge an private Unternehmungen	134.5	105.3	107.9	110.0	112.3	114.9
3636 Beiträge an priv.Org.ohne Erwerbszweck	5.2	0.8	4.2	4.2	4.3	4.4
3637 Beiträge an private Haushalte	521.1	269.6	277.5	290.0	323.3	336.4
364 Wertberichtigungen Darlehen VV	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
366 Abschreibungen Investitionsbeiträge	3.9	3.9	4.0	4.6	3.7	3.7
37 Durchlaufende Beiträge	152.7	524.0	564.3	577.6	590.0	604.9
370 Durchlaufende Beiträge	152.7	524.0	564.3	577.6	590.0	604.9
3702 Gemeinden und Gemeindezweckverbände	85.8	132.4	154.8	154.2	153.5	153.5
3705 Private Unternehmungen	0.0	31.6	34.3	34.1	33.1	33.1
3707 Private Haushalte	66.9	360.1	375.1	389.2	403.4	418.3
38 Ausserordentlicher Aufwand	27.3	27.3	27.3	27.3	27.3	27.3
383 Zusätzliche Abschreibungen	27.3	27.3	27.3	27.3	27.3	27.3

in M CHF	RE 2024	VA 2025	FP 2026	FP 2027	FP 2028	FP 2029
4 Ertrag	-2'695.5	-2'670.6	-2'756.5	-2'821.3	-2'871.6	-2'905.7
40 Fiskalertrag	-1'108.9	-1'088.6	-1'080.9	-1'092.2	-1'095.3	-1'096.4
400 Direkte Steuern natürliche Personen	-790.5	-792.0	-794.0	-805.0	-809.0	-809.0
401 Direkte Steuern juristische Personen	-119.7	-132.1	-115.9	-117.0	-117.0	-118.1
402 übrige direkte Steuern	-132.0	-97.8	-104.8	-104.8	-104.8	-104.8
403 Besitz- und Aufwandsteuern	-66.6	-66.7	-66.3	-65.4	-64.5	-64.5
41 Regalien und Konzessionen	-10.5	-24.4	-51.9	-51.9	-51.9	-51.9
410 Regalien	-2.2	-2.1	-1.1	-1.1	-1.1	-1.1
411 Schweiz.Nationalbank	0.0	-15.0	-42.7	-42.7	-42.7	-42.7
412 Konzessionen	-8.3	-7.3	-8.1	-8.1	-8.1	-8.1
42 Entgelte	-177.9	-176.0	-183.9	-185.0	-186.1	-182.9
420 Ersatzabgaben	-0.9	-1.0	-1.0	-1.0	-1.0	-1.0
421 Gebühren für Amtshandlungen	-91.5	-91.6	-94.5	-95.0	-95.9	-96.1
422 Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	-17.2	-17.8	-18.9	-19.4	-19.6	-19.7
423 Schul- und Kursgelder	-3.7	-3.8	-4.2	-4.2	-4.2	-4.2
424 Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-12.5	-12.7	-14.4	-14.4	-14.4	-10.8
425 Erlös aus Verkäufen	-7.3	-4.5	-4.7	-4.7	-4.7	-4.7
426 Rückerstattungen	-9.5	-8.9	-10.4	-10.5	-10.5	-10.5
427 Bussen	-32.6	-32.8	-33.0	-33.0	-33.0	-33.0
429 übrige Entgelte	-2.7	-2.9	-2.9	-2.9	-2.9	-2.9
43 Verschiedene Erträge	-19.6	-17.7	-19.0	-19.0	-19.0	-19.0
430 Verschiedene betriebliche Erträge	-19.6	-17.7	-19.0	-19.0	-19.0	-19.0
44 Finanzertrag	-27.8	-28.8	-27.9	-24.3	-24.2	-24.2
440 Zinsertrag	-8.8	-9.2	-8.4	-8.4	-8.4	-8.4
441 Realisierte Gewinne FV	-1.4	-2.4	0.0	0.0	0.0	0.0
443 Liegenschaftenertrag FV	-3.5	-3.8	-3.8	-3.8	-3.8	-3.8
445 Finanzertrag aus Darlehen und Bet.des VV	0.0	0.0	-2.8	0.0	0.0	0.0
446 Finanzertrag von öffentl.Unternehmungen	-0.7	-0.6	-0.7	-0.7	-0.7	-0.7
447 Liegenschaftenertrag VV	-13.4	-12.9	-12.2	-11.4	-11.3	-11.3
45 Entnahme aus Fonds und Spezialfinanzierung	-12.7	-8.6	-13.2	-11.5	-17.3	-16.3
450 Ent.aus Fonds und Spezialfinanz.im FK	-12.7	-8.6	-13.2	-11.5	-17.3	-16.3
46 Transferertrag	-1'185.5	-802.5	-815.4	-859.9	-887.9	-910.2
460 Ertragsanteile	-152.5	-137.1	-150.9	-152.3	-155.3	-157.8
461 Entschädigungen von Gemeinwesen	-30.1	-30.9	-31.1	-31.1	-31.1	-31.2
4610 Entschädigungen vom Bund	-6.7	-6.9	-7.2	-7.2	-7.2	-7.2
4611 Entsch.von Kantonen und Konkordaten	-16.0	-15.9	-16.3	-16.3	-16.3	-16.4
4612 Entsch.von Gemeinden und Gem.Zweckverb.	-7.3	-8.0	-7.5	-7.5	-7.5	-7.5
4613 Entsch. von öffentlichen Sozialvers.	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
462 Finanz- und Lastenausgleich	-478.1	-470.6	-462.0	-502.7	-532.6	-556.6
4620 vom Bund	-450.5	-443.2	-433.5	-473.7	-504.6	-529.1
4622 von Gemeinden und Gemeindezweckverbänden	-27.6	-27.4	-28.5	-29.0	-28.0	-27.5
463 Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-524.5	-163.7	-171.1	-173.5	-168.5	-164.4
4630 Beiträge vom Bund	-332.0	-84.9	-91.8	-93.5	-87.8	-83.0
4631 Beiträge von Kantonen und Konkordaten	-3.1	-2.9	-2.9	-2.9	-2.9	-2.9
4632 Beiträge von Gemeinden	-174.0	-63.6	-64.4	-65.1	-65.8	-66.5
4634 Beiträge von öffentlichen Unternehmungen	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4
4635 Beiträge von privaten Unternehmungen	-12.6	-9.6	-9.3	-9.2	-9.2	-9.2
4637 Beiträge von privaten Haushalten	-2.4	-2.4	-2.4	-2.4	-2.4	-2.4
469 Verschiedener Transferertrag	-0.3	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
47 Durchlaufende Beiträge	-152.7	-524.0	-564.3	-577.6	-590.0	-604.9
470 Durchlaufende Beiträge	-152.7	-524.0	-564.3	-577.6	-590.0	-604.9
4700 Durchlaufende Beiträge vom Bund	-67.3	-324.8	-341.5	-349.4	-356.5	-365.7
4702 Durchlaufende Beiträge von Gemeinden	-85.4	-199.2	-222.7	-228.1	-233.5	-239.2
Gesamttotal						
3 Aufwand	2'704.7	2'768.8	2'904.3	2'958.4	2'984.8	3'027.6
4 Ertrag	-2'695.5	-2'670.6	-2'756.5	-2'821.3	-2'871.6	-2'905.7
Saldo	9.2	98.2	147.8	137.1	113.2	121.9

Volkswirtschaftliche Gliederung Investitionsrechnung

in MCHF

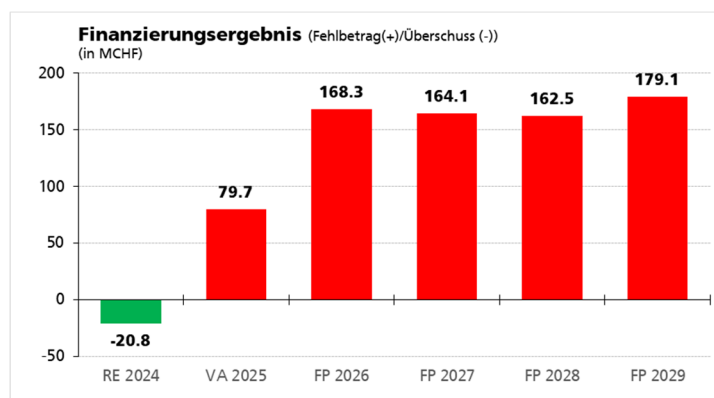
RE 2024 VA 2025 **FP 2026** **FP 2027** **FP 2028** **FP 2029**

5 Ausgaben	88.9	98.8	134.9	148.4	165.5	173.9
50 Sachanlagen	79.7	85.1	125.5	138.4	156.3	164.9
500 Grundstücke	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
501 Strassen/Verkehrswege	42.0	37.0	43.0	47.0	53.0	58.0
502 Wasserbau	1.2	3.3	3.3	4.7	8.4	8.4
504 Hochbauten	25.5	29.2	60.5	67.4	79.5	82.3
506 Mobilien	11.0	15.7	18.8	19.4	15.5	16.2
54 Darlehen	1.1	1.5	1.4	1.5	1.5	1.5
544 Öffentliche Unternehmungen	0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
545 Private Unternehmungen	-0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
547 Private Haushalte	1.1	1.5	1.4	1.5	1.5	1.5
56 Eigene Investitionsbeiträge	4.2	4.0	4.1	4.7	3.8	3.7
562 Gemeinden und Gemeindezweckverb.	0.8	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5
564 Öffentliche Unternehmungen	1.8	2.4	2.5	2.6	2.6	2.5
566 Private Organisationen ohne Erwerbszweck	0.8	0.5	0.5	0.9	0.0	0.0
567 Private Haushalte	0.8	0.7	0.7	0.8	0.8	0.8
57 Durchlaufende Investitionsbeiträge	3.9	8.3	3.9	3.9	3.9	3.9
572 Gemeinden und Gemeindezweckverbände	0.4	0.8	0.8	0.8	0.8	0.8
574 Öffentliche Unternehmungen	1.0	1.8	1.9	1.9	1.9	1.9
575 Private Unternehmungen	1.8	5.1	0.5	0.5	0.5	0.5
577 Private Haushalte	0.8	0.7	0.7	0.8	0.8	0.8
6 Einnahmen	-25.7	-15.6	-17.8	-25.8	-20.3	-20.0
60 Übertragung von Sachanlagen an FV	-13.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
600 Übertragung von Grundstücken	-9.4	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
604 Übertragung von Hochbauten	-3.4	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
606 Übertragung von Mobilien	-0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
63 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	-6.8	-5.6	-12.2	-20.3	-14.9	-14.7
630 Bund	-6.9	-4.9	-11.8	-19.8	-13.5	-13.8
631 Kantone und Konkordate	-0.5	0.0	-0.2	-0.1	-0.3	-0.4
632 Gemeinde und Gemeindezweckverbände	0.8	-0.5	-0.1	-0.4	-0.8	-0.3
634 Öffentliche Unternehmungen	0.0	-0.2	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
635 Private Unternehmungen	-0.2	0.0	-0.1	0.0	-0.2	-0.2
64 Rückzahlungen von Darlehen	-1.8	-1.8	-1.7	-1.5	-1.5	-1.5
644 Öffentliche Unternehmungen	-0.7	-0.6	-0.5	-0.3	-0.3	-0.3
647 Private Haushalte	-1.2	-1.2	-1.2	-1.2	-1.2	-1.2
67 Durchlaufende Investitionsbeiträge	-3.9	-8.3	-3.9	-3.9	-3.9	-3.9
670 Bund	-2.2	-3.2	-3.4	-3.4	-3.4	-3.4
671 Kantone und Konkordate	-1.7	-5.1	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5
Gesamttotal						
5 Ausgaben	88.9	98.8	134.9	148.4	165.5	173.9
6 Einnahmen	-25.7	-15.6	-17.8	-25.8	-20.3	-20.0
Nettoinvestitionen	63.2	83.1	117.1	122.6	145.2	153.9

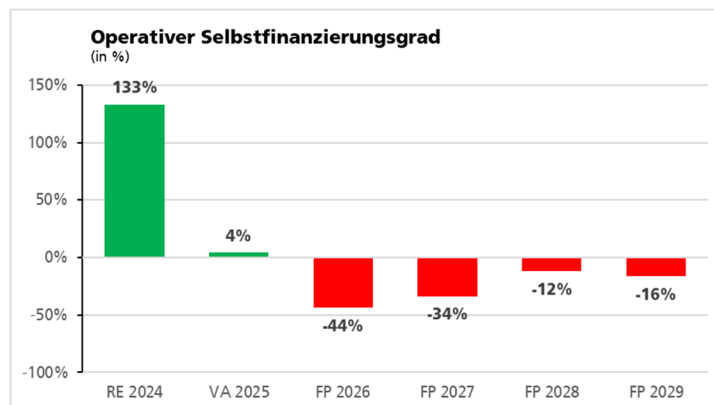
2.3. Finanzkennzahlen

in MCHF bzw. %	RE 2024	VA 2025	FP 2026	FP 2027	FP 2028	FP 2029
Operativer Cashflow (-) / Cashloss (+)	-84.4	-3.4	51.2	41.5	17.3	25.2
Operatives Ergebnis Erfolgsrechnung (-Ertrags-/ +Aufwandüberschuss)	-18.1	70.9	120.5	109.8	85.9	94.6
Abschreibung Bilanzfehlbetrag PKSO	27.3	27.3	27.3	27.3	27.3	27.3
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung (-Ertrags-/ +Aufwandüberschuss)	9.2	98.2	147.8	137.1	113.2	121.9
Nettoinvestitionen	63.2	83.1	117.1	122.6	145.2	153.9
Finanzierungsergebnis (-Überschuss/+Fehlbetrag)	-20.8	79.7	168.3	164.1	162.5	179.1
operativer Selbstfinanzierungsgrad	133%	4%	-44%	-34%	-12%	-16%
Nettoverschuldung ¹	978.1	1'057.8	1'226.1	1'390.2	1'552.7	1'731.8
Nettoverschuldung in CHF pro Einwohner/-in	3'356	3'596	4'128	4'636	5'129	5'668

¹ Die Zahlen im Voranschlag 2025 sind aufgrund der Rechnungsergebnisse 2024 aktualisiert.



Nachdem 2023 ein Finanzierungsfehlbetrag von 41,3 Mio. Franken ausgewiesen werden musste, resultiert für 2024 ein Finanzierungsüberschuss von 20,8 Mio. Franken. Obwohl der MP24 im IAFP 2026–2029 berücksichtigt ist, werden für alle Planjahre Fehlbeträge von über 150 Mio. Franken erwartet.



Der operative Selbstfinanzierungsgrad steigt 2024 auf 133 % (Vorjahr 52 %). Dieser zeigt an, in welchem Ausmass Investitionen durch selbsterwirtschaftete Mittel (operativer Cashflow) finanziert werden können. Bei einem positiven Selbstfinanzierungsgrad zwischen 0 und 100 % können zumindest die laufenden Konsumausgaben vollständig sowie ein Teil der Investitionen aus den Erträgen finanziert werden.

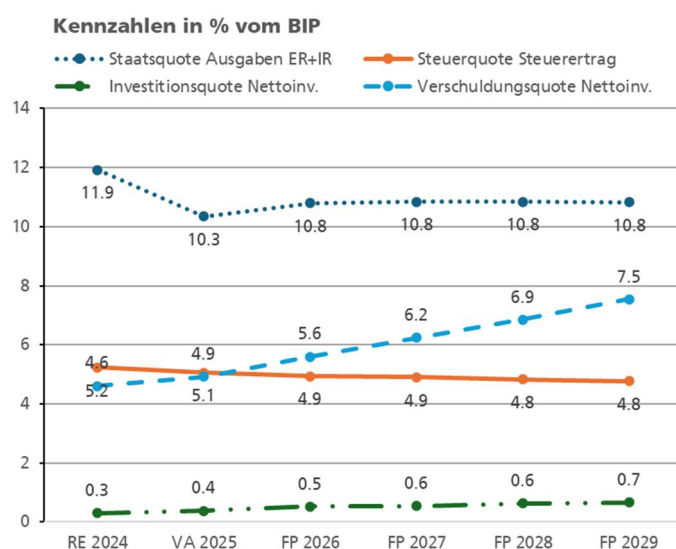
Im IAFP 2026–2029 wird für alle Planjahre ein negativer Selbstfinanzierungsgrad prognostiziert. Dies bedeutet, dass die Investitionen nicht mehr durch selbsterwirtschaftete Mittel finanziert werden können.

Kennzahlen in % vom Bruttoinlandprodukt (BIP)

in MCHF bzw. %	RE 2024	VA 2025	FP 2026	FP 2027	FP 2028	FP 2029
Geschätzte Veränderung in % BIP ¹	0.9	1.5	1.7	1.8	1.6	1.5
BIP²	21'201	21'519	21'885	22'279	22'636	22'975
Staatsquote (Ausgaben ER + IR in % BIP)	11.9	10.3	10.8	10.8	10.8	10.8
Steuerertrag (KoA 40 inkl. MfZ-Steuer)	1'108.9	1'088.6	1'080.9	1'092.2	1'095.3	1'096.4
Steuerquote (Steuerertrag in % BIP)	5.2	5.1	4.9	4.9	4.8	4.8
Nettoinvestitionen (KoA 5-6)	63.2	83.1	117.1	122.6	145.2	153.9
Investitionsquote	0.3	0.4	0.5	0.6	0.6	0.7
(Nettoinvestitionen in % BIP)						
Nettoverschuldung	978.1	1'057.8	1'226.1	1'390.2	1'552.7	1'731.8
Verschuldungsquote	4.6	4.9	5.6	6.2	6.9	7.5
(Nettoverschuldung in % BIP)						

¹ Geschätzte Veränderungen des realen BIP gegenüber dem Vorjahr (SECO 19.12.2024).

² reales BIP gemäss BFS 28.10.2024

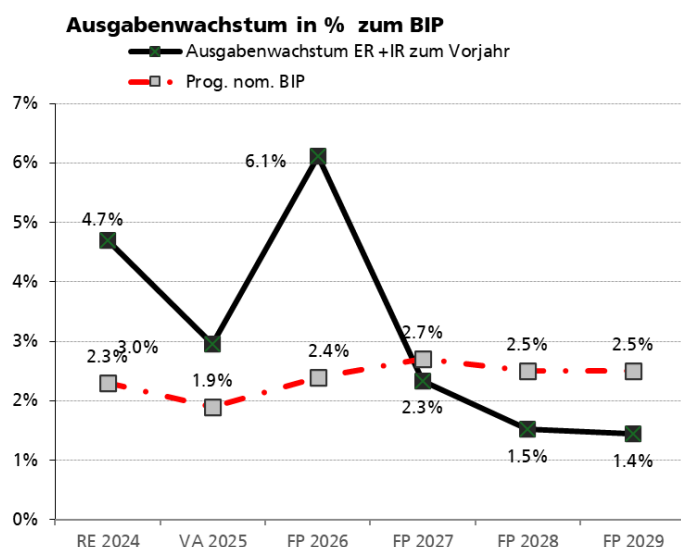


Die Staatsquote sinkt zwischen der Rechnung 2024 und dem Voranschlag 2025 um 1,6 %, da ab 2025 diverse Beiträge im Umfang von rund 365 Mio. Franken an Bund, Gemeinden sowie private Haushalte beim Amt für Gesellschaft und Soziales korrekterweise als durchlaufende Beiträge geführt werden und somit nicht mehr in die Berechnung der Staatsquote einfließen.

Die Investitionsquote steigt in den Finanzplanjahren moderat an.

Die Steuerquote wird gemäss Prognose von 4,6 % im Jahr 2024 auf 4,8 % im Jahr 2029 sinken.

Die Verschuldungsquote steigt von 5,2 % im Jahr 2024 auf 7,5 % im Jahr 2029 an.



Die Veränderung des Bruttoinlandprodukts (BIP) spiegelt das Wirtschaftswachstum einer Volkswirtschaft wider. Ein interessanter Vergleich bietet das Verhältnis zwischen BIP-Wachstum und dem Ausgabenwachstum des Kantons. Grundsätzlich sollte angestrebt werden, dass das Ausgabenwachstum das BIP-Wachstum nicht übersteigt, da eine überproportionale Erhöhung der Ausgaben im Vergleich zum Wirtschaftswachstum zu einer finanziellen Instabilität führen kann.

Für das Jahr 2025 wird ein nominales BIP-Wachstum von 1,9 % erwartet. Das Ausgabenwachstum wird für dieses Jahr voraussichtlich bei 3,0 % liegen. Für die IAFP-Periode 2026–2029 wird ein BIP-Wachstum zwischen 2,4 % und 2,7 % prognostiziert. Das Ausgabenwachstum des Kantons Solothurn liegt im Planjahr 2026 bei 6,1 % und damit deutlich über dem erwarteten BIP-Wachstum. Für die Planjahre 2027–2029 wird sich das Ausgabenwachstum jedoch deutlich abschwächen (zwischen 1,4 % und 2,3 %). In dieser Periode wird das Wirtschaftswachstum voraussichtlich stärker ausfallen als das Ausgabenwachstum des Kantons.

2.4. Finanzielle Veränderungen gegenüber dem IAFP 2025–2028

2.4.1 Erfolgsrechnung (in MCHF)

	RE 2024	VA 2025	Vorjahr FP 2026	FP 2026	Diff.	Vorjahr FP 2027	FP 2027	Diff.	Vorjahr FP 2028	FP 2028	Diff.	FP 2029
Gesamttotal												
Aufwand	2'704.7	2'768.8	2'807.3	2'904.3	97.0	2'841.9	2'958.4	116.5	2'843.1	2'984.8	141.7	3'027.6
Ertrag	-2'695.5	-2'670.6	-2'628.1	-2'756.5	-128.4	-2'701.7	-2'821.3	-119.6	-2'762.9	-2'871.6	-108.7	-2'905.7
Saldo	9.2	98.2	179.2	147.8	-31.4	140.2	137.1	-3.1	80.2	113.2	33.0	121.9

Im IAFP 2026–2029 ist nebst dem MP24 eine jährliche SNB-Gewinnausschüttung von 42,7 Mio. Franken enthalten. Dies führt zur Verbesserung von 31,4 Mio. Franken im Planjahr 2026 gegenüber dem vorherigen IAFP. In den Folgejahren nimmt das Ausgabenwachstum laufend zu, so dass die positiven Effekte des MP24 kompensiert werden.

	RE 2024	VA 2025	Vorjahr FP 2026	FP 2026	Diff.	Vorjahr FP 2027	FP 2027	Diff.	Vorjahr FP 2028	FP 2028	Diff.	FP 2029
Behörden und Staatskanzlei												
Aufwand	23.6	23.7	23.0	26.4	3.4	25.3	26.1	0.8	25.2	25.5	0.4	25.9
Ertrag	-3.0	-0.6	-0.5	-0.6	-0.1	-0.5	-0.5	0.0	-0.5	-0.5	0.0	-0.5
Verrechnungen	-9.5	-11.0	-10.9	-12.3	-1.4	-12.1	-12.3	-0.2	-12.0	-12.0	0.0	-12.2
Saldo	11.0	12.1	11.6	13.5	1.9	12.7	13.3	0.6	12.7	13.1	0.4	13.2

Der Mehraufwand von 3,4 Mio. Franken im Planjahr 2026 resultiert aus der Umsetzung der kantonalen Digitalisierungsstrategie – insbesondere aus Abschreibungen für das Impulsprogramm (2,0 Mio. Franken) und dem Ressourcenausbau im Kompetenzzentrum Digitale Verwaltung (1,5 Mio. Franken). Der Anstieg beim Nettoaufwand hat eine höhere Overheadverrechnung an die übrigen Dienststellen zur Folge.

	RE 2024	VA 2025	Vorjahr FP 2026	FP 2026	Diff.	Vorjahr FP 2027	FP 2027	Diff.	Vorjahr FP 2028	FP 2028	Diff.	FP 2029
Bau- und Justizdepartement												
Aufwand	287.3	305.6	315.8	315.0	-0.9	316.0	321.1	5.2	306.7	309.7	2.9	296.5
Ertrag	-180.2	-188.9	-181.7	-195.9	-14.2	-181.5	-196.3	-14.8	-177.5	-190.3	-12.8	-182.5
Verrechnungen	-32.9	-27.3	-31.2	-23.7	7.5	-30.6	-23.4	7.2	-30.7	-22.8	8.0	-22.5
Saldo	74.2	89.4	103.0	95.4	-7.6	103.8	101.4	-2.4	98.5	96.6	-1.9	91.5

Gegenüber dem IAFP 2025–2028 entwickelt sich die Summe der Globalbudgetsaldi infolge der Teuerung leicht steigend. Allerdings wird für die kommenden Jahre ein geringerer Aufwand erwartet. Ertragsseitig zeigen sich verschiedene Verbesserungen im Prognosevergleich. In den Finanzgrössen sind tiefere Abschreibungen im Kantonsstrassenbau zu erwarten, während die Aufwände für die Sanierung von Altlasten noch einige Zeit erhöht sind. Die steigenden Erträge sind auch auf Beiträge von Bund und Gemeinden an die zusätzlichen Aufwände zurückzuführen. Die im Massnahmenplan 2024 vorgesehenen Verbesserungen führen insgesamt zu einem besseren Ergebnis als im letzten Finanzplan.

	RE 2024	VA 2025	Vorjahr FP 2026	FP 2026	Diff.	Vorjahr FP 2027	FP 2027	Diff.	Vorjahr FP 2028	FP 2028	Diff.	FP 2029
Bildung und Kultur												
Aufwand	536.5	546.6	562.2	567.5	5.3	564.8	570.1	5.4	566.2	571.5	5.3	574.6
Ertrag	-64.6	-64.5	-60.9	-62.3	-1.3	-60.9	-62.4	-1.5	-61.0	-62.6	-1.6	-62.7
Verrechnungen	28.8	31.9	30.0	32.6	2.6	30.3	32.7	2.4	30.3	32.9	2.5	33.0
Saldo	500.7	514.0	531.2	537.8	6.5	534.2	540.5	6.3	535.5	541.8	6.3	544.9

Der Anstieg beim Aufwand zwischen dem Finanzplan des Vorjahres und dem aktuellen Finanzplan für das Jahr 2026 ist hauptsächlich im Bereich der Volksschule angesiedelt (6.3 Mio. Franken). Den grössten Anstieg verzeichneten die kantonalen Spezialangebote, da der Anteil der Kinder, die dieses Angebot nutzen, über dem Durchschnitt der letzten Jahre liegt (4,3 Mio. Franken). Die Anzahl dieser Kinder konkretisierte sich gegenüber dem Vorjahr, da die Abklärungen zum Zeitpunkt der Vorjahres-Eingabe noch nicht abgeschlossen waren. Aus dem Anstieg der Schülerzahlen resultierten zudem zusätzliche Klassen im Heilpädagogischen Schulzentrum (HPSZ).

Die Differenz zwischen dem aktuellen und dem Vorjahres-Finanzplan ist in den Folgejahren konstant und basiert auf den Abweichungen des Finanzplanjahres 2026.

Beim Ertrag sind die Differenzen auf alle Bereiche verteilt und weisen keine signifikanten Abweichungen bei Einzelpositionen auf.

	RE 2024	VA 2025	Vorjahr FP 2026	FP 2026	Diff.	Vorjahr FP 2027	FP 2027	Diff.	Vorjahr FP 2028	FP 2028	Diff.	FP 2029
Finanzdepartement												
Aufwand	163.0	168.3	174.7	172.4	-2.3	176.1	172.4	-3.7	177.3	173.4	-3.8	174.7
Ertrag	-1'736.7	-1'706.2	-1'681.9	-1'736.9	-54.9	-1'745.7	-1'787.7	-42.0	-1'800.3	-1'825.7	-25.4	-1'853.7
Verrechnungen	8.1	4.0	5.4	1.7	-3.7	5.2	0.6	-4.6	5.3	-1.1	-6.5	-2.0
Saldo	-1'565.6	-1'534.0	-1'501.8	-1'562.8	-61.0	-1'564.4	-1'614.8	-50.4	-1'617.7	-1'653.4	-35.7	-1'681.0

Der Rückgang beim Aufwand zum letztjährigen Finanzplan ist auf den Zinsendienst zurückzuführen. Diese Abnahme ist begründet durch das aktuell tiefe Zinsumfeld. Demgegenüber wird mit einem kontinuierlichen Anstieg der Informatikaufwendungen, insbesondere der Softwarewartung gerechnet. Beim Ertrag ist im IAFP 2026–2029 gegenüber dem IAFP des Vorjahres eine Grundausschüttung des Anteils am Reingewinn der SNB enthalten. Zudem wird sowohl beim Anteil der direkten Bundessteuer als auch beim NFA und dem Vermögensertrag mit einer Zunahme gerechnet. Bei den Steuerträgen wird mit vergleichbaren Einnahmen wie im letztjährigen IAFP gerechnet.

Departement des Innern	RE 2024	VA 2025	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.	FP 2029
			FP 2026	FP 2026		FP 2027	FP 2027		FP 2028	FP 2028		
Aufwand	1'396.9	1'413.4	1'416.3	1'504.5	88.2	1'443.7	1'549.3	105.6	1'473.9	1'606.7	132.8	1'657.6
Ertrag	-548.3	-543.1	-527.8	-590.0	-62.2	-537.1	-603.1	-66.0	-547.2	-621.8	-74.5	-637.0
Verrechnungen	6.3	8.4	7.2	9.3	2.1	7.6	9.6	2.0	7.6	10.1	2.4	10.5
Saldo	855.0	878.7	895.8	923.8	28.0	914.2	955.8	41.7	934.2	995.0	60.7	1'031.1

Gegenüber dem letztjährigen Finanzplan wird bei den nicht beeinflussbaren Ausgaben (Finanzgrössen) unter anderem mit einer Zunahme der Kosten in den Bereichen Ergänzungsleistungen IV, bei den Kostgeldausgaben im Bereich Justizvollzug, bei den Spitalbehandlungen gemäss KVG und im Bereich Behinderung gerechnet. Ab dem Jahr 2028 sind Mehrkosten bei der Prämienverbilligung infolge der Umsetzung des Gegenvorschlags zur Prämientlastungsinitiative eingeplant. Bei den Globalbudgets wurden unter anderem Mehrkosten bei der Leistungsvereinbarung mit der soH im IAFP abgebildet. Kostensenkend auf den Finanzplan wirken die beschlossenen Massnahmen des Massnahmenplans 2024.

Volkswirtschaftsdepartement	RE 2024	VA 2025	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.	FP 2029
			FP 2026	FP 2026		FP 2027	FP 2027		FP 2028	FP 2028		
Aufwand	264.6	279.2	283.0	283.5	0.5	283.6	284.1	0.5	261.3	262.6	1.3	262.9
Ertrag	-157.5	-161.8	-170.0	-165.5	4.5	-170.5	-165.8	4.7	-171.0	-165.5	5.5	-164.0
Verrechnungen	-3.3	-8.8	-2.7	-9.9	-7.2	-2.5	-9.7	-7.2	-2.7	-9.6	-6.9	-9.5
Saldo	103.8	108.6	110.3	108.0	-2.3	110.6	108.6	-2.0	87.7	87.6	-0.1	89.4

Im Vergleich zum letzten IAFP gibt es nur unwesentliche Abweichungen. Bei «Energie und Klima» kommt der Ertrag aus der Spezialfinanzierung Wasserwirtschaft und Altlasten (FWWA) neu über die internen Verrechnungen. Aus diesem Grund verschieben sich rund 7,5 Mio. Franken vom Ertrag in die internen Verrechnungen. Weiter sind die Massnahmen aus dem MP24 ab dem Finanzplanjahr 2026 eingerechnet. Dies führt, nebst anderen kleinen Anpassungen, zu einem insgesamt tieferen Saldo.

Gerichte	RE 2024	VA 2025	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.	FP 2029
			FP 2026	FP 2026		FP 2027	FP 2027		FP 2028	FP 2028		
Aufwand	32.8	32.0	32.3	35.2	2.9	32.4	35.2	2.8	32.6	35.4	2.8	35.6
Ertrag	-5.3	-5.4	-5.4	-5.4	0.0	-5.4	-5.4	0.0	-5.4	-5.4	0.0	-5.4
Verrechnungen	2.6	2.8	2.1	2.4	0.3	2.2	2.5	0.3	2.1	2.5	0.4	2.6
Saldo	30.1	29.4	29.0	32.2	3.2	29.2	32.3	3.1	29.3	32.6	3.2	32.8

Im Vergleich zum letzten IAFP fallen die Personalaufwände höher aus. Diese bilden die in qualitativer und/oder quantitativer Hinsicht steigende Arbeitslast für die Kerntätigkeit der Justiz sowie die für die Digitalisierung benötigten Ressourcen ab. Bei den Finanzgrössen wird mit höheren Aufwänden bei folgenden Positionen gerechnet: Prozedurkosten, Abschreibungen Debitorenguthaben, Abschreibungen und Erledigungen Strafsachen sowie Honorare für amtliche Verteidigung.

2.4.2 Investitionsrechnung (in MCHF)

Gesamttotal	RE 2024	VA 2025	Vorjahr FP 2026	FP 2026	Diff.	Vorjahr FP 2027	FP 2027	Diff.	Vorjahr FP 2028	FP 2028	Diff.	FP 2029
Ausgaben	88.9	98.8	155.8	134.9	-21.0	165.1	148.4	-16.7	169.3	165.5	-3.8	173.9
Einnahmen	-25.7	-15.6	-25.5	-17.8	7.7	-19.2	-25.8	-6.6	-19.0	-20.3	-1.3	-20.0
Nettoinvestitionen	63.2	83.1	130.4	117.1	-13.3	145.9	122.6	-23.3	150.3	145.2	-5.1	153.9

Im Vergleich zum IAFP 2025–2028 sind keine neuen Grossprojekte vorgesehen. Die tieferen Nettoinvestitionen resultieren aus Projektverschiebungen in die Folgejahre.

Behörden und Staatskanzlei	RE 2024	VA 2025	Vorjahr FP 2026	FP 2026	Diff.	Vorjahr FP 2027	FP 2027	Diff.	Vorjahr FP 2028	FP 2028	Diff.	FP 2029
Ausgaben	1.0	1.6	1.4	2.0	0.6	0.0	1.0	1.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	1.0	1.6	1.4	2.0	0.6	0.0	1.0	1.0	0.0	0.0	0.0	0.0

Die Umsetzung der Kleinprojekte «Impulsprogramm SO!Digital 2023–25» erfolgt zeitlich verschoben, nicht zuletzt infolge späterem Starttermin und vorangehender Rekrutierungsphase der Personalressourcen bis Ende Oktober 2023 (Total Verpflichtungskredit: 6,3 Mio. Franken).

Bau- und Justizdepartement	RE 2024	VA 2025	Vorjahr FP 2026	FP 2026	Diff.	Vorjahr FP 2027	FP 2027	Diff.	Vorjahr FP 2028	FP 2028	Diff.	FP 2029
Ausgaben	69.2	70.3	131.6	107.6	-24.0	141.1	119.9	-21.2	147.3	141.8	-5.5	149.5
Einnahmen	-20.4	-6.7	-20.8	-13.3	7.6	-14.5	-21.3	-6.8	-14.3	-15.8	-1.5	-15.5
Nettoinvestitionen	48.8	63.6	110.8	94.3	-16.5	126.6	98.6	-28.0	132.9	126.0	-6.9	134.0

Die Verschiebungen gegenüber dem Finanzplan des Vorjahres begründen sich hauptsächlich auf neuen Kenntnissen der jeweiligen Projektfortschritte (u.a. in den Bewilligungsphasen der Baugesuche) insbesondere im Strassen-, Hoch- und im Wasserbau.

Bildung und Kultur	RE 2024	VA 2025	Vorjahr FP 2026	FP 2026	Diff.	Vorjahr FP 2027	FP 2027	Diff.	Vorjahr FP 2028	FP 2028	Diff.	FP 2029
Ausgaben	3.8	7.0	2.8	2.8	0.0	3.1	2.8	-0.3	2.3	2.0	-0.3	2.0
Einnahmen	-2.9	-6.3	-1.7	-1.7	0.0	-1.7	-1.7	0.0	-1.7	-1.7	0.0	-1.7
Nettoinvestitionen	0.9	0.8	1.1	1.1	0.0	1.4	1.1	-0.3	0.6	0.3	-0.3	0.3

Bei den Investitionen gibt es im Vergleich zum Vorjahresfinanzplan nur unwesentliche Abweichungen.

Finanzdepartement	RE 2024	VA 2025	Vorjahr FP 2026	FP 2026	Diff.	Vorjahr FP 2027	FP 2027	Diff.	Vorjahr FP 2028	FP 2028	Diff.	FP 2029
Ausgaben	6.3	11.0	11.0	13.0	2.0	11.0	13.0	2.0	11.0	13.0	2.0	13.0
Einnahmen	-0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	6.1	11.0	11.0	13.0	2.0	11.0	13.0	2.0	11.0	13.0	2.0	13.0

Im Informatikbereich werden ab 2026 die Projekte des CCDV in die Investitionsrechnung des AIO integriert und dadurch erhöht sich der Investitionsbetrag.

Departement des Innern	RE 2024	VA 2025	Vorjahr FP 2026	FP 2026	Diff.	Vorjahr FP 2027	FP 2027	Diff.	Vorjahr FP 2028	FP 2028	Diff.	FP 2029
Ausgaben	3.2	2.8	2.6	3.3	0.7	3.2	5.1	2.0	2.1	2.2	0.1	2.9
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	3.2	2.8	2.6	3.3	0.7	3.2	5.1	2.0	2.1	2.2	0.1	2.9

Bei den Investitionen gibt es im Vergleich zum Vorjahresfinanzplan kleinere Abweichungen/Verschiebungen. Im Jahr 2027 ist eine Investition für die Erneuerung der Vorgangsarbeiten bei der Polizei Kanton Solothurn eingerechnet.

Volkswirtschaftsdepartement	RE 2024	VA 2025	Vorjahr FP 2026	FP 2026	Diff.	Vorjahr FP 2027	FP 2027	Diff.	Vorjahr FP 2028	FP 2028	Diff.	FP 2029
Ausgaben	5.4	6.0	6.5	6.2	-0.2	6.7	6.5	-0.1	6.7	6.5	-0.1	6.5
Einnahmen	-2.2	-2.7	-2.9	-2.8	0.2	-3.0	-2.8	0.2	-3.0	-2.8	0.2	-2.8
Nettoinvestitionen	3.2	3.4	3.5	3.5	-0.1	3.7	3.7	0.0	3.7	3.7	0.0	3.7

Bei den Investitionen gibt es im Vergleich zum Vorjahresfinanzplan nur unwesentliche Abweichungen.

2.5. Eingeschränkte Handlungsautonomie

Langfristig gebundene Gelder

Viele finanzielle Ressourcen sind durch exogene Faktoren – wie vom Bund vorgegebene Vollzugsaufgaben oder Kooperationsverträge mit anderen Kantonen – teilweise oder vollständig über mehrere Jahre gebunden. Es stellt sich deshalb die Frage, was von den zuständigen Behörden des Kantons Solothurn direkt beeinflusst werden kann und worauf sich die internen Ressourcen zu richten haben.

Differenzierte Ressourcenbindung

Das Amt für Finanzen hat sämtliche Profitcenter / Globalbudgets nach dem Kriterium der Selbstbestimmung und Entscheidungsgewalt einer der vier folgenden Gruppen mit einem unterschiedlichen Grad der Handlungsautonomie zugeordnet:

1. hoch: Kanton Solothurn, direkt beeinflussbare Gelder durch die kantonalen Behörden.

2. neutral: Spezialfinanzierungen stellen eine gesetzliche Zweckbindung der Gelder dar.

3. geteilt: Kooperationen mit anderen Kantonen oder Institutionen, in denen die kantonalen Behörden die alleinige Entscheidungskompetenz abgegeben haben.

4. niedrig: Dritte (Bund, Gemeinden). Der Kanton hat kaum Einflussmöglichkeiten.

Zusätzlich werden die Profitcenter nach **Globalbudgets (GB)** und Finanzgrössen unterschieden.

Die Dienststellen haben die Finanzanteile, welche sie nicht durch ihre Leistung direkt beeinflussen können, den **Finanzgrössen (FG)** zuzuweisen.

Die Zuteilung der einzelnen Profitcenter erfolgt mit einem gewissen Ermessensspielraum. Daraus ergeben sich acht Felder, die den Grad der Handlungsautonomie abbilden.

Aufwand RE 2024 – 37 % hoch beeinflussbar

Betrachtet man den Aufwand der Rechnung 2024 und teilt diesen prozentual diesen acht Feldern zu, ist festzustellen, dass 37 % direkt durch die kantonalen Behörden gesteuert werden (29 % GB Kanton; 8 % FG Kanton).

Ertrag RE 2024 – 52 % hoch beeinflussbar

Da der Kanton Steuern erheben kann, sind es beim Ertrag rund 52 % des Gesamtertrages, welche eher langfristig (verzögerte Wirkung bei Steuererhöhung oder –senkung) veränderbar sind (10 % GB Kanton; 42 % FG Kanton).

Beurteilung und Konsequenz

Während der direkt beeinflussbare Anteil des Gesamtaufwands durch die kantonalen Gremien bei maximal 37 % liegt, kann der Kanton bei den Erträgen rund 52 % aktiv steuern.

Wesentliche Veränderungen RE 2024 zu FP 2026–2029

in % zum Gesamtaufwand und -ertrag

	Kanton Solothurn			Spezialfinanzierungen			Kooperationen mit anderen Kantonen und Institutionen			Dritte u.a. Bund, Gemeinden		
	RE 24	FP 29	Diff.	RE 24	FP 29	Diff.	RE 24	FP 29	Diff.	RE 24	FP 29	Diff.
Finanzgrössen												
Aufwand	8%	6%	-1%	2%	2%	0%	12%	11%	-1%	40%	43%	4%
Ertrag	42%	39%	-3%	4%	3%	0%	4%	3%	-1%	37%	42%	5%
Globalbudgets												
Aufwand	29%	28%	-1%	1%	1%	0%	7%	7%	0%	1%	1%	0%
Ertrag	10%	9%	-1%	1%	1%	0%	2%	2%	0%	1%	1%	0%
Autonomie KTSO	hoch			neutral			geteilt			gering		
Aufwand RE 24	37%			3%			19%			41%		
Ertrag RE 24	52%			5%			6%			37%		

1 Behörden und Staatskanzlei

1.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Die Staatskanzlei ist die Stabsstelle des Regierungsrates und des Kantonsrates. Sie plant, unterstützt und koordiniert die Aufgaben von Regierung und Parlament und erbringt eine Vielzahl von Dienstleistungen für die Departemente und die Öffentlichkeit.

Für folgende Bereiche werden eigene Globalbudgets geführt:

- Staatskanzlei (inkl. Staatsarchiv, Datenschutz, Kommunikation, Digitale Verwaltung)
- Parlamentsdienste
- Drucksachenverwaltung / Büromaterial (ab 2025 ohne Lehrmittelverlag)

Der Staatskanzlei obliegt zudem die administrative Verantwortung für die Finanzen der kantonalen Behörden Regierung- und Kantonsrat (Finanzgrössen ausserhalb der Globalbudgets).

1.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan

1.2 Digitale Transformation der öffentlichen Verwaltung vorantreiben

- 1.2.1 Umsetzungsprogramm der Digitalisierungsstrategie realisieren
- 1.2.2 Weiterentwicklung E-Government
- 1.2.5 Staatsarchiv infrastrukturell und konzeptionell stärken

1.3 Politische Ziele und Leistungen

Damit die kantonale Verwaltung den gesellschaftlichen Entwicklungen, den Anforderungen der Einwohnerinnen und Einwohner und der Wirtschaft optimal gerecht werden kann, muss eine hohe Leistungsfähigkeit der Verwaltungstätigkeit garantiert werden können. Nach der Verabschiedung der Digitalisierungsstrategie durch den Regierungsrat im Frühjahr 2021 stellt das zugehörige Umsetzungsprogramm einen Schwerpunkt in der Legislatur 2021–25 dar: Am 29. März 2023 hat der Kantonsrat das «Impulsprogramm SO!Digital 2023–2025» zur Kenntnis genommen und die benötigten Kredite bewilligt (SGB 192/2022). Die Gesamtkoordination obliegt dabei dem Leiter Digitale Transformation und dem von ihm geführten und innerhalb der Staatskanzlei angesiedelten Kompetenzzentrum Digitale Verwaltung.

Gestützt auf die E-Government-Strategie 2020–2023 des Bundes, die kantonale Digitalisierungsstrategie SO!Digital von 2021 und die «Strategie Digitale Verwaltung Schweiz (DVS) 2024–2027», mit der sich darauf abstützenden Rahmenvereinbarung zwischen Bund und Kantonen, ist das Angebot von behördlichen Leistungen im Bürgerportal gemäss Roadmap 2020 bis 2023 bzw. Umsetzungsplan DVS 2024 stetig auszubauen.

Die Erschliessung der Bestände ist als Kernaufgabe des Staatsarchivs voranzutreiben. Gleichzeitig ist auch die Digitalisierung von Amtsdruckschriften und ausgewählten Archivalien zu fördern, womit ein weiterer Schritt zu einer vereinfachten und zeitgemässen Nutzung vollzogen werden kann. Im Zusammenhang mit der Digitalisierungsstrategie übernimmt das Staatsarchiv im Bereich der Aktenführung und der elektronischen Langzeitarchivierung eine wichtige Funktion. Schliesslich ist – in enger Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt – die Projektierung eines Archivneubaus voranzutreiben.

1.4 Massnahmen Behörden und Staatskanzlei

5616 Weiterentwicklung E-Government Ziel LP B.1.2.2

Stetiger Ausbau des Angebots von behördlichen Leistungen im Bürgerportal.

Status **In Arbeit**

Amt **Staatskanzlei**

Kategorie

Projekt mit LP-Ziel verknüpft

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6560	Behördenportalgesetz (neu)	1. Jan 2020	1. Nov 2020	RRB 2019/2035 vom 17.12.19 (Botschaft & Entwurf), KRB 0238/2019 vom 6.5.20. BehöPG und BehöPV sind seit 1.11.20 in Kraft.
6966	Behördenportal	31. Dez 2020	3. Nov 2020	Das Behördenportal my.so.ch ist seit 3.11.20 in Betrieb. Für das IT-Projekt "Einführung iGovPortal" wurde mit KRB 0068/2019 ein Verpflichtungskredit von 1,8 Mio. Franken bewilligt.
7416	Erstellung und Priorisierung Leistungsinventar	31. Dez 2023	17. Dez 2024	Das Leistungsinventar im Sinne eines «Erst-Inventars» der Services wurde mit der Applikation Leanix abgebildet. Die Services wurden nicht priorisiert - dies erfolgt im Rahmen des Betriebs des «Service Roadmap Modells».
7417	Richtlinien für Benutzerfreundlichkeit	31. Dez 2024	31. Dez 2024	Wird im Rahmen der Umsetzung des Design-Systems und Content-Guidelines innerhalb des Projekts «Serviceorientierte Webseite» (in der Realisierung) vollständig erfüllt. Die Guidelines sind fertig gestellt.

5838 Umsetzung Digitalisierungsstrategie Ziel LP B.1.2.1

Umsetzung der kantonalen Digitalisierungsstrategie

Status **In Arbeit**

Start-Datum **1. Jul 2021**

Amt **Staatskanzlei**

Kategorie

Projekt mit LP-Ziel verknüpft

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
7407	Aufbau Governance und Organisation	31. Dez 2022	1. Jul 2022	Start CCDV (Kompetenzzentrum Digitale Verwaltung) unter Leitung des CDO (Chief Digital Officer) per 1.7.22 mit Einbindung der bisherigen Stabsstelle E-Government. RRB 2022/560 vom 5.4.22: Einsetzung Steuergruppe Digitale Verwaltung (SDV).
7408	Entwicklung Impulsprogramm 2023	31. Dez 2022	24. Okt 2022	Umsetzung Digitalisierungsstrategie «Impulsprogramm SO!Digital 2023 – 2025» (RRB 2022/1575 vom 24.10.22).
7614	Freigabe Impulsprogramm KR	31. Mär 2023	29. Mär 2023	SGB 192/2022

5839 Staatsarchiv stärken Ziel LP B.1.2.5

Staatsarchiv infrastrukturell und konzeptionell stärken.

Status **In Arbeit**

Start-Datum **1. Jan 2022**

Amt **Staatskanzlei**

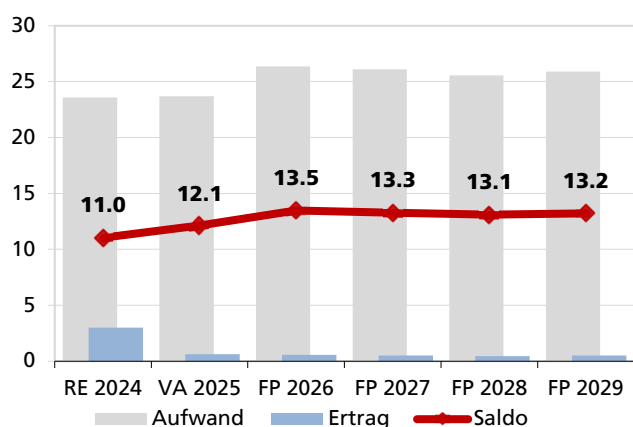
Kategorie

Projekt mit LP-Ziel verknüpft

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
7414	Digitalisierungsstrategie Staatsarchiv	31. Dez 2022	31. Dez 2022	
7415	Digitaler Katalog Aktenbestände	31. Dez 2025		Es wurde ein webbasierter Archivkatalog angeschafft, der 2024 aufgeschaltet wurde. Von den insgesamt ca. 660 Beständen des Staatsarchivs waren Ende 2024 rund 45 Prozent (294 Bestände) soweit erschlossen, dass sie online nutzbar gemacht werden können.

Finanzen Behörden und Staatskanzlei (in MCHF)

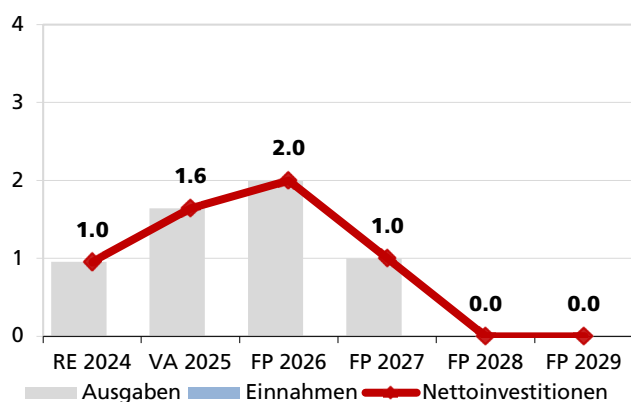
Erfolgsrechnung	RE 2024	VA 2025	FP 2026	FP 2027	FP 2028	FP 2029
Globalbudgets						
Aufwand	18.1	18.3	21.1	20.8	20.3	20.6
Ertrag	-3.0	-0.6	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5
Globalbudgetsaldo	15.1	17.7	20.5	20.3	19.8	20.1
Verrechnung	-7.7	-9.2	-10.6	-10.6	-10.3	-10.5
Saldo	7.4	8.5	9.9	9.7	9.5	9.7
Finanzgrössen						
Aufwand	5.5	5.4	5.3	5.3	5.3	5.3
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	-1.8	-1.8	-1.7	-1.7	-1.7	-1.7
Saldo	3.6	3.6	3.6	3.6	3.6	3.6
Saldo total	11.0	12.1	13.5	13.3	13.1	13.2



Ab Planjahr 2026 erfolgt ein Anstieg des Nettoaufwandes im Rahmen der zielgerichteten Umsetzung der kantonalen Digitalisierungsstrategie (1,6 Mio. Franken) sowie infolge einer Erhöhung der Personalressourcen in den Bereichen Staatsarchiv, Datenschutz und Kommunikation (1,0 Mio. Franken).

Bereits im Voranschlag 2025 enthalten sind 1,6 Mio. Franken Aufwand für Abschreibungen von Projektkosten Impulsprogramm 2023–25.

Investitionsrechnung	RE 2024	VA 2025	FP 2026	FP 2027	FP 2028	FP 2029
Total						
Ausgaben	1.0	1.6	2.0	1.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	1.0	1.6	2.0	1.0	0.0	0.0



Der Sammelverpflichtungskredit für Kleinprojekte aus dem «Impulsprogramm SO!Digital 2023–25» (SGB 192/2022) unter Federführung der Staatskanzlei beläuft sich insgesamt auf 6,3 Mio. Franken. Infolge eines späteren Starttermins und knappen Personalressourcen fallen Projektkosten voraussichtlich bis ins Jahr 2027 an.

2 Bau- und Justizdepartement

2.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Der Kanton Solothurn setzt sich für Rahmenbedingungen ein, welche der Erhaltung der Lebensgrundlagen durch eine zielgerichtete, geordnete und haushälterische Nutzung des Raumes und der natürlichen Ressourcen dienen. Er sorgt zudem für eine optimierte Verkehrsinfrastruktur, welche die Wohn- und Standortattraktivität erhöht. Dazu gehören die Planung und der Unterhalt des Kantonsstrassennetzes genauso wie die Förderung des öffentlichen Verkehrs wie auch die Entwicklung des Immobilienportfolios im Finanzvermögen zum langfristigen Gedeihen des Wirtschaftsstandortes. Das Bau- und Justizdepartement ist besorgt für den Bau und den Unterhalt der kantonalen Liegenschaften im Verwaltungsvermögen. Der Justizbereich im Bau- und Justizdepartement beschränkt sich auf die administrative Zuständigkeit im Bereich der Strafverfolgung.

2.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan

1.3 Bedarfs- und zukunftsgerichtete Verkehrsinfrastruktur erhalten bzw. aufbauen

- 1.3.1 Anteil des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr optimieren
- 1.3.2 Steigerung des Fuss- und Veloverkehrs am Modalsplit
- 1.3.3 Gesamtheitliche und grossräumige Verkehrslösungen konzipieren und realisieren

2.1 Klimawandel dämpfen und Auswirkungen begegnen

- 2.1.2 Gefahrenpotentiale durch Hochwasser und Sturzprozesse (Steinschlag, Rutschungen) mindern
- 2.1.3 Vermehrten Einsatz von Bauholz unter dem Aspekt einer optimalen Senkenwirkung fördern

2.2 Produktionspotential des Lebensraums nachhaltig nutzen

- 2.2.3 Schutz des Grundwasserdargebotes und Sicherstellung einer resilienten Trinkwasserversorgung aller Kantonsteile
- 2.2.4 Sorgsamer Kiesabbau zur Ergänzung der konsequenten Nutzung wiederverwertbarer mineralischer Baustoffe

2.3 Raumentwicklung: Nutzung der sich bietenden Spielräume im Rahmen einer umfassenden Interessenabwägung

- 2.3.1 Siedlungsentwicklung nach innen lenken sowie Siedlungsqualität wahren und fördern
- 2.3.2 Kulturland (Fruchtfolgeflächen) und Wald quantitativ und qualitativ schützen
- 2.3.3 Biodiversität fördern
- 2.3.4 Logistikenutzung am richtigen Ort ermöglichen

3.3 Öffentliche Sicherheit gewährleisten

- 3.3.3 In moderne Sicherheitsinfrastruktur investieren

2.3 Politische Ziele und Leistungen

Die Umweltbelastung infolge fortschreitender Bautätigkeit und wachsendem motorisiertem Verkehr erfordert weiterhin Schutzmassnahmen. Der mit den Abwanderungen aus den Agglomerationen zusammenhängende Pendlerverkehr stellt eine Herausforderung für die Raumplanung und die Verkehrsplanung dar. Neue Mobilitätsbedürfnisse müssen durch nachhaltige, aufeinander abgestimmte Massnahmen befriedigt werden. Die Veränderung des Modalsplits zugunsten des öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs soll mit Optimierungen sowie mit einer verstärkten Abstimmung der Siedlungsentwicklung auf das ÖV-Angebot, angestrebt werden. Das Ziel soll insbesondere mit der Umsetzung der vom Bund mitfinanzierten Agglomerationsprogramme erreicht werden. Die in den 60er und 70er Jahren (aus)gebauten Strassen werden durch die intensive Nutzung stark belastet. Nur mit gesteigerten Investitionen in die Werterhaltung kann der Nutzwert der Infrastruktur erhalten bleiben. Die Verkehrsplanung soll vermehrt regional und übergeordnet koordiniert erfolgen (vor allem im Gäu, im Niederamt und im Wasseramt). Die fortgeschrittenen Planungen und Projekte werden weitergeführt und innerhalb des vorgesehenen Zeitplans abgeschlossen. Die Siedlungsentwicklung soll gestützt auf das

revidierte Raumplanungsgesetz und den neuen kantonalen Richtplan an geeigneten Standorten und nach innen erfolgen und dem Kulturlandverlust Einhalt gebieten. Massnahmen: Siedlungen nach innen verdichten, Verfügbarkeit von Bauland erhöhen, unverbauete und naturnahe Landschaftsräume erhalten. Als Kompensation des Verlustes von Kultur- und Naturraum sollen vermehrt naturnahe Lebensgrundlagen für Pflanzen und Tiere geschaffen werden. Die Massnahmen erfolgen namentlich im Rahmen des Mehrjahresprogramms Natur und Landschaft, der verstärkten Ökologisierung der Landwirtschaft, der Bewilligung von Grossprojekten (Ersatzmassnahmen), in der nächsten Generation der Ortsplanungen sowie mit gezielten Revitalisierungsprojekten von Gewässern gemäss Revitalisierungsplanung nach der Gewässerschutzgesetzgebung. Nach Abschluss der Hochwasserschutz- und Revitalisierungsprojekte an der Emme und der Aare steht nebst der Behebung von lokalen Engpässen bei anderen Fliessgewässern der Hochwasserschutz und die Revitalisierung der Dünnern im Fokus. Mit Blick auf die Folgen der Klimaerwärmung mit den zu erwartenden länger andauernden Trockenperioden müssen Vorkehrungen bei der Wasserversorgung getroffen werden. Es wird angestrebt, die Wasserversorgungsinfrastruktur stärker zu vernetzen und ergiebige Grundwasserdargebote von guter Qualität überregional zur Nutzung zur Verfügung zu stellen. Um diese Bestrebungen zu stützen, muss das Gesetz über Wasser, Boden und Abfall (GWBA, BGS 712.25) angepasst werden.

2.4 Massnahmen Bau- und Justizdepartement

5711

Einführung elektronisches Baugesuchswesen

Ziel LP

B.1.2

Einführung einer Lösung zur elektronischen Abwicklung von Baugesuchen

Status

In Arbeit

Start-Datum

1. Jan 2020

Soll-Termin

31. Dez 2025

Amt

Departementssekretariat BJD

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6965	KRB über Investitionen und Vorgehen		5. Jul 2023	SGB 102/2023
7723	Abschluss Realisierungsphase	1. Okt 2024	5. Nov 2024	
7724	Abschluss Einführungsphase	31. Dez 2025		

5840

Revision GWBA Wasserversorgungsinfrastrukturen

Ziel LP

B.2.2.3

Finanzierung überregionaler Wasserversorgungsinfrastrukturen regeln

Status

In Arbeit

Start-Datum

1. Okt 2022

Soll-Termin

1. Jan 2028

Amt

Departementssekretariat BJD

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
7418	Vernehmlassung	30. Jun 2026		
7419	B+E	31. Mär 2027		
7420	Inkraftsetzung	1. Jan 2028		

5844

Umsetzung Planungsausgleich

Ziel LP

B.2.3.1

Die bundesrechtskonforme Umsetzung des Gesetzes über den Ausgleich raumplanungsbedingter Vor- und Nachteile (Planungsausgleichsgesetz, PAG) ist gewährleistet

Status

In Arbeit

Start-Datum

1. Jan 2021

Soll-Termin

1. Jul 2026

Amt

Departementssekretariat BJD

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
7441	Der für den Vollzug erforderliche zweckgebundene kantonale Fonds ist eingerichtet	31. Dez 2022	1. Dez 2023	
7442	Die sich bei der Umsetzung auf kommunaler Ebene ergebenden Fragen sind geklärt	31. Dez 2023	4. Jul 2023	RRB 2023/1121
7443	Für den Vollzug durch den Regierungsrat erforderliche Eckwerte liegen vor	31. Dez 2023	4. Jul 2023	RRB 2023/1121
7444	Allfälliger Anpassungsbedarf am Planungsausgleichsgesetz ist ermittelt	31. Dez 2023	4. Jul 2023	RRB 2023/1121
7725	Beschluss Kantonsrat	31. Dez 2025		
7726	Inkraftsetzung	1. Jul 2026		

5843	Anreizsystem "Siedlungsentwicklung nach innen, aber qualitativ!" ("IQ")				Ziel LP	B.2.3.1
	Anreizsystem zur qualitätsvollen Siedlungsentwicklung gegen innen ist eingeführt.					
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2021	Soll-Termin	31. Dez 2025
	Amt	Amt für Raumplanung				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
7438	Anreizsystem definiert	31. Dez 2022	1. Dez 2023	Tag der Baukultur vom 29.11.2023		
7439	Start Umsetzung	1. Jan 2023	1. Jan 2024	arp.so.ch->Projekte und Themen->Impulsprogramm "IQ!"		
7440	Erfolgskontrolle	31. Dez 2025				
5845	Logistikentwicklung an geeigneten Standorten fördern				Ziel LP	B.2.3.4
	Planungsrechtliche Voraussetzungen für Logistikentwicklungen liegen vor					
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2022	Soll-Termin	30. Jun 2026
	Amt	Amt für Raumplanung				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
7445	Auflage Richtplananpassung	31. Mär 2022	31. Mai 2023	Einwendungsbericht zur Richtplananpassung 2022, Versand vom 5. März 2024		
7446	Beschluss Regierungsrat Richtplananpassung	30. Apr 2025				
7447	Genehmigung Bund Richtplananpassung	31. Dez 2025				
7448	Vorprüfung Nutzungsplanung	30. Sep 2025				
7449	Genehmigung Nutzungsplanung	30. Jun 2026				
5508	Oensingen, SVKZ (Anteil Kanton), Neubau				Ziel LP	B.3.3.2
	Projekt ASTRA; Anteil Kanton SO				Beschluss	KRB 27.01.2021
	Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jan 2016	Soll-Termin	31. Dez 2024
	Amt	Hochbauamt				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
6783	RRB, B+E		2. Nov 2020	RRB Nr. 2020/1524		
6949	Volksabstimmung		13. Jun 2021	Vorlage angenommen		
7473	Fertigstellung	31. Dez 2024	30. Aug 2024			
5238	Flumenthal, Zentralgefängnis, Neubau				Ziel LP	B.3.3.3
	.				Beschluss	KRB 27.06.2023
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Dez 2021	Soll-Termin	31. Dez 2030
	Amt	Hochbauamt				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
6756	Entscheid Wettbewerb		31. Dez 2021			
5823	RRB, B+E		2. Mai 2023	RRB Nr. 2023/711		
6555	Volksabstimmung		22. Okt 2023	Vorlage angenommen		
7474	Fertigstellung	31. Dez 2030				
5652	Oensingen, Stützpunkt Kantonspolizei, Neubau				Ziel LP	B.3.3.3
	.					
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Mai 2023	Soll-Termin	31. Dez 2031
	Amt	Hochbauamt				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
6788	Gestaltungsplan		31. Mai 2023			
6951	Wettbewerb		31. Dez 2023			
6952	Vorprojekt	1. Apr 2025				
6763	RRB, B+E	1. Apr 2025				
6764	Volksabstimmung	30. Nov 2025				
6765	Fertigstellung	31. Dez 2031				

5900 Solothurn, Bielstrasse 3		Ziel LP	B.3.3		
.					
Status Amt	In Arbeit Hochbauamt	Start-Datum	1. Apr 2025	Soll-Termin	31. Dez 2040
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
7792	RRB, B+E	22. Apr 2025			
7793	Volksabstimmung	30. Nov 2025			
1149 Solothurn, Bürgerspital, Neubau		Ziel LP	B.3.2.2		
.					
Status Amt	In Arbeit Hochbauamt	Start-Datum	1. Jan 2006	Soll-Termin	31. Dez 2030
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
348	Wettbewerb durchgeführt		31. Dez 2008		
351	Vorprojekt		30. Sep 2010		
349	RRB, B+E (Kreditbotschaft)		31. Dez 2011	RRB Nr. 2011/2487	
753	Erneute Bedarfsüberprüfung und Projektoptimierung		31. Dez 2011		
755	Volksabstimmung		17. Jun 2012	Vorlage angenommen	
350	Fertigstellung Haus 1		31. Dez 2021		
6552	Fertigstellung Haus 2	31. Dez 2030			
5848 Solothurn, Erweiterung Rötihof, Neubau					
.					
Status Amt	In Arbeit Hochbauamt	Start-Datum	1. Apr 2021	Soll-Termin	31. Dez 2036
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
7477	RRB, strategischer Entscheid		6. Apr 2021	RRB Nr. 2021/502	
7463	Wettbewerb	1. Mai 2025			
7464	RRB, B+E	31. Jan 2027			
7465	Volksabstimmung	30. Sep 2027			
7467	Fertigstellung	31. Dez 2036			
5653 Solothurn, Kantonsschule, Umbau/San.		Ziel LP	B.3.5.3		
.					
Status Amt	In Arbeit Hochbauamt	Start-Datum	1. Nov 2020	Soll-Termin	31. Dez 2035
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
7476	RRB, strategischer Entscheid		24. Nov 2020	RRB Nr. 2020/1662	
6767	RRB, B+E		17. Dez 2024	RRB Nr. 2024/2071	
7727	KRB, Standortentscheid	12. Mär 2025			
6768	Volksabstimmung				
6769	Fertigstellung				
1155 Olten, Entlastung Region Olten		Ziel LP	B.1.3.3		
Entlastung Region Olten, Fertigstellung		Beschluss	KRB 046/2008		
Status Amt	In Arbeit Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau	Start-Datum	1. Jan 2008	Soll-Termin	31. Dez 2026
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
356	Baubeginn		31. Aug 2008		
357	Inbetriebnahme		24. Apr 2013		
358	Bauabrechnung	31. Dez 2026			

5764	Derendingen, Hauptstrasse, Umgestaltung				Ziel LP	B.1.3.3
	Derendingen, Sanierung und Umgestaltung Hauptstrasse inkl. Knoten Kreuzplatz				Beschluss	KRB 0032/2019
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Sep 2019	Soll-Termin	31. Dez 2028
	Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5964	Baubeginn		1. Sep 2019			
6475	Inbetriebnahme	31. Aug 2027				
6476	Bauabrechnung	31. Dez 2028				
5486	Beinwil, Passwangstrasse, Phase 2				Ziel LP	B.1.3.3
	Beinwil, Passwangstrasse Nord, Gesamtsanierung Phase 2				Beschluss	KRB 0191/2019
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2017	Soll-Termin	31. Dez 2031
	Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5956	Vorarbeiten		1. Jun 2017			
5957	Baubeginn		1. Mär 2025			
5958	Inbetriebnahme	31. Aug 2030				
5959	Bauabrechnung	31. Dez 2031				
5646	Neuendorf, Dorfstr., San. + Gehwegausbau				Ziel LP	B.1.3.3
	Neuendorf, Dorfstrasse, Strassensanierung und Gehwegausbau				Beschluss	KRB 0032/2020
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2023	Soll-Termin	31. Dez 2030
	Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
6733	Baubeginn	1. Aug 2026		Das Projekt wird aufgrund von Beschwerden momentan vom Bundesgericht beurteilt.		
6734	Inbetriebnahme	31. Dez 2029				
6735	Bauabrechnung	31. Dez 2030				
5748	Büsserach/Breitenbach, Ortsdurchfahrten				Ziel LP	B.1.3.3
	Büsserach / Breitenbach, Sanierung und Umgestaltung Ortsdurchfahrten				Beschluss	KRB 0038/2021
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2022	Soll-Termin	31. Dez 2027
	Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
7154	Baubeginn		1. Okt 2022			
7155	Inbetriebnahme	1. Okt 2026				
7156	Bauabrechnung	31. Dez 2027				
5490	Balsthal, Verkehrsanbindung Thal				Ziel LP	B.1.3.3
	Balsthal, Verkehrsanbindung Thal				Beschluss	KRB 0158/2020
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Aug 2024		
	Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
7665	Vorarbeiten		1. Aug 2024	Projektstudie		
5976	Baubeginn					
7666	Inbetriebnahme					
7667	Bauabrechnung					

5765	Egerkingen, Oltnenstrasse, Kreisel Winterlen					Ziel LP	B.1.3.3
	Egerkingen, Umgestaltung und Sanierung Oltnenstrasse, Dorfeingang Ost, Gebiet Winterlen					Beschluss	KRB 0065/2022
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Sep 2022	Soll-Termin	31. Dez 2025	
	Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
7668	Vorarbeiten		1. Sep 2022				
6836	Baubeginn		1. Sep 2022				
6837	Inbetriebnahme		31. Okt 2024				
6838	Bauabrechnung	31. Dez 2025					
5779	Mümliswil-Ramiswil, Langenbruckstrasse					Ziel LP	B 1.3.3
	Mümliswil-Ramiswil, Sanierung Langenbruckstrasse					Beschluss	KRB 0216/2022
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2023	Soll-Termin	31. Dez 2025	
	Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
7669	Vorarbeiten		31. Mär 2023				
7670	Baubeginn		1. Jul 2023				
7671	Inbetriebnahme	31. Aug 2025					
7672	Bauabrechnung	31. Dez 2025					
5365	Solothurn, Baselstrasse, Sanierung					Ziel LP	B.1.3.3
	Solothurn, Baselstrasse, Sanierung und Umgestaltung inkl. Doppelspurausbau Bahn					Beschluss	KRB 0263/2023
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2018	Soll-Termin	31. Dez 2032	
	Amt	Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
7695	Vorarbeiten		1. Jan 2018				
6495	Baubeginn	1. Mär 2028					
6497	Inbetriebnahme	31. Dez 2031					
6496	Bauabrechnung	31. Dez 2032					
5156	HWS/Revit. Aare, Olten-Aarau					Ziel LP	B.2.1.2
	Hochwasserschutz- und Revitalisierungsmassnahmen an der Aare zwischen Olten und Aarau					Beschluss	VB 09.06.2013
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	31. Dez 2025	
	Amt	Amt für Umwelt					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
498	Planung Gerinne und Dammbauten 2. Priorität		31. Dez 2012	KRB vom 26.02.2013, SGB 198/2012			
765	Volksabstimmung Gerinne und Dammbauten 2. Priorität		9. Jun 2013	Verpflichtungskredit vom Volk am 9. Juni 2013 angenommen			
499	Realisierung Gerinne und Dammbauten 2. Priorität		30. Apr 2019	Die Bauarbeiten des 4. und letzten Loses (Niedergösgen und Schönenwerd) sind abgeschlossen.			
6248	Nacharbeiten und Bauabrechnung	31. Dez 2025		Optimierungs- und Wiederherstellungsarbeiten, Abschlussarbeiten, Abrechnung			
5154	HWS/Revit. Emme, ab Wehr Biberist, Realisierung					Ziel LP	B.2.1.2
	Realisierung Hochwasserschutz und Revitalisierung Emme, Wehr Biberist bis Aaremündung					Beschluss	VB 28. Feb 2016
	Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2016	Soll-Termin	31. Dez 2025	
	Amt	Amt für Umwelt					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
6251	Sanierung Deponien abgeschlossen		31. Mär 2018	Die Sanierung der Bioschlammdeponie und der Deponien Schwarzweg und Rüti wurden im März 2018 abgeschlossen.			
495	Realisierung Wehr Biberist - Aare		31. Dez 2020	Die Bauarbeiten sind in allen Losen abschlossen.			
6253	Nacharbeiten und Bauabrechnung	31. Dez 2025		Optimierungs- und Wiederherstellungsarbeiten, Abschlussarbeiten, Abrechnung			

5483	Lebensraum Dünnern Oensingen-Olten					Ziel LP	B.2.1.2
Vorstudien, Planung, Projektierung und Realisierung von Hochwasserschutz- und Revitalisierungsmassnahmen entlang der Dünnern						Beschluss	KRB 08.12.2015
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2016	Soll-Termin	31. Dez 2040		
Amt	Amt für Umwelt						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5944	Vorstudie Oensingen-Oberbuchsiten	31. Dez 2016	24. Feb 2017	Es wurde eine umfassende Vernehmlassung zur Vorstudie durchgeführt. Die Vorstudie wurde plausibilisiert und weitere Lösungsmöglichkeiten evaluiert.			
5945	Projektierung Herbetswil		31. Dez 2020	Die Projektauflage erfolgte Ende 2020.			
5946	Baubeginn Herbetswil		16. Aug 2021	Baustart im Abschnitt Dünnernacker.			
5947	Realisierung und Abschluss Herbetswil	31. Dez 2025		Abschluss Bauarbeiten im 2022, anschliessend Projekt-Dokumentation und Abrechnung.			
6254	Projektierung Oensingen-Olten			Vorprojekte für 2 Varianten liegen vor. Vernehmlassung bei Bund und Kanton im Winter 21/22. Bewertung und Variantenentscheid bis Ende 2022. Richtplanverfahren ab 2023 und anschliessend Erarbeitung Bau-/Auflageprojekt.			
6255	Baubeginn Oensingen-Olten			Baubeginn frühestens 2028			
6256	Realisierung und Abschluss Oensingen-Olten			Realisierung etappenweise, Abschluss des Projektes offen.			
1182	Schwermetallsanierung Schiessanlagen					Ziel LP	B.2
Schwermetallsanierung Schiessanlagen						Beschluss	RG 0088/2017
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2018	Soll-Termin	31. Dez 2040		
Amt	Amt für Umwelt						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
373	Einbau Kugelfänge		31. Dez 2013	Abgeschlossen			
5656	B+E z. Hd. KR (gesetzliche Grundlage)		1. Jan 2018	Das seit dem 1. Januar 2018 gültige, revidierte GWBA regelt die Kostentragung. Nach Abzug der Bundesbeiträge trägt der Kanton sämtliche Kosten.			
5657	Abschluss der Sanierungsarbeiten	31. Dez 2038		2019 wurde die Sanierung von 13 Anlagen in der Pilotregion Wasseramt abgeschlossen. Ab 2021 wird jährlich je eine weitere Region saniert werden.			
5550	Kunstdenkmäler des Kantons Solothurn, Stadt Olten						
Publikation							
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2018	Soll-Termin	15. Jun 2027		
Amt	Amt für Denkmalpflege und Archäologie						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
6260	Publikation / Vernissage	15. Jun 2027					
5872	Bauinventar Kanton Solothurn						
Bereitstellung von Entscheidungsgrundlagen für die praktische Denkmalpflege (Stellungnahmen Baugesuche, Bauberatung) und für kommunale Behörden (Ortsplanung, Beurteilung Baugesuche schützenswerter Bauten)							
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2023	Soll-Termin	31. Dez 2025		
Amt	Amt für Denkmalpflege und Archäologie						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
7582	Konzept erstellt	31. Mär 2025	15. Dez 2024				
7583	Beschluss RRB	31. Dez 2026					
7584	Start Umsetzung	1. Mär 2027					

5873 Archive und Depots Denkmalpflege und Archäologie

Langfristige Sicherstellung des Erhalts archivwürdiger Dokumente und Objekte
(Konservatorische Massnahmen und Digitalisierungsstrategie)

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2022** Soll-Termin **31. Okt 2026**

Amt **Amt für Denkmalpflege und Archäologie**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
7585	Analyse Archiv- und Deposition ADA	31. Dez 2025		
7586	Ausweis Handlungsbedarf	30. Apr 2026		
7587	Massnahmenplan erstellt	15. Sep 2026		
7588	Priorisierung und Zeitplan definiert	31. Okt 2026		
7589	Projektvorbereitung und Start Umsetzung	31. Okt 2026		

5874 Schutz der archäologischen Fundstelle Inkwilersee-Insel

Sicherstellung des Erhalts des UNESCO-Welterbes im Inkwilersee

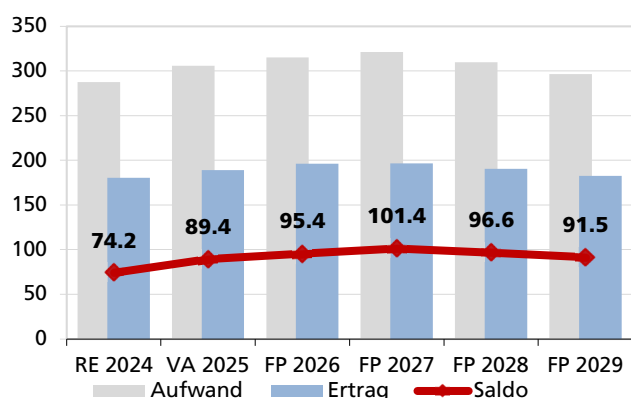
Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2022** Soll-Termin **30. Jun 2026**

Amt **Amt für Denkmalpflege und Archäologie**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
7590	Vorstudie/Vorprojekt	30. Jun 2022	14. Sep 2022	
7591	Ausarbeitung Bauprojekt	24. Dez 2022	14. Dez 2022	
7592	Finanzierung/Eingabe Baugesuch	17. Jan 2023	17. Jan 2023	
7593	Start Umsetzung	1. Okt 2025		
7594	Abschluss Umsetzung	31. Mär 2026		

Finanzen Bau - und Justizdepartement (in MCHF)

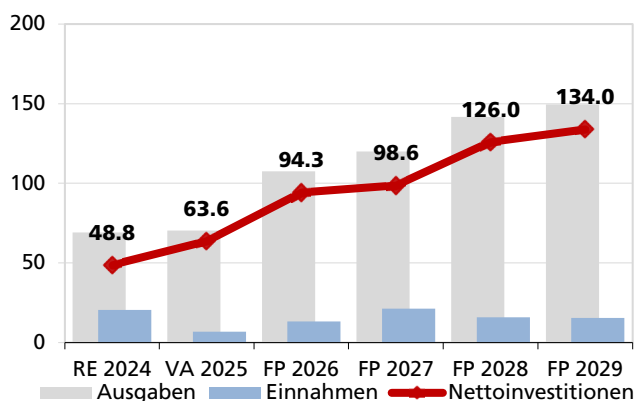
Erfolgsrechnung	RE 2024	VA 2025	FP 2026	FP 2027	FP 2028	FP 2029
Globalbudgets						
Aufwand	185.1	187.8	189.5	192.0	193.7	197.2
Ertrag	-61.5	-63.6	-64.5	-65.1	-65.6	-66.0
Globalbudgetsaldo	123.6	124.2	125.1	126.9	128.1	131.1
Verrechnung	-29.3	-30.1	-29.8	-29.6	-29.3	-29.1
Saldo	94.3	94.1	95.3	97.3	98.7	102.0
Finanzgrössen						
Aufwand	102.2	117.8	125.4	129.1	116.0	99.3
Ertrag	-118.7	-125.4	-131.5	-131.2	-124.7	-116.4
Verrechnungen	-3.6	2.8	6.1	6.2	6.5	6.6
Saldo	-20.1	-4.8	0.1	4.1	-2.1	-10.5
Saldo total	74.2	89.4	95.4	101.4	96.6	91.5



Die Entwicklung der Globalbudgets folgt hauptsächlich dem Teuerungsverlauf (insbesondere Personal, Energie, baulicher Unterhalt). Mehraufwände sind auch bei den Mietkosten zu erwarten. Die Planzahlen der Folgejahre sind mit grösseren Unsicherheiten behaftet.

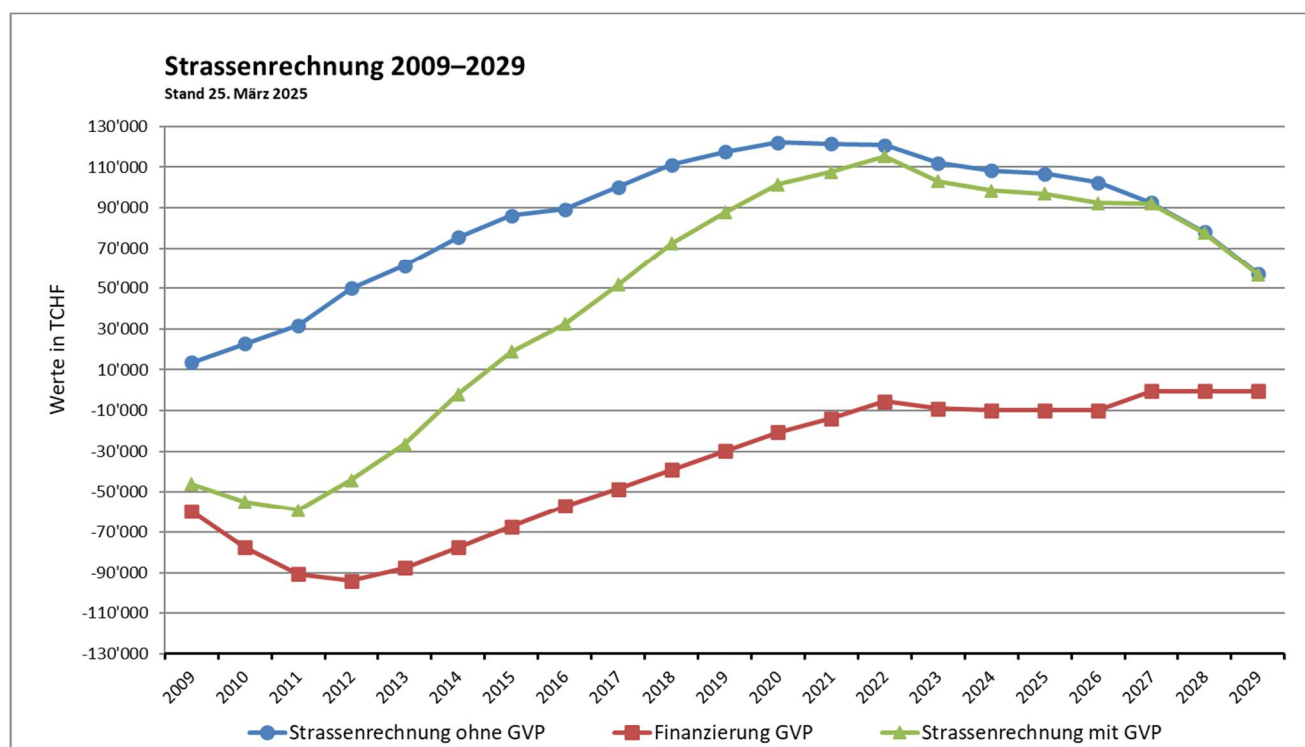
Eine Entlastung zeigt sich bei den Abschreibungen im Strassenbau. Zusätzlicher Aufwand bei den Finanzgrössen zeigt sich bei der Bearbeitung der Altlasten. Dieser wird durch entsprechend höhere Beiträge von Bund und Gemeinden teilweise kompensiert. Allgemein wurden die Spareffekte des Massnahmenplans 2024 nun mitberücksichtigt. Die internen Verrechnungen sind unter anderem abhängig von den Zuweisungen der LSVA-Gelder in die Strassenrechnung.

Investitionsrechnung	RE 2024	VA 2025	FP 2026	FP 2027	FP 2028	FP 2029
Total						
Ausgaben	69.2	70.3	107.6	119.9	141.8	149.5
Einnahmen	20.4	6.7	13.3	21.3	15.8	15.5
Nettoinvestitionen	48.8	63.6	94.3	98.6	126.0	134.0
Einzelne Nettoinvestitionen						
Hochbau: Spitalbauten	1.1	2.5	4.5	14.5	14.5	12.0
Hochbau: Bildungs- und allg. Bauten	9.2	24.5	47.2	45.9	58.8	65.4
Hochbau: Strassenrechnung	2.0	0.0	2.0	0.7	0.0	0.0
Kantonsstrassenbau	36.4	35.0	39.0	35.0	48.0	52.0
Öffentlicher Verkehr	-0.5	-0.4	-0.4	-0.2	-0.2	-0.2
Umwelt: Wasserbau	0.7	1.9	2.0	2.7	4.8	4.8



Während die Investitionstätigkeit aufgrund von Projektverschiebungen und -verzögerungen sowie nach der Fertigstellung von Grossprojekten in den letzten Jahren eher tief waren, führen verschiedene anstehende neue Grossprojekte (Strassen-, Hoch- sowie Wasserbau) mittelfristig zu einem Anstieg der Investitionen. Die Plafohnung der Investitionen im BJD auf 125 Mio. Franken im Durchschnitt über vier Jahre kann klar eingehalten werden.

Entwicklung Strassenrechnung



Gemäss dem Massnahmenplan 2013 sind die Investitionen im Bau und Justizdepartement auf rund 125 Mio. Franken (netto) pro Jahr plafoniert. Grosse Vorhaben, wie zum Beispiel der Spitalneubau, hatten somit zur Folge, dass grössere Kantonsstrassenprojekte entsprechend später realisiert wurden. Die Bruttoinvestitionen steigen ab dem Jahr 2020 an, dies aufgrund anstehender grösserer Sanierungsprojekte. Auf der Einnahmeseite ist die per 1. Januar 2019 gesetzlich in Kraft getretene Beitragsbefreiung der Gemeinden an die Kosten des Kantonsstrassenbaus resp. die entsprechende Einnahmenminderung berücksichtigt.

Bis und mit dem Jahr 2018 wurden der Strassenrechnung die LSVA-Einnahmen i.d.R. zu 100 % (rund 12 bis 13 Mio. Franken pro Jahr) zugewiesen. Im Jahr 2016 und seit dem Jahr 2019 hat der Kantonsrat im Rahmen der Budgetbeschlüsse jeweils 50 % resp. rund 6,5 Mio. Franken der LSVA-Einnahmen der Strassenrechnung zugewiesen. Der Abschätzung der weiteren Entwicklung der Strassenrechnung ist eine LSVA-Zuweisung von 50 % hinterlegt. Der verbindliche Beschluss erfolgt jeweils durch den Kantonsrat.

Stand Finanzierung Gesamtverkehrsprojekte Solothurn / Olten (GVP)

Zur Finanzierung der Projekte «Solothurn, Entlastung West» und «Entlastung Region Olten» wurde in den Jahren 2003 bis 2023 auf den Steuern für Motorfahrzeuge ein Zuschlag von 15 % erhoben. Die «Entlastung Region Olten» wird vom Bund mit rund 50 % mitfinanziert. Die Schlussabrechnung für die Bundesbeiträge ist nach Abschluss der Umgestaltungsmassnahmen im Jahr 2026 vorgesehen, die Auszahlung wird im Jahr 2027 erwartet.

3 Departement für Bildung und Kultur

3.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Das Departement für Bildung und Kultur sorgt dafür, dass die Bildung den sich wandelnden Ansprüchen von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat sowie den Fähigkeiten und Neigungen der Schülerinnen und Schüler gerecht werden kann. Ziel ist es, dass sich Volksschule, Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen den gesellschaftlichen Entwicklungen und Bedürfnissen entsprechend weiterentwickeln. Das Bildungsangebot sollte möglichst in der ganzen Schweiz harmonisiert werden. Die Chancengerechtigkeit während der Ausbildung soll gewahrt bleiben. Das Bildungsangebot soll allen Jugendlichen einen Abschluss ermöglichen, der sie für das Berufsleben oder für weitergehende Schulbildungen qualifiziert. Der Übergang von der Schule in die Berufswelt soll verbessert werden. Der Kanton bietet eine Vielzahl von Bildungsangeboten an. Kindergarten, Volksschule und Musikschulen sind kommunale Aufgaben. Der Kanton beteiligt sich an den Besoldungskosten der Lehrpersonen. Er ist für die Angebote der Sonderpädagogik und der Sekundarstufe II zuständig. Die Einwohnergemeinden beteiligen sich bis 31. Juli 2026 mit einem Schulgeld an den andersschulischen Angeboten (§ 37bis i.V.m. § 44quater Abs. 1 des Volksschulgesetzes vom 14.9.1969, VSG). In Zukunft erbringt der Kanton die Leistungen und trägt auch die Kosten vollumfänglich. Der Kanton entlastet die Einwohnergemeinden künftig um rund 20 Mio. Franken. Die Bildungsangebote der Tertiärstufe führt der Kanton zum Teil selbst, zum Teil finanziert er sie mit.

Der Aufgabenbereich Kultur und Sport ermöglicht einer breiten Bevölkerung Zugang zu Kultur, Geschichte und Sport. Die kulturelle Vielfalt im Kanton wird projektorientiert gefördert und das Kulturerbe bewahrt und gepflegt. Sportliche Aktivitäten werden insbesondere im Bereich J+S (Jugend und Sport) gefördert. Weitere Sport- und Bewegungsprojekte werden initiiert, koordiniert und begleitet. Zum Aufgabenbereich des DBK gehören auch die Kontakte zu den staatlich anerkannten Landeskirchen, welche mit Staatsmitteln gefördert werden.

3.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan

3.4 Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken

3.4.4 Stärkung der kulturellen Partnerschaften

3.5 Bildungspotenziale fördern und -barrieren abbauen

3.5.1 Förderung der Französischkompetenzen und Stärkung des Sprachaustausches

3.5.2 Zusammenarbeit im Bildungsraum Nordwestschweiz weiterentwickeln

3.4.2 Zusammenarbeit im Bildungsraum Nordwestschweiz weiter entwickeln - Fachhochschulstandort Olten stärken

3.5.3 Bildungsreformen des Bundes umsetzen

3.6 Bildung und Digitalisierung

3.6.1 Umsetzung Impulsprogramm und Leitlinien

3.3 Politische Ziele und Leistungen

Veränderte Bedürfnisse der Gesellschaft (zunehmende Mobilität der Bevölkerung, wachsender Anteil Fremdsprachiger, veränderte Familienstrukturen) erfordern diverse Anpassungen im Schulbereich. Dazu zählen insbesondere die schweizweite Harmonisierung der Schulstrukturen und Bildungsinhalte sowie laufende Optimierungen des Übergangs von der Schule in die Berufswelt. Mit der Einführung der Schüler-pauschalen wurde der indirekte Finanzausgleich abgeschafft, was zu Kostentransparenz führte. Die Steuerung des Bildungssystems muss im Interesse der Wirksamkeit weiterentwickelt werden (Vergleichbarkeit der Schulen herstellen/Einführung von Leistungsmessungen [Checks]). Im März 2023 ist der vierte Bildungsbericht Schweiz erschienen. Er ist ein Produkt des langfristig angelegten Bildungsmonitorings, das Bund und Kantone in Ausführung von Artikel 61a Abs. 1 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (BV) lanciert haben. Ziel ist ein Bildungsmonitoring, das Erkenntnis- und Datenlücken schliesst und den politischen Entscheidungsträgern faktengestützte Grundlagen liefert für die Weiterentwicklung des Bildungsbereichs und die Investitionen in das Bildungswesen.

Die Ziele der Fachhochschule Nordwestschweiz sind im vierkantonalen Leistungsauftrag festgehalten. Dieser wurde für die Jahre 2025–2028 erneuert (RRB Nr. 2024/935 vom 11.6.2024 und KRB Nr. SGB 0106/2024 vom 11.9.2024). Die Fachhochschule erstattet jährlich zuhänden des Kantonsrates Bericht. Die Förderung und Pflege der Kultur sind als kantonaler Verfassungsauftrag Aufgaben der öffentlichen Hand. Als Quelle des Austauschs, der Erneuerung, der Kreativität, der persönlichen Entfaltung und des gesellschaftlichen Zusammenhalts sind das kulturelle Erbe und die kulturelle Vielfalt für Mensch und Gesellschaft wichtig und bedeutsam. Der Kanton soll sich deshalb für die Förderung, Pflege und Vermittlung der solothurnischen Kultur gezielt und weitsichtig engagieren. Die Leitsätze und Massnahmen sind im Kulturleitbild (RRB Nr. 2020/1494 vom 27.10.2020) festgehalten. Im Jahre 2024 wurde der Entwurf der Schwerpunkte der Strategie zur Förderung der Schlösser und Burgen erarbeitet und dem Regierungsrat am 17.9.2024 und der Bildungs- und Kulturkommission am 18.9.2024 präsentiert. Im Anschluss ist die Priorisierung und Umsetzung der entsprechenden Massnahmen geplant. Dem Regierungsrat wird die Strategie bis zum 31.7.2025 zur Zustimmung unterbreitet. Der Stellenwert des Breitensportes und der Bewegungsförderung im Bereich der Gesundheitsförderung, der Prävention und des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist hoch. In der Globalbudgetperiode 2024–2026 wird ein Sportleitbild erarbeitet und dem Regierungsrat bis Ende 2025 zur Zustimmung unterbreitet. Die Sportfachstelle erfüllt, im Rahmen von Jugend und Sport, Vollzugs- und Koordinationsaufgaben. Darüber hinaus soll in Kooperation mit Bund, Gemeinden, Schulen, Sportvereinen und anderen Organisationen der Breitensport aktiv gefördert und mitgestaltet werden. Der Bericht zum Projekt «Neuer Finanzausgleich Kirchen im Kanton Solothurn» wurde mit RRB Nr. 2017/1226 am 4.7.2017 genehmigt, und der Kantonsrat hat das Gesetz über den Finanzausgleich der Kirchgemeinden (FIAG KG) mit Beschluss Nr. 0149a/2018 am 19.3.2019 verabschiedet. Die gesetzlich festgelegten und bisher vom DBK ausgerichteten Staatsbeiträge an die drei Landeskirchen betragen unverändert rund 1,0 Mio. Franken jährlich.

3.4 Massnahmen Departement für Bildung und Kultur

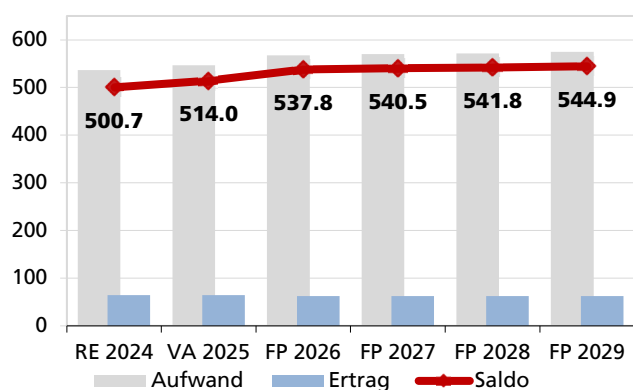
714	Bildungsraum Nordwestschweiz			Ziel LP	B.3.5.2
	Bildungsraum Nordwestschweiz: Zusammenarbeit im Bildungsraum Nordwestschweiz weiterentwickeln - Fachhochschulstandort Olten stärken			Beschluss	RRB 2022/1046
	Status	In Arbeit	Soll-Termin	31. Dez 2026	
	Amt	Volksschulamt		Kategorie	Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
7620	Klärung der neuen Finanzierungsmöglichkeiten im vierkantonalen Fachausschuss Immobilien (FIM) und Entscheid über das weitere Vorgehen.	31. Dez 2024	31. Dez 2024	An der Medienkonferenz vom 18.12.2024 haben die Baudirektorin und der Bildungsdirektor das Projekt vorgestellt. Die Pädagogische Hochschule Solothurn soll per August 2026 in ein Provisorium nach Olten umziehen.	
7618	Klärung einer Investorenlösung Erweiterungsbau FHNW Olten durch das Hochbauamt.	31. Dez 2025			
5543	Sonderpädagogik				
	Die im Nachgang zur Kantonalisierung der heilpäd. Sonderschulen initiierte Konsolidierung des Platzangebotes ist voranzutreiben. Die kant. Steuerung soll im Rahmen der Angebotsplanung 2020 ff. noch stärker wahrgenommen werden.			Beschluss	RRB 2020/1654
	Status	In Arbeit	Soll-Termin	31. Jul 2025	
	Amt	Volksschulamt		Kategorie	Planung Gesetzgebung
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
7624	Das Pauschalmodell wird anhand der Grundlagenanalyse überarbeitet und dient als Grundlage für die nächste Leistungsvereinbarungsperiode.	31. Dez 2024	31. Dez 2024	Das Pauschalmodell wurde überarbeitet und wird im Rahmen der Weiterentwicklung der Angebotsplanung (MP2024,D_DBK_12) erneut überprüft. Die Leistungsvereinbarungen wurden auf Basis der bestehenden Vereinbarungen aktualisiert und verlängert.	
7619	Die Angebotsplanung wird aufgrund der Kostenentwicklung erneut überprüft und soll optimiert werden (Massnahmenplan 2024, Sparmassnahme D_DBK_12). Die Erkenntnisse werden in das Pauschalmodell einfließen (Wirkung ab 1.1.2027).	31. Dez 2025			

5800	Förderung der Französischkompetenzen und Stärkung des Sprachaustausches			Ziel LP	B.3.5.1
Die aus der schweizweiten Überprüfung der Grundkompetenzen resultierenden unterdurchschnittlichen Leistungen der Solothurner Schülerschaft in Französisch sollen deutlich verbessert werden.					
Status	In Arbeit	Soll-Termin	31. Jul 2025	Kategorie	Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Amt	Volksschulamt				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
7625	Die wissenschaftliche Begleitung des immersiven bzw. biligualen Unterrichts im Kanton Solothurn durch die Universität Genf initialisieren.	31. Dez 2024	31. Dez 2024	Die wissenschaftliche Begleitung startete im September 2024. Die Auswertung der gesammelten Daten erfolgt bis April 2025. Das Verfassen des Schlussberichts bis August 2025.	
7278	Es bestehen Schulpartnerschaften zwischen Solothurner Schulen und Schulen aus der Romandie. Mind. 5 Solothurner Schulen sind eine Schulpartnerschaft mit einer französischsprachigen Schule eingegangen.	31. Jul 2025			
7277	In Solothurner Schulen wird immersiv in Französisch unterrichtet. Es nehmen mind. 7 Klassen unterschiedlicher Schulen und Zyklen teil. Mind. 1 Schule verfügt über ein Konzept für immersiven Unterricht in den Zyklen 1 und 2.	31. Jul 2025			
5802	Bildungsreformen des Bundes umsetzen			Ziel LP	B.3.5.3
Umsetzung der Bildungsreformen "gymnasiale Maturität" sowie der Ausbildung in den Bereichen "Kaufleute" und "Verkauf"					
Status	In Arbeit	Soll-Termin	31. Jul 2025	Kategorie	Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Amt	Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
7275	Umsetzung der Weiterentwicklung der gymnasialen Maturität gemäss Bundesbeschlüssen ab Schuljahr 2023/2024.	31. Jul 2024	31. Dez 2024	Mit RRB Nr. 2024/622 und dem Nachtrags-RRB Nr. 2024/1998 wurden die Eckpunkte für die kant. Umsetzung und Weiterentwicklung der gymn. Maturität definiert. Die Detailplanung ist verabschiedet und die Erarbeitung der neuen Stundentafel hat begonnen.	
7762	Verabschiedung der neuen Stundentafel und des Schwerpunktfachkatalogs ab Schuljahr 2027/2028 durch den Regierungsrat sowie Klärung der Promotionsbedingungen Maturitätsfächer und weiterer Rahmenbedingungen.	31. Dez 2025			
5595	Duale Berufsbildung weiter stärken, Übergänge optimieren+durchlässig machen			Ziel LP	B. 3.4.1
Alle im Kanton niedergelassenen Jugendlichen und Erwachsenen erwerben einen ihren Fähigkeiten entsprechenden Abschluss auf der Sek II Stufe mit einem Anschluss an die Tertiärstufe. Für Personen ohne Berufsabschluss+Migranten gezielte Angebote geschaffen.				Beschluss	RRB 2017/1803
Status	In Arbeit			Kategorie	Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Amt	Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen				
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
7622	Evaluation des Angebotes und im Anschluss Entscheid über die Weiterführung.	31. Dez 2024	31. Dez 2024	Evaluationsbericht über den Vorbereitungskurs Grundkompetenzen Erwachsene liegt vor und mit RRB Nr. 2024/265 wurde das zeitlich befristete Angebot verlängert.	
7763	Die Programmvereinbarung mit dem Bund wird umgesetzt.	31. Dez 2025			

5593	Zweckmässige Infrastrukturen für die kantonalen Schulen sichern				Ziel LP	B.3.5.3
	Die Gesamtanierung der Kantonsschule Olten und die Sanierung des BBZ Olten sowie der Kantonsschule Solothurn gem. Investitionsprogramm des Hochbauamtes realisieren. Die Durchführung des Sportunterrichts auf der Sek II Stufe langfristig sichern.				Beschluss	RRB 2017/1803
	Status	In Arbeit				
	Amt	Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen			Kategorie	Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
7623	Standortentscheid zur Kantonsschule Solothurn liegt vor.	31. Dez 2024	31. Dez 2024	An der Medienkonferenz vom 18.12.2024 haben die Baudirektorin und der Bildungsdirektor das Projekt vorgestellt. Der Regierungsrat schlägt dem Kantonsrat die Variante 3 "Dezentral KSSO+PH" zur Beschlussfassung vor.		
7764	Variantenentscheid durch den Kantonsrat und im Anschluss Start der Projektarbeiten.	31. Dez 2025				
5804	Bildung und Digitalisierung: Umsetzung Impulsprogramm und Leitlinien				Ziel LP	B.3.6.1
	Die Schülerschaft ab der 3. Primarschulklasse bis Ende Sek I ist mit eigenen mobilen Computern ausgerüstet. Auf der Sekundarstufe II werden private mobile Geräte verwendet.					
	Status	In Arbeit		Soll-Termin	31. Jul 2025	
	Amt	Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen			Kategorie	Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
7271	Stufenweise Einführung BYOD in allen Klassen der Sekundarstufe II	31. Jul 2024	31. Jul 2024	Umsetzung abgeschlossen. Umsetzung Impulsprogramm und Leitlinien.		
7276	Der Ausstattungsgrad mit mobilen Computern an der Volksschule wird jährlich gesteigert; 31.12.2024 80% umgesetzt.	31. Dez 2024	31. Dez 2024	Der Ausstattungsgrad beträgt per 31. Dezember 2024 80 %. Das Ziel wurde erreicht.		
7272	Die elektronische Bildungs-ID wird eingesetzt; Nutzung der elektronischen ID liegt bei 80%.	31. Jul 2025				
5829	Stärkung der kulturellen Partnerschaften				Ziel LP	B.3.4.4
	Der Kanton trägt zusammen mit den Einwohner- und Bürgergemeinden die Verantwortung für die Förderung und Pflege der Kultur.				Beschluss	RRB 2020/1494
	Status	In Arbeit		Soll-Termin	31. Jul 2025	
	Amt	Amt für Kultur und Sport			Kategorie	Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
7621	Die Strategie zur Förderung der Museen, Schlösser und Burgen liegt im Entwurf vor.	31. Dez 2024	31. Dez 2024	Der Entwurf der Schwerpunkte der Strategie wurde dem Regierungsrat am 17.9.2024 und der Bildungs- und Kulturkommission am 18.9.2024 präsentiert.		
7279	Umsetzung der kurz- und mittelfristigen Massnahmen aus dem Kulturleitbild.	31. Jul 2025				
7280	Initialisierung der langfristigen Massnahmen aus dem Kulturleitbild.	31. Jul 2025				
7771	Die Schlösserstrategie ist erarbeitet und vom Regierungsrat beschlossen.	31. Jul 2025				

Finanzen Departement für Bildung und Kultur (in MCHF)

Erfolgsrechnung	RE 2024	VA 2025	FP 2026	FP 2027	FP 2028	FP 2029
Globalbudgets						
Aufwand	280.4	286.4	302.3	305.2	306.9	309.5
Ertrag	-56.9	-55.2	-53.0	-53.2	-53.3	-53.5
Globalbudgetsaldo	223.5	231.1	249.3	252.0	253.6	256.0
Verrechnungen	28.8	31.9	32.6	32.7	32.9	33.0
Saldo	252.3	263.1	281.8	284.7	286.5	289.1
Finanzgrössen						
Aufwand	256.1	260.2	265.2	265.0	264.6	265.1
Ertrag	-7.7	-9.3	-9.3	-9.3	-9.3	-9.3
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	248.4	250.9	255.9	255.7	255.3	255.8
Saldo total	500.7	514.0	537.8	540.5	541.8	544.9

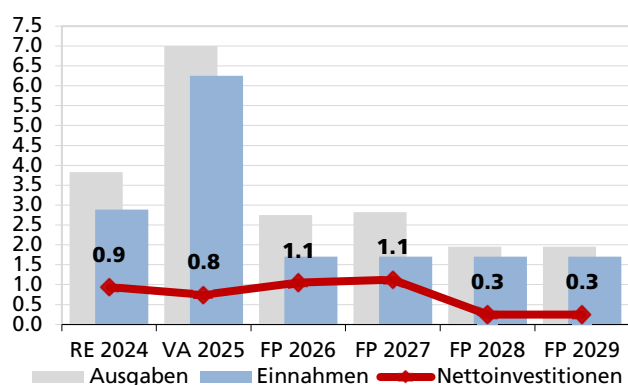


Der Anstieg des Aufwands zwischen der Rechnung 2024 und dem Finanzplanjahr 2026 findet sich vorwiegend im Globalbudget der Volksschule. Er ist auf mehr Klassen im Heilpädagogischen Schulzentrum (HPSZ) und der schrittweisen Reduktion der Gemeindebeiträge an die Sonderpädagogik zurückzuführen.

Der Ertrag im Globalbudget zeigt sich ab dem Finanzplanjahr 2026 – nach dem Auslaufen der schrittweisen Reduktion der Gemeindebeiträge – auf konstantem Niveau.

Bei den Finanzgrössen ist der Ertragsanstieg auf das Voranschlagsjahr 2025 und die folgenden Jahre zurückzuführen (Umsetzung der Pflegeinitiative mit Anstieg beim Aufwand und Ertrag aufgrund höherer Bundesbeiträge).

Investitionsrechnung	RE 2024	VA 2025	FP 2026	FP 2027	FP 2028	FP 2029
Total						
Ausgaben	3.8	7.0	2.8	2.8	2.0	2.0
Einnahmen	2.9	6.3	1.7	1.7	1.7	1.7
Nettoinvestitionen	0.9	0.8	1.1	1.1	0.3	0.3



Die Investitionsbeiträge nehmen auf das Finanzplanjahr 2026 hin markant ab, da der Kanton Solothurn aufgrund der rückläufigen Bundesbeiträge keine Gesuche um Investitionsbeiträge von Organisationen der Arbeitswelt (OdA) mehr bewilligen kann. Die in den Investitionsrückstellungen vorgesehenen Mittel sind nicht mehr ausreichend.

Die Abnahme bei den Ausgaben ab dem Finanzplanjahr 2028 resultieren durch die auslaufenden Investitionsbeiträge an das Kloster Mariastein (RRB Nr. 2022/1442 vom 20.09.2022 und KRB Nr. SGB 0186/2022 vom 21.02.2022).

4 Finanzdepartement

4.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Als Querschnittsdepartement erbringt das Finanzdepartement (FD) im wesentlichen Dienstleistungen für die ganze kantonale Verwaltung. Kernaufgaben des FD sind das Finanz- und Steuerwesen, der Personalbereich sowie die Informations- und Kommunikationstechnik. Daneben erfüllen die Amtschreibereien Aufgaben in den Bereichen Grundbuch, Güter- und Erbrecht, Handelsregister, Betreibungs- und Konkurswesen. Das FD plant und setzt die Ressourcenentscheide des Regierungsrates um. Im Fokus steht dabei die Stabilisierung des kantonalen Finanzhaushaltes.

Das Departementsekretariat (DSFD) unterstützt als zentrale Stabsstelle den Departementsvorsteher in seiner Führungstätigkeit und die Dienststellen des Finanzdepartementes in rechtlichen und betriebswirtschaftlichen Angelegenheiten. Der Rechtsdienst instruiert namentlich Beschwerden im Bereich des öffentlichen Personalrechts und bereitet Gesetzesrevisionen vor. Dem DSFD obliegt des Weiteren die Führung der Amtschreibereien und die Prüfung von Gesuchen um Steuer- oder Gebührenerlass.

Die Amtschreibereien erfüllen die Funktionen des Grundbuchamtes mit dem Amtsnotariat, des Erbschaftsamtes, des Betreibungsamtes und des Konkursamtes sowie des Handelsregisteramtes.

Das Amt für Finanzen führt die Staatsrechnung, ist verantwortlich für die Erstellung von IAFP, Voranschlag, Geschäfts- und Semesterbericht des Kantons, berät die Regierung, Departemente und kantonalen Dienststellen in allen Fragen rund ums Finanz- und Rechnungswesen sowie zur wirkungsorientierten Verwaltungsführung. Es führt den kantonalen Statistikdienst, unterhält das Kompetenzzentrum SAP, trägt die Verantwortung für die Einwohnerregisterplattform GERES, pflegt das kantonale Statistikportal und ist für die Verlustscheinbewirtschaftung und die Rückforderungen der unentgeltlichen Rechtspflege zuständig.

Das Personalamt unterstützt die gesamte kantonale Verwaltung in den Prozessen Personalbeschaffung, Personalführung und Personalentwicklung. Es stellt die Anwendung und Pflege eines einheitlichen Besoldungssystems sicher, sorgt für ein stufen- und bedarfsgerechtes Ausbildungsgrundangebot, erarbeitet Führungsinstrumente, berät die Vorgesetzten in personellen Angelegenheiten und führt das Versicherungswesen.

Das Amt für Informatik und Organisation (AIO) ist die zentrale Anlaufstelle für alle Informatikbelange und ist verantwortlich für die Umsetzung, Beratung und Unterstützung der Departemente sowie den Unterhalt und den Betrieb der zentralen sowie der übergreifenden Informatik- und Kommunikationssysteme im Kanton Solothurn.

Das Steueramt ist verantwortlich für die Veranlagung und das Inkasso der Steuern von natürlichen und juristischen Personen, der Quellensteuern und der Nebensteuern unter Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben. Für die Bearbeitung der Veranlagungen setzt das Steueramt auf eine moderne Informatikinfrastruktur (zB. Nest und eTax).

Administrativ dem Finanzdepartement zugehörig sind die Finanzkontrolle und das Amtschreiberei-Inspektorat, welche Aufsichtsfunktionen ausüben.

Alle Dienststellen werden mit Globalbudget und Leistungsauftrag geführt. Das FD ist zudem für folgende Finanzgrößen verantwortlich: Bundesanteile, Vermögenserträge, Zinsendienst, Abschreibungen, Rückstellungen und kantonale Steuern.

4.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan

1.1 Konkurrenzfähiger Wirtschaftsstandort

- 1.1.1 Steuerbelastung für natürliche Personen senken
- 1.1.3 Reduktion der Pro-Kopf-Verschuldung

1.2 Digitale Transformation der öffentlichen Verwaltung vorantreiben

- 1.2.3 Personalstrategie erarbeiten
- 1.2.4 Besoldungssystem überprüfen

4.3 Politische Ziele und Leistungen

Eine nachhaltige Finanzpolitik und die Sicherstellung der Finanzierbarkeit der Staatstätigkeit auf allen Ebenen ist weiterhin ein zentraler Faktor, damit die Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Kantons Solothurn gestärkt werden kann. Die Stabilität des Haushaltsgleichgewichts des Kantons Solothurn steht im Fokus der Arbeit des Finanzdepartements. Dazu gehört auch die mittelfristige Reduktion der Pro-Kopf-Verschuldung auf unter 4'000 Franken bis ins Jahr 2030.

Durch eine Leistungsüberprüfung sollen ausgewählte Staatsaufgaben auf Effizienz und Effektivität überprüft werden. Dieser kantonsrätliche Auftrag wird unter der Führung des Finanzdepartements umgesetzt.

Ebenfalls unter der Leitung des Finanzdepartements wurde ein Massnahmenplan zur Entlastung des Staatshaushalts erarbeitet. Dieser sieht eine jährliche Entlastung der Erfolgsrechnung von rund 60 Mio. Franken vor. Kantons- und Regierungsrat haben im Dezember 2024 114 Massnahmen beschlossen. Die Umsetzung dieser Massnahmen wird mittels eines Controllings überwacht.

Die Umsetzung der neuen HR-Strategie, die Überprüfung des Lohnsystems und die Weiterentwicklung des Personalrechts sollen dazu beitragen, dass der Kanton Solothurn ein attraktiver Arbeitgeber bleibt.

4.4 Massnahmen Finanzdepartement

5875 Weiterentwicklung Solothurnisches Personalrecht

Weiterentwicklung des Solothurnischen Personalrechts

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2023** Soll-Termin **30. Jun 2025**

Amt **Departementssekretariat FD+ASI**

Kategorie **keine**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
7595	Bericht zu Grundstruktur und Entwicklung	31. Mär 2023	31. Mär 2023	Regierungsrat hat Bericht zur Kenntnis genommen.
7596	Auftrag für Gutachten	31. Mär 2023	31. Mär 2023	Auftrag wurde an Gutachter erteilt.
7597	Gutachten liegt vor	31. Mär 2024	31. Mär 2024	Das Gutachten von Prof. Dr. Thomas Geiser liegt vor.
7598	Beschlussfassung weiteres Vorgehen	30. Sep 2024	30. Sep 2024	Der RR hat das weitere Vorgehen an der Klausur vom August 2024 beschlossen.
7818	Beginn der Umsetzungsarbeiten	30. Jun 2025		

5883 Gesetz über die Auslagerung von Informatikdienstleistungen

Rahmengesetz über die Auslagerung von Informatikdienstleistungen erarbeiten (Cloud-Gesetz).

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jul 2023** Soll-Termin **1. Mai 2025**

Amt **Departementssekretariat FD+ASI**

Kategorie **keine**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
7653	RRB Vernehmlassung	31. Mär 2024	30. Jun 2024	Der Regierungsrat hat den Vernehmlassungsentwurf erarbeitet (RRB 2024/678 vom 30.04.2024)
7654	RRB und KRB	31. Dez 2024	29. Jan 2025	Der Kantonsrat hat das Gesetz am 29.01.2025 beschlossen (RG 0220/2024).
7655	Inkrafttreten	1. Mai 2025		

5906 Kantonalisierung Inventurbeamte

Überprüfung, ob die Inventurbeamten in die Erbschaftsämtler integriert und damit kantonalisiert werden können.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2025** Soll-Termin **31. Mär 2027**

Amt **Departementssekretariat FD+ASI**

Kategorie **keine**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
7814	Rechtsgrundlagenanalyse erarbeiten	31. Mär 2025		
7812	Pilotbetrieb durchführen	31. Dez 2025		
7813	RRB und KRB	31. Dez 2026		
7815	Umsetzung	31. Mär 2027		

5876 Leistungsüberprüfung

Leistungsüberprüfung in der kantonalen Verwaltung im Auftrag des Kantonsrats.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2023** Soll-Termin **30. Sep 2025**

Amt **Amt für Finanzen**

Kategorie **keine**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
7599	Konzept + Methode Leistungsüberprüfung	31. Mär 2023	31. Mär 2023	Konzept erarbeitet und verabschiedet.
7600	Umsetzung Leistungsüberprüfung	30. Sep 2024	30. Sep 2024	Die Leistungsüberprüfung der Pilotämter konnte abgeschlossen werden.
7601	Berichterstattung an Regierungsrat	30. Jun 2025		
7817	Entscheid RR weiteres Vorgehen	30. Sep 2025		

5884 Massnahmenplan 2024

Massnahmenplan 2024 erarbeiten und eine Verbesserung des Staatshaushalts von 60 Mio. Franken erzielen.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2024** Soll-Termin **30. Jun 2025**

Amt **Amt für Finanzen**

Kategorie **keine**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
7656	Konsolidierung Verbesserungsvorschläge	31. Mär 2024	31. Mär 2024	Verbesserungsvorschläge wurden zusammengetragen.
7657	Ausarbeitung der konkreten Vorschläge	30. Sep 2024	31. Okt 2024	Der Regierungsrat hat an seiner Sitzung vom 22.10.2024 den Massnahmenplan verabschiedet (RRB 2024/1695).
7658	Vorlage an Kantonsrat	31. Dez 2024	31. Dez 2024	Der Kantonsrat hat den Massnahmenplan am 10.12.2024 beschlossen (SGB 0205b/2024). Der Regierungsrat hat die Massnahmen in Kompetenz des Regierungsrats am 17.12.2024 beschlossen (RRB 2024/2115).
7816	Controllingkonzept für MP2024 erarbeiten	30. Jun 2025		

5769 Zeitwirtschaft - Prozessoptimierung und Ablösung Infrastruktur

Prozessoptimierung und Ablösung der bestehenden Zeitwirtschaft.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2021** Soll-Termin **30. Jun 2026**

Amt **Personalamt**

Kategorie **keine**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
7608	2. Submission durchgeführt	31. Dez 2023	31. Dez 2023	Submission durchgeführt und Zuschlag erfolgt.
7379	Projektplanung erstellt	1. Okt 2023	31. Dez 2023	Projektplanung mit externem Partner erstellt.
7378	Kreditbewilligung durch KR	30. Jun 2024	30. Jun 2024	Der Kantonsrat hat dem Verpflichtungskredit für die Beschaffung am 07.05.2024 zugestimmt (SGB 0023/2024).
7809	Pilotphase gestartet	30. Jun 2025		
7810	Realisierung abgeschlossen	31. Dez 2025		
7811	Projektabschluss	30. Jun 2026		

5828 HR-Strategie erarbeiten

Eine HR-Strategie wird erarbeitet mit den Schwerpunkten Strukturen, Rollen und Verantwortlichkeiten.

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Jan 2022** Soll-Termin **30. Jun 2024**

Amt **Personalamt**

Ist-Termin **31. Dez 2023**

Kategorie **keine**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
7375	Projektorganisation beschlossen	31. Mär 2022	31. Mär 2022	Externen Partner bestimmt und Projektorganisation festgelegt.
7376	Analysebericht HR-Strategie + Handlungsempfehlungen	31. Mär 2023	31. Mär 2023	Ergebnisse liegen vor.
7609	Umsetzungsplanung HR-Strategie	30. Sep 2023	30. Sep 2023	Detailplanung der einzelnen Handlungsfelder wurde erstellt.
7377	Strategie wird vom RR beschlossen	30. Jun 2024	31. Dez 2023	HR-Strategie wurde vom Regierungsrat beschlossen und der notwendige Zusatzkredit vom Kantonsrat bewilligt.

5878 Lohnsystem überprüfen

Das Lohnsystem wird überprüft. Massnahme aus der Umsetzung der HR-Strategie.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2022** Soll-Termin **30. Jun 2025**

Amt **Personalamt**

Kategorie **keine**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
7610	Projektorganisation festlegen und ext. Partner evaluieren	31. Mär 2023	31. Mär 2023	Vertrag mit externem Partner unterzeichnet.
7611	Bericht Analyseergebnisse mit Handlungsempfehlungen	30. Sep 2024	30. Sep 2024	Analyseergebnisse mit Handlungsempfehlungen liegen vor.
7612	RRB zu Schlussbericht mit Massnahmen	30. Jun 2025		
7821	Umsetzungsauftrag durch Regierungsrat beschlossen	31. Dez 2025		

5907 Strategie berufliche Grundbildung

Für die berufliche Grundbildung soll eine neue strategische Ausrichtung festgelegt werden.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2025** Soll-Termin **30. Jun 2026**

Amt **Personalamt**

Kategorie **keine**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
7819	Auftrag des RR für die Strategie berufliche Grundbildung	30. Jun 2025		
7820	RRB für die Umsetzung liegt vor	30. Jun 2026		

5742 Ablösung Fachanwendung Katasterschätzung

Die Fachanwendung für die Katasterschätzung wird abgelöst basierend auf dem revidierten Gesetz der Katasterschätzung.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2021** Soll-Termin **31. Dez 2026**

Amt **Steueramt**

Kategorie **keine**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
7140	Kreditbewilligung Beschaffung Fachanwendung	31. Dez 2022	15. Dez 2021	Der Kantonsrat hat dem Verpflichtungskredit für die Beschaffung der neuen Fachanwendung am 15.12.2021 zugestimmt (SGB 0193/2021).
7303	Konzeptphase beenden	30. Jun 2023		Projekt sistiert bis nach Totalrevision der Katasterschätzung
7134	Produktivbetrieb	1. Jan 2027		

5363 Totalrevision Katasterschätzung

Eine Totalrevision der Katasterschätzung durchführen mit dem Ziel, eine rechtsgleiche, bundesrechtskonforme Bewertung von Liegenschaften zu erreichen.

Status **In Arbeit**

Amt **Steueramt**

Kategorie **MP 2014**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5625	Datenerhebung		31. Mär 2015	Datenerhebung wurde abgeschlossen.
5626	Konzept für Neubewertung		31. Mär 2021	Das Konzept für die Neubewertung wurde erarbeitet.
5627	Vernehmlassungsentwurf		6. Dez 2021	Der Regierungsrat hat den Vernehmlassungsentwurf erarbeitet (RRB 2021/1828 vom 06.12.2021).
7602	Volksabstimmung Zwillingsinitiative	18. Jun 2023	18. Jun 2023	Zwillingsinitiative wurde vom Volk abgelehnt.
7603	Ergebnisse zweite Vernehmlassung	30. Jun 2024		
5628	B+E an Kantonsrat	30. Jun 2025		
5629	Kantonsratsbeschluss	31. Mär 2026		
5631	Inkrafttreten	1. Jan 2028		

5807 Projekt Refactoring NEST

Die Steuerlösung NEST wird mit dem Projekt Refactoring grundlegend erneuert.

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Jan 2021** Soll-Termin **1. Jan 2024**

Amt **Steueramt**

Ist-Termin **1. Jan 2024**

Kategorie **keine**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
7299	Kreditbewilligung durch Kantonsrat	31. Dez 2021	15. Dez 2021	Der Kantonsrat hat dem Verpflichtungskredit am 15.12.2021 zugestimmt (SGB 0193/2021).
7300	Konzeptphase beenden	31. Dez 2021	31. Dez 2021	Die Konzeptphase konnte abgeschlossen werden.
7301	Realisierungsphase abschliessen	30. Jun 2023	30. Jun 2023	Die Realisierungsphase konnte abgeschlossen werden.
7302	Produktivbetrieb aufnehmen	1. Jan 2024	1. Jan 2024	Erfolgreiche Datenmigration und Inbetriebnahme der neuen Fachanwendung.

5743 Einheitsbezug der Steuern - Pilotbetrieb

Der Bezug der direkten Steuern (Staats-, Bundes-, Gemeinde- und Kirchensteuern) soll als Dienstleistung vom Kantonalen Steueramt angeboten und vollzogen werden.

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Jan 2020** Soll-Termin **1. Jan 2024**

Amt **Steueramt**

Ist-Termin **1. Jan 2024**

Kategorie **keine**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
7135	Konzept und Variantenentscheid	31. Mär 2022	31. Mär 2022	Das Konzept wurde erarbeitet.
7136	RRB Umsetzung	30. Jun 2022	23. Aug 2022	Mit RRB 2022/1244 vom 23.08.2022 wurde die Steuerverordnung Nr. 23 (Einheitsbezug) verabschiedet und per 01.09.2022 in Kraft gesetzt.
7374	Realisierungsphase abgeschlossen	30. Sep 2022	30. Sep 2022	Die Realisierungsphase wurde abgeschlossen.
7137	Produktivbetrieb	1. Jan 2024	1. Jan 2024	Der Einheitsbezug für 18 Einwohner- und 30 Kirchgemeinden konnte in Betrieb genommen werden.

5885 Teilrevision Steuergesetz 2024 + 2025

Anpassung kantonales Steuergesetz an neues Bundesrecht, Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für den Einsatz von KI in der Veranlagung.

Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jan 2024	Soll-Termin	1. Jan 2025	Ist-Termin	1. Jan 2025
Amt	Steueramt					Kategorie	keine
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
7659	Vernehmlassungsentwurf	31. Mär 2024	31. Mär 2024	Der Regierungsrat hat den Vernehmlassungsentwurf erarbeitet (RRB 2024/393 vom 12.03.2024).			
7660	B+E an Kantonsrat	30. Jun 2024	30. Jun 2024	Mit RRB 2024/1141 vom 02.07.2024 wurde der B+E an den Kantonsrat verabschiedet.			
7661	Kantonsratsbeschluss	30. Sep 2024	30. Sep 2024	Der Kantonsrat hat der Gesetzesänderung am 03.09.2024 zugestimmt (RG 0138/2024).			
7662	Inkrafttreten	1. Jan 2025	1. Jan 2025	Die Gesetzesänderungen treten am 01.01.2024, bzw. 01.03.2024 sowie 01.01.2025 in Kraft (RRB 2024/1684 vom 22.10.2024).			

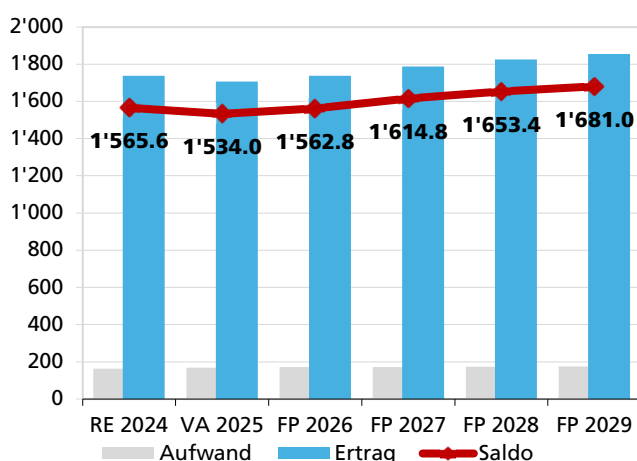
5877 Einführung SO!Workplace

Einführung eines neuen Arbeitsplatzes in der Verwaltung. Der Nachfolger des Desktop2016 heisst SO!Workplace.

Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2022	Soll-Termin	30. Jun 2025		
Amt	Amt für Informatik und Organisation					Kategorie	keine
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
7604	RollOut Pilot AIO	31. Mär 2023	31. Mär 2023	Erfolgreicher Pilotbetrieb im AIO			
7605	Beginn RollOut Dienststellen	30. Jun 2023	30. Jun 2023	Erste Dienststellen umgerüstet.			
7606	Projektabschluss	30. Jun 2025					

Finanzen Finanzdepartement (in MCHF)

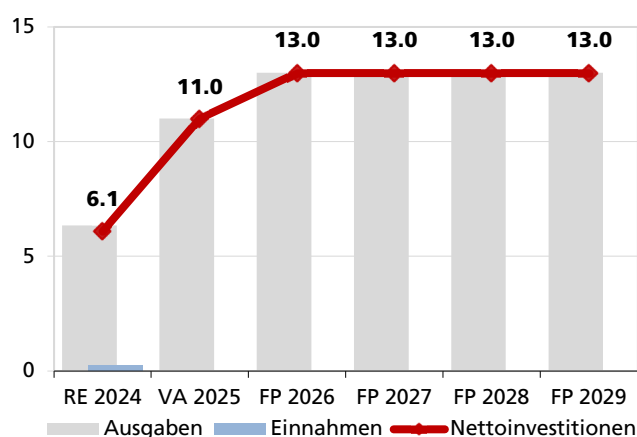
Erfolgsrechnung	RE 2024	VA 2025	FP 2026	FP 2027	FP 2028	FP 2029
Globalbudgets						
Aufwand	100.1	102.0	107.4	108.3	108.6	108.7
Ertrag	-62.7	-58.4	-61.2	-61.2	-61.2	-61.2
Globalbudgetsaldo	37.5	43.6	46.2	47.1	47.5	47.5
Verrechnung	-11.9	-16.2	-16.9	-18.9	-19.0	-19.2
Saldo	25.6	27.4	29.3	28.2	28.5	28.4
Finanzgrössen						
Aufwand	62.9	66.3	65.0	64.1	64.8	66.0
Ertrag	-1'674.0	-1'647.8	-1'675.7	-1'726.6	-1'764.5	-1'792.6
Verrechnungen	20.0	20.2	18.6	19.5	17.9	17.2
Saldo	-1'591.1	-1'561.4	-1'592.1	-1'642.9	-1'681.8	-1'709.4
Saldo total	-1'565.6	-1'534.0	-1'562.8	-1'614.8	-1'653.4	-1'681.0



In der Erfolgsrechnung sind bei den Steuereinnahmen aufgrund der aktuellen Wirtschaftslage und des Bevölkerungswachstums in den nächsten Jahren sowohl bei den natürlichen als auch den juristischen Personen weiterhin mit leicht steigenden Erträgen zu rechnen. Beim NFA wird bis 2029 mit einem weiteren Anstieg der Ausschüttungen gerechnet, dies obwohl die Ergänzungsbeiträge ab 2027 vollständig wegfallen. Die Daten des NFA sind grundsätzlich mit Unsicherheit verbunden. Beim Anteil am Reingewinn der SNB ist in den Planzahlen ab 2026 eine zweifache Ausschüttung eingerechnet.

Ausgabenseitig ist in der Rechnung bei den Zinsen mit tieferen Kosten zu rechnen. Demgegenüber steigen die Informatikkosten weiter an, insbesondere die Softwarewartung verzeichnet eine steigende Tendenz.

Investitionsrechnung	RE 2024	VA 2025	FP 2026	FP 2027	FP 2028	FP 2029
Total						
Ausgaben	6.3	11.0	13.0	13.0	13.0	13.0
Einnahmen	0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	6.1	11.0	13.0	13.0	13.0	13.0



Die Zunahme des Investitionsbedarfs ab 2025 resultiert von Grossprojekten betreffend Fachanwendungen, die den «End of Life Zyklus» erreichen und dringend abgelöst werden müssen. Im Weiteren ist für kommende Digitalisierungsprojekte ab 2026 ein jährlicher Investitionsbetrag enthalten.

5 Departement des Innern

5.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Gesundheit und Sicherheit sind zentral für das Wohlergehen und die Lebensqualität der Menschen im Kanton Solothurn. Das Departement des Innern leistet einen wichtigen Beitrag für die Gesundheit sowie die soziale und die öffentliche Sicherheit der Solothurner Bevölkerung.

Die Tätigkeit des Departements des Innern im Bereich Gesundheit zielt darauf ab, der Solothurner Bevölkerung den Zugang zu einer qualitativ hochstehenden, bedarfsgerechten und wirtschaftlich tragbaren Gesundheitsversorgung zu ermöglichen. Zu diesem Zweck plant das Departement des Innern die Gesundheitsversorgung, beaufsichtigt die Leistungserbringer und ist zuständig für das Tarifwesen und die Rechnungskontrolle. Weitere zentrale Aufgaben im Bereich Gesundheit sind der Schutz vor gesundheitlicher Gefährdung durch Lebensmittel, Heilmittel und Epidemien sowie die Gesundheitsförderung und Prävention.

Im Bereich der sozialen Sicherheit verfolgt das Departement des Innern folgende Zielsetzungen: Erhalt der Selbstständigkeit des Menschen, Verhinderung, Behebung oder Minderung von Armut und sozialen Notlagen, Unterstützung von Menschen in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen und in sozialen Notlagen sowie Gewährung von Überlebenshilfe. Zur Erreichung dieser Ziele unterstützt das Departement des Innern Menschen in verschiedenen Lebenslagen mit Hilfs- und Beratungsangeboten sowie finanziellen Leistungen unter gleichzeitiger Verhinderung und Bekämpfung des Missbrauchs von Leistungen. Auch verbessert das Departement des Innern die Rahmenbedingungen für Kinder, Jugendliche und Familien. Zudem fördert es die Integration der ausländischen Wohnbevölkerung in die Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt und es schützt die Schwächsten der Gesellschaft.

Im Bereich der öffentlichen Sicherheit fördert das Departement des Innern die subjektive und objektive Sicherheit der Bevölkerung, schützt ihr Eigentum und gewährleistet eine friedliche Ordnung. Zur Erreichung dieser Ziele erfolgen zum einen kriminalpolizeiliche Ermittlungstätigkeiten im Rahmen der Verfolgung von Straftaten. Zum anderen dienen Polizeipräsenz sowie rasche Interventionen im öffentlichen Raum und zielgruppenorientierte Präventionstätigkeiten der sicherheitspolizeilichen Aufgabe der Verhinderung von Straftaten und der Gefahrenabwehr und stärken das Sicherheitsgefühl. Für die Verbesserung der Verkehrssicherheit kommen sowohl präventive als auch repressive Mittel zur Anwendung. Der Vollzug der Waffengesetzgebung dient der Verhinderung der missbräuchlichen Verwendung von Waffen. Weiter zählt zur öffentlichen Sicherheit der risikoorientierte und rechtskonforme Vollzug sämtlicher Haftarten (bspw. strafprozessualer oder ausländerrechtlicher Haft) sowie der durch die Gerichte ausgesprochenen Strafen und Massnahmen mit dem primären Ziel der Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Auch ausländerrechtliche Massnahmen sowie der Vollzug von gerichtlich angeordneten Landesverweisungen dienen der öffentlichen Sicherheit.

5.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan

1.2 Digitale Transformation der öffentlichen Verwaltung vorantreiben

1.2.6 Aufgabenreform Kanton – Gemeinden konkretisieren

3.1 Soziale Sicherheit bedarfsgerecht gewährleisten

3.1.1 Soziale Leistungen strukturell verbessern und Armut lindern

3.1.2 Regionalisierung in den Bereichen Sozialhilfe und Pflege und Alter verstärken

3.2 Gesundheitsversorgung bedarfsgerecht sicherstellen

3.2.1 Prävention und Gesundheitsförderung verankern

3.2.2 Spitalplanung 2025-2034 festlegen

3.2.3 Integrierte Versorgung stärken

3.3 Öffentliche Sicherheit gewährleisten

3.3.1 Objektive Sicherheit erhöhen durch eine wirksame Weiterentwicklung der Kriminalitätsbekämpfung und eine genügend starke Polizeipräsenz an Brennpunkten

3.3.2 Subjektive Sicherheit stärken durch eine Weiterentwicklung der Präventions- und Informationsarbeit und Reduzierung von Gefahren und Beeinträchtigungen im öffentlichen Raum

3.3.3 In moderne Sicherheitsinfrastruktur investieren

3.4 Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken

3.4.1 Gewalt reduzieren und Betreuung der Opfer von Gewalttaten optimieren

3.4.2 Chancengleichheit fördern

3.4.3 Integration fördern

5.3 Politische Ziele und Leistungen

Zur Verbesserung der Versorgungssituation unterstützt das Departement des Innern im Bereich Gesundheit die Weiterbildung von Assistenzärztinnen und -ärzten sowie von verschiedenen tertiären Pflegeberufen im Kanton Solothurn mit finanziellen Beiträgen. Zudem werden innovative Projekte im Bereich der ambulanten medizinischen Grundversorgung begleitet und unterstützt. Nach dem Abschluss der Spitalplanung Psychiatrie (2023) und Rehabilitation (2025) wird im Jahr 2027 mit der Spitalplanung Akutsomatik die gesamte Spitalplanung 2025–2034 abgeschlossen. Zur verstärkten Regionalisierung im Bereich Alter und Pflege werden Grundlagen für eine Entflechtung der finanziellen Aufgaben von Kanton und Einwohnergemeinden erarbeitet und die Einwohnergemeinden und Leistungserbringerverbände bei der Umsetzung der an sie adressierten Empfehlungen der Versorgungsplanung Alters- und Langzeitpflege 2030 begleitet. In den kommenden Jahren werden zudem zahlreiche Projekte und Massnahmen in den Bereichen Ernährung, Bewegung, psychische Gesundheit, Sucht, Suizidprävention und Gesundheitskompetenz umgesetzt.

Die wichtigsten Zielsetzungen des Departements des Innern im Bereich soziale Sicherheit sind in den nächsten Jahren die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, die soziale Sicherung von Menschen in Notlagen und deren wirtschaftliche Integration. Das integrale Integrationsmodell (IIM) bildet die wichtigste konzeptionelle Grundlage im Kanton Solothurn. Dessen Umsetzung betrifft besonders den Vollzug und die Steuerung der Regel- und Asylsozialhilfe in den Einwohnergemeinden. Dazu gehört insbesondere die durchgehende Fallführung auf der Basis von individuellen Zielvereinbarungen und die Abklärung und Definition der persönlichen Ressourcen und des Potenzials im Einzelfall. Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie zur finanziellen Entlastung von Familien steht in den nächsten Jahren die Umsetzung der frühen Sprachförderung und die Umsetzung von Massnahmen zur staatlichen Mitfinanzierung von Kinderbetreuungsangeboten im Fokus. Im Rahmen des Projekts zur Armutsprävention werden die strukturellen Leistungen zugunsten von Familien überprüft (Familienzulagen, Ergänzungsleistungen für Familien, Verbilligung der Krankenkassenprämien). Ein weiterer Fokus liegt auf den zu erarbeitenden «Bedarfsanalyse und Angebotsplanung 2026–2030 über die ambulanten und stationären Angebote für erwachsene Menschen mit Behinderungen» und «Bedarfsanalyse und Angebotsplanung 2027–2031 für stationäre Kinder- und Jugendbetreuung». Die Prävention von Gewalt und die Opferhilfe bleiben wichtige Themen. Zur Prävention von häuslicher Gewalt werden neben zielgruppenspezifischen Präventions-

massnahmen eine koordinierte Zusammenarbeit gefördert sowie in die verstärkte Sensibilisierung und Weiterbildung von Fachpersonen investiert.

Im Bereich der öffentlichen Sicherheit gibt es zunächst diverse Neuerungen im Ausweiswesen: Voraussichtlich im vierten Quartal 2026 wird die biometrische Schweizer Identitätskarte (ID) eingeführt. Für die Erstellung einer biometrischen ID muss die Bevölkerung persönlich im Ausweiszentrum vorsprechen, damit die biometrischen Daten erfasst werden können, was die Besucherfrequenz im Ausweiszentrum erhöhen wird. Ergänzend dazu soll die elektronische Identitätskarte (eID) eingeführt werden, wobei deren Verifikation ebenfalls im Ausweiszentrum erfolgen muss. Gleichzeitig wird voraussichtlich auch ein neuer Notpass eingeführt. Für diese Umstellungen muss die technische Infrastruktur angepasst werden.

Zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit gehört auch ein zeitgemässer Justizvollzug. Die Anforderungen an den Justizvollzug sind auf allen Ebenen und in sämtlichen Bereichen zunehmend hoch – sowohl in der konkreten Ausgestaltung des Freiheitsentzugs in den Anstalten als auch in der umfassenden Fallführung im Straf- und Massnahmenvollzug. Die bestehenden Gefängnisstrukturen erfüllen sowohl in baulicher wie auch betrieblicher Hinsicht die Anforderungen an einen zeitgemässen, rechtskonformen und sicheren Vollzug nur noch bedingt. Die Arbeiten im Hinblick auf den Neubau des Zentralgefängnisses werden in enger Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt rasch vorangetrieben. Die zunehmend (zu) hohe Belegung in inner- und ausserkantonalen Vollzugseinrichtungen wirkt sich auf die gesamte Vollzugskette aus. In den kantonalen Vollzugseinrichtungen sind betriebliche, personelle und bauliche Entlastungsmassnahmen erforderlich. Zusätzlich soll basierend auf dem Massnahmenplan 2024 in der Justizvollzugsanstalt Solothurn der Spezialvollzug erweitert werden.

Sodann wird die Sicherheit der Bevölkerung mit präventiven und repressiven polizeilichen Massnahmen im 7x24h-Betrieb gewährleistet. Eine zeitgemässe Sicherheitspolitik richtet den Fokus nicht mehr allein auf die objektive Sicherheit. Es ist auch Aufgabe des Staates, Massnahmen zu ergreifen, die der subjektiven Sicherheit angemessen Rechnung tragen. Eine sichtbare Polizeipräsenz bestärkt das Sicherheitsgefühl und ein adäquates Patrouillendispositiv ermöglicht rasche Interventionen im Bedarfsfall. Unerlässlich ist eine enge Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen, damit die sicherheits- und kriminalpolizeilichen Herausforderungen wirkungsvoll bewältigt werden können. Viele Leistungen zu Gunsten der öffentlichen Sicherheit können nicht von der Polizei allein, sondern nur im Verbund mit internen und externen Partnerorganisationen erbracht werden. Die Präventions- und Informationsarbeit, u.a. das kantonale Bedrohungsmanagement, unterstützt die wichtige polizeiliche Gefahrenabwehr und die Straftatenverhinderung. Ein besonderer Fokus ist in den nächsten Jahren darauf zu legen, die Festsetzung der Strukturkriminalität (z.B. Menschen-, Drogenhandel, etc.) zu verhindern. Strukturkriminalität verursacht grosses Leid, entzieht dem Gemeinwesen finanzielle Mittel und gefährdet den Rechtsstaat. Ermittlungen gegen die Strukturkriminalität sind sehr ressourcenintensiv und zeitaufwändig, weil üblicherweise interkantonale oder internationale Netzwerke daran beteiligt sind. Die begrenzten Personalressourcen und die Notwendigkeit, Ermittlerinnen und Ermittler mit spezifischem Fachwissen einzusetzen, zwingen zu einer starken Priorisierung. Für eine nachhaltige Bekämpfung ist eine ganzheitliche Strategie mit einer engeren departementsübergreifenden Zusammenarbeit, intensivierten risikobasierten Massnahmen und fokussierten Ermittlungen unerlässlich.

5.4 Massnahmen Departement des Innern

5817	Anpassung Einführungsgesetz zum ZGB (BGS 211.1)				Ziel LP	B.3.1.1
Der Bedarf an Anpassungen im Gesetz über die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (EG ZGB; BGS 211.1) betreffend die Organisation, die Kompetenzen und Prozesse der KESB ist geprüft. Diese Anpassungen sind im revidierten EG ZGB verankert.						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Okt 2022	Soll-Termin	1. Jan 2027	
Amt	Departementssekretariat DDI				Kategorie	Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
7332	RRB Freigabe für das öffentliche Vernehmlassungsverfahren	1. Jul 2025				
7576	RRB Kenntnisnahme vom Vernehmlassungsergebnis und weiteres Vorgehen	31. Mär 2026				
7574	RRB Verabschiedung B+E zuhanden KR	19. Mai 2026				
7333	Inkrafttreten	1. Jan 2027				
5871	Regionalisierung in den Bereichen Sozialhilfe und Pflege und Alter verstärken				Ziel LP	B.3.1.2
Die Regionalisierung Pflege und Alter ist verstärkt und die finanziellen Aufgaben sind entflochten.						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Aug 2022	Soll-Termin	1. Jun 2027	
Amt	Gesundheitsamt				Kategorie	Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
7578	Versorgungsplanung Langzeitpflege 2023-2029 liegt vor	30. Nov 2023	31. Okt 2023	RRB 2023/1795 Versorgungsplanung Alters- und Langzeitpflege 2030 vom 31. Oktober 2023		
7783	Auftragserteilung für externe Analyse ist erfolgt.	31. Mai 2025				
7580	Konzept Neuregelung der Pflegefinanzierung.	31. Jul 2025				
7781	RRB mit Botschaft und Entwurf an den Kantonsrat.	1. Mär 2027				
7782	Kantonsratsbeschluss liegt vor.	1. Jun 2027				

5831	Kantonales Aktionsprogramm Ernährung, Bewegung, Psychische Gesundheit					Ziel LP	B.3.2.1
Einzelne Massnahmen des Aktionsprogramms sind evaluiert. Fünftes Aktionsprogramm 26-29 (KAP V) ist erarbeitet und wird ab 2026 umgesetzt. Steuerung über interinstitutionelle Zusammenarbeit IIZ ist etabliert.							
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2022	Soll-Termin	31. Dez 2025	Kategorie	Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Amt	Gesundheitsamt						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
7385	Standortbestimmung im Bereich Gesundheitsförderung im Alter ist abgeschlossen und Angebote und Massnahmen sind definiert. Zusammenarbeit mit Pro Senectute für das Jahr 2023 ist geregelt	31. Dez 2022	31. Dez 2023	Erledigt.			
7505	Gesamtsicht und Steuerungskonzept Gesundheitsförderung und Prävention (Sucht, Gewalt, Gesundheitsförderung) ist erstellt und wird gelebt	31. Dez 2022	30. Nov 2022	Erledigt.			
7388	Zusammenarbeit mit der Pro Senectute im Bereich "Gesundheitsförderung im Alter" (Koordinationsstelle Alter) ist geklärt	31. Dez 2023	31. Dez 2023	Erledigt.			
7630	Anlaufstelle Suizidprävention hat ihre Arbeit aufgenommen und die Evaluation des Pilotprojekts ist aufgegleist.	31. Mär 2024	31. Mär 2024	Erledigt.			
7389	Einzelne Massnahmen des kantonalen Aktionsprogramms sind evaluiert	31. Dez 2024	31. Dez 2024	Erledigt.			
7785	Pilotprogramm für KAP Erwachsene wurde von Gesundheitsförderung Schweiz bewilligt und kann ab 2025 umgesetzt werden.	31. Dez 2024	22. Nov 2024	Erledigt.			
7786	Massnahmen für KAP Kinder, Jugendliche, ältere Menschen sind abgestimmt mit AGS (Strategie Kinder- und Jugendpolitik / Frühe Förderung).	30. Jun 2025					
7391	Kantonales Aktionsprogramm 26-29 (KAP V) ist erarbeitet und durch Gesundheitsförderung Schweiz bewilligt	30. Nov 2025					
7392	RRB kantonales Aktionsprogramm 26-29 (KAP V) liegt vor und Leistungsvereinbarungen sind abgeschlossen	31. Dez 2025					

5832	Umsetzung Suchtpräventionsprogramm und Strategie Jugendschutz im Suchtbereich				Ziel LP	B.3.2.1
Das Suchtpräventionsprogramm 22-25 und die Strategie Jugendschutz sind umgesetzt. Das Suchtpräventionsprogramm 26-29 ist erarbeitet und die Umsetzung Strategie Jugendschutz ist evaluiert.						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2022	Soll-Termin	31. Dez 2025	
Amt	Gesundheitsamt				Kategorie	Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
7487	Evaluation der Strategie Jugendschutz im Suchtbereich ist definiert und Auftrag ist vergeben	30. Sep 2022	30. Nov 2022	Erledigt.		
7394	Massnahmen und Angebote im Bereich Schadensminderung im Setting Nightlife sind geprüft und können umgesetzt werden	31. Dez 2022	30. Sep 2022	Erledigt.		
7581	Kontrolle von Werbeeinschränkungen, Verkaufsförderung und Sponsoring im Bereich Tabak und Alkohol: Definition Umsetzung	31. Mär 2023	31. Mär 2023	Erledigt.		
7395	Zusammenarbeit mit den Gemeinden im Bereich Jugendschutz ist geregelt, Austauschgefässe sind etabliert	31. Dez 2023	31. Mär 2024	Erledigt.		
7635	Leistungsvereinbarung im Bereich Schuldenprävention ist abgeschlossen oder Auftrag an Schuldenberatung AG-SO ist um ein Jahr verlängert (bis Ende 2025, Abgleich Suchtprogramm).	31. Dez 2024	31. Dez 2024	Erledigt.		
7396	Umsetzung der Strategie Jugendschutz im Suchtbereich ist evaluiert	30. Jun 2025				
7636	Ausschreibung Jugendschutz und Suchtprävention 2026-2029 ist publiziert.	30. Jun 2025				
7397	RRB Suchtpräventionsprogramm 26-29 liegt vor und Leistungsvereinbarungen im Suchtbereich sind abgeschlossen	31. Dez 2025				

5833	Gesundheitskompetenz der Bev. / Prävention in der Gesundheitsvers.				Ziel LP	B.3.2.1
Präventionsprogramme sind mit Fokus Förderung der Gesundheitskompetenz der Bevölkerung umgesetzt. Lancierung Projekt soll aufgrund Ergebnissen Pilotprojekt Gesundheitskompetenz Zürich geprüft werden (Auftrag S. von Sury, RRB 2019/1820, 26.11.2019)						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2022	Soll-Termin	30. Jun 2025	
Amt	Gesundheitsamt				Kategorie	Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
7399	Projekte zur Förderung der Gesundheitskompetenz der Bevölkerung sind geprüft	31. Dez 2022	31. Dez 2022	Erledigt.		
7398	Konzept Prävention in der Gesundheitsversorgung ist in Zusammenarbeit mit soH erneuert	31. Mär 2023	31. Mär 2023	Erledigt.		
7401	Neue Strategie Prävention in der Gesundheitsversorgung 24-25 mit Fokus Förderung der Gesundheitskompetenz ist zusammen mit soH erarbeitet	31. Dez 2023	31. Dez 2023	Erledigt.		
7638	Massnahmenplan wird umgesetzt.	30. Jun 2025				

5811 Spitalplanung 2025 - 2034					Ziel LP	B.3.2.2
Die bestehenden Leistungsaufträge Psychiatrie, Rehabilitation und Akutsomatik sind überprüft und die entsprechenden Spitallisten sind aktualisiert.						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2022	Soll-Termin	30. Jun 2027	
Amt	Gesundheitsamt				Kategorie	Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
7421	Bedarfsermittlung Psychiatrie 2030: Analyse und Prognose stationäre und ambulante Psychiatrie ist erstellt	31. Mär 2022	31. Mär 2022	Erledigt.		
7422	Grundlagen Spitalplanung Psychiatrie 2025-2034 sind erstellt	31. Okt 2022	31. Okt 2022	Erledigt. Replaning aufgrund der Bedarfsermittlung Psychiatrie mit neuem Planungshorizont 2025-2034.		
7423	RRB Bedarfsermittlung 2030, Grundlagen 2025-2034 und Spitalliste Psychiatrie per 01.07.2022 liegen vor	30. Jun 2023	30. Mai 2023	RRB 2023/854 vom 30. Mai 2023, Spitalplanungsbericht und Spitalliste Bereich Psychiatrie auf Homepage GESA per 1. Juli 2023		
7424	Grundlagen Spitalplanung Rehabilitation 2025-2034 sind erstellt	31. Aug 2023	31. Aug 2023	Erledigt.		
7308	Bedarfsermittlung Rehabilitation 2025-2034 ist erarbeitet	30. Jun 2024	31. Jul 2024	Erledigt.		
7310	RRB Spitalliste Rehabilitation per 01.07.2025 auf Basis Bedarfsermittlung und Grundlagen 2025-2034 liegt vor	30. Jun 2025				
7309	Grundlagen Spitalplanung Akutsomatik 2012-2025 sind mit Planungshorizont 2025-2034 überarbeitet und aktualisiert	31. Aug 2025				
7491	Bedarfsermittlung Akutsomatik 2025-2034 ist erarbeitet	30. Jun 2026				
7492	RRB Spitalliste Akutsomatik per 01.07.2027 auf Basis Bedarfsermittlung und Grundlagen 2025-2034 liegt vor	30. Jun 2027				

5650 Darmkrebs-Screening						
Einführen Krebsfrüherkennungsprogramm Darmkrebs-Screening (Auftrag Susan von Sury-Thomas A 0220/2017).						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Nov 2018	Soll-Termin	1. Jan 2025	
Amt	Gesundheitsamt				Kategorie	keine
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
6750	B + E Vepflichtungskredit zuhanden Kantonsrat ist beschlossen	15. Mai 2023	8. Mai 2023	Verzögerung aufgrund Covid-19-Pandemie.		
7639	Auftragerteilung an Krebsliga	31. Dez 2023	31. Dez 2023	Erledigt.		
6751	Darmkrebs-Screening eingeführt	1. Sep 2025				

5899 Sterbehilfe						
KRB 0077/2023: Die kantonale Gesetzgebung soll angepasst werden, dass die Sterbehilfe als Beihilfe zum Suizid in APH, Gesundheitseinrichtungen sowie übrigen Institutionen durch öffentlich anerkannte und gemeinnützige Organisationen zugelassen werden muss.						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Okt 2024	Soll-Termin	1. Sep 2026	
Amt	Gesundheitsamt				Kategorie	keine
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
7788	Start des 1. Mitberichtsverfahrens	13. Feb 2025	27. Jan 2025	Erledigt.		
7787	RRB Freigabe für das öffentliche Vernehmlassungsverfahren	27. Mai 2025				
7789	RRB Kenntnisnahme vom Vernehmlassungsergebnis und weiteres Vorgehen	2. Dez 2025				
7790	RRB Verabschiedung B+E zuhanden KR	20. Jan 2026				
7791	Inkrafttreten	1. Sep 2026				

5818	Durchgehende Fallführung und Potenzialabklärung				Ziel LP	B.3.1.1
Die durchgehende Fallführung und die Potenzialabklärung tragen wesentlich zur strukturellen Verbesserung von sozialen Leistungen bei. Durch die konsequente Umsetzung wird Armut gelindert und die Arbeit der Sozialhilfe unterstützt.						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2022	Soll-Termin	1. Jul 2026	Kategorie Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Amt	Amt für Gesellschaft und Soziales					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
7334	Praxis- und Kurzassessment: Pilotprogramme sind gestartet	30. Apr 2022	1. Okt 2022	Erledigt.		
7335	Standardisierte Prozesse in der Fallaufnahme, im Fallverlauf und im Fallabschluss sind eingeführt (Pilotversuch)	1. Okt 2023	1. Dez 2023	Erledigt.		
7336	Vertiefte Potenzialabklärung: Pilotprogramm ist gestartet	31. Dez 2022	31. Jan 2023	Erledigt.		
7341	Finanzierung Fallführung und Potenzialabklärung ist geklärt	31. Aug 2023	31. Mai 2023	Erledigt.		
7337	Einführung der standardisierten Prozesse und Potenzialabklärungselemente in allen Sozialregionen nach erfolgter Evaluation erfolgt	31. Dez 2025				
7340	Datenaustauschplattform ist operativ	1. Jul 2026				
5830	Datenlage und Berechnung IPV-Modell				Ziel LP	B.3.1.1
Eine zweckmässige Datenlage wird geschaffen, um für eine wirkungsvollere Entlastung der Anspruchsberechtigten zu sorgen.						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jul 2022	Soll-Termin	30. Jun 2025	Kategorie Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Amt	Amt für Gesellschaft und Soziales					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
7577	Neue Fachanwendung der AKSO ist produktiv	30. Jun 2023	12. Jun 2023	Erledigt.		
7384	Datenlage zur Berechnung der IPV ist verbessert	30. Sep 2024	30. Sep 2024	Erledigt.		
7768	Auswertungsmodule und Reporting sind implementiert	30. Jun 2025				
5815	Regionalisierung in der Sozialhilfe verstärken				Ziel LP	B.3.1.2
Durch regionale Versorgungsräume erfolgt eine wirkungsvolle Aufgabenerfüllung. Die Einwohnergemeinden steuern durch ein übergeordnetes Organ das Leistungsfeld Sozialhilfe gezielt.						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Mär 2022	Soll-Termin	1. Jul 2027	Kategorie Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Amt	Amt für Gesellschaft und Soziales					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
7324	Vernehmlassung öffentlich	9. Mär 2026				
7325	B+E "Neuregelung Revision Sozialhilfe" zuhanden Kantonsrat ist beschlossen	20. Okt 2026				
7326	Inkrafttreten	1. Jul 2027				
5822	Umsetzung IIM: Integrationsvorleistungen und öffentliche Arbeitsvermittlung (öAV)				Ziel LP	B.3.1.3
Die Integrationsvorleistungen im Bereich Bildung sowie die spezifischen Angebote der Arbeitsmarktintegration sind auf das System der regulären Angebote der Regelstrukturen abgestimmt.						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2022	Soll-Termin	31. Dez 2025	Kategorie Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Amt	Amt für Gesellschaft und Soziales					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
7355	Zuständigkeit des spezifischen Arbeitsintegrationsangebots "Zugang öAV" ist geklärt	31. Dez 2025				
7356	Spezifische Arbeitsintegrationsangebote sind auf die Vorgaben des IIM neu ausgerichtet	31. Dez 2025				
7357	Spezifische Bildungsangebote sind auf die Vorgaben des IIM neu ausgerichtet	31. Dez 2025				

5823	Massnahmenpaket Häusliche Gewalt					Ziel LP	B.3.4.1
Die Massnahmen zur koordinierten Bekämpfung häuslicher Gewalt sind basierend auf der Istanbul-Konvention und der Roadmap implementiert bzw. umgesetzt.							
Status	In Arbeit	Start-Datum	31. Dez 2024	Soll-Termin	30. Jun 2027	Kategorie	Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Amt	Amt für Gesellschaft und Soziales						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
7360	Massnahmen zur koordinierten Bekämpfung häuslicher Gewalt sind basierend auf der Istanbul-Konvention und der Roadmap implementiert bzw. umgesetzt	31. Dez 2024	31. Dez 2024	Erledigt.			
7769	Der Schlussbericht und die Schlussabrechnung über 30. Jun 2027 die Umsetzung der Massnahmen im Bereich Prävention und Bekämpfung von häuslicher Gewalt 2023-2026 liegen vor						
5819	Evaluation Beratungsstelle Opferhilfe					Ziel LP	B.3.4.1
Die Beratungsstelle Opferhilfe ist evaluiert und das Beratungsangebot ist gestärkt, inhaltlich differenziert und bedarfsgerecht optimiert.							
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2024	Soll-Termin	31. Mai 2025	Kategorie	Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Amt	Amt für Gesellschaft und Soziales						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
7342	Bericht z.H. RR liegt vor	1. Mär 2025	1. Mär 2025				
7773	Schlussbericht liegt vor, inkl. Ansätze für ein zukünftiges Monitoring: Angebot und Nutzung der Beratungsstelle Opferhilfe ist evaluiert und bedarfsgerecht optimiert	31. Mai 2025					
5824	Finanzierung familien- und schulergänzende Kinderbetreuung					Ziel LP	B.3.4.2
Die Finanzierung der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung ist gesetzlich geregelt "Kinderbetreuungsvorlage" (Auftrag Anna Rüefli, KRB Nr. A 0073/2020, 5. Mai 2020)							
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Mär 2022	Soll-Termin	1. Jan 2027	Kategorie	Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Amt	Amt für Gesellschaft und Soziales						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
7361	RRB Vernehmlassung ist beschlossen	12. Mär 2024	12. Mär 2024	Erledigt. RRB Nr. 2024/387 vom 12. März 2024.			
7575	RRB Kenntnisnahme Vernehmlassungsergebnisse	1. Aug 2024	20. Aug 2024	Erledigt. RRB Nr. 2024/1307 vom 20. August 2024.			
7362	B+E zuhanden Kantonsrat ist beschlossen	31. Okt 2024	24. Sep 2024	Erledigt. RRB Nr. 2024/1534 vom 24. September 2024.			
7774	Beschluss Änderung Sozialgesetz (KR)	31. Jan 2025	28. Jan 2025	Erledigt. KRB Nr. RG 0188/2024 vom 28. Januar 2025.			
7776	Webapplikation ist operativ	1. Apr 2026					
7775	Beschluss Änderung Sozialverordnung (RR)	1. Okt 2026					
7363	Inkrafttreten	1. Jan 2027					
5826	Integration der ausländischen Wohnbevölkerung fördern					Ziel LP	B.3.4.3
Zusammenarbeit und Co-Finanzierung von Massnahmen mit Bund werden weitergeführt (KIP3 2024-2027 ist abgeschlossen). Die Anpassung des Sozialgesetzes über die kantonale Umsetzung des Ausländer- und Integrationsgesetzes ist erfolgt.							
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Mär 2022	Soll-Termin	1. Sep 2024	Ist-Termin	1. Jan 2025
Amt	Amt für Gesellschaft und Soziales					Kategorie	Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
7366	RRB Vernehmlassung "Integrationsvorlage" ist beschlossen	1. Aug 2023	4. Jul 2023	Erledigt. RRB Nr. 2023/1130 vom 4. Juli 2023.			
7367	B+E "Integrationsvorlage" zuhanden Kantonsrat ist beschlossen	29. Feb 2024	23. Jan 2024	Erledigt. RRB Nr. 2024/66 vom 23. Januar 2024.			
7368	KIP 3 ist vom Regierungsrat und SEM genehmigt	31. Dez 2023	28. Nov 2023	Erledigt. RRB Nr. 2023/1969 vom 28. November 2023.			
7369	Inkrafttreten	1. Sep 2024	1. Jan 2025	Erledigt.			

5663	Staat und Religion	Ziel LP	B.3.4.3
Der Regierungsrat wird beauftragt, durch eine Expertise abzuklären, welche rechtlichen Formen und Instrumente es für den Umgang mit anderen, öffentlich-rechtlich nicht anerkannten Religionsgemeinschaften gibt (Auftrag SP/Junge SP, KRB Nr. A 0227/2017)			
Status	Erledigt	Soll-Termin	31. Aug 2024
Amt	Amt für Gesellschaft und Soziales	Ist-Termin	9. Dez 2024
		Kategorie	Projekt mit LP-Ziel verknüpft

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6807	Projektplan ist erstellt	31. Aug 2019	26. Sep 2019	Erledigt.
6880	Projektgruppe "Kooperationsmodell" ist eingesetzt	30. Apr 2021	29. Aug 2021	Erledigt. RRB Nr. 2021/1305 vom 29. August 2021.
6881	Entwurf "Kooperationsmodell" ist erarbeitet und Auftrag für externe Expertise ist erteilt	31. Jan 2024	31. Jan 2024	Erledigt.
6882	Auftrag "Juristische Expertise" liegt vor	31. Mai 2024	31. Aug 2024	Erledigt.
7199	Kooperationsmodell ist genehmigt	31. Aug 2024	9. Dez 2024	Erledigt. RRB Nr. 2024/1996 vom 9. Dezember 2024.

5827	Umsetzung IIM: "Frühe Förderung"	Ziel LP	B.3.4.3
Die Frühe Sprachförderung ist eingeführt und gesetzlich geregelt ("Sprachfördevorlage").			
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jul 2022
Amt	Amt für Gesellschaft und Soziales	Soll-Termin	31. Jan 2028
		Kategorie	Projekt mit LP-Ziel verknüpft

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
7370	RRB Vernehmlassung ist beschlossen	30. Nov 2022	22. Nov 2022	Erledigt. RRB Nr. 2022/1759 vom 22. November 2022.
7371	RRB Kenntnisnahme Vernehmlassungsergebnis	31. Mär 2023	4. Apr 2023	Erledigt. RRB Nr. 2023/575 vom 4. April 2023.
7372	B+E zuhanden Kantonsrat beschlossen	31. Mai 2023	30. Mai 2023	Erledigt. RRB Nr. 2023/851 vom 30. Mai 2023.
7373	Inkrafttreten	1. Aug 2024	1. Aug 2024	Erledigt.
7770	Abschluss Evaluation	31. Jan 2028		

5723	Ambulante Angebote im Bereich Behinderung stärken		
Die Planung über stationäre Angebote im Bereich Behinderung liegt vor und wird umgesetzt. Ambulante Angebote werden gleichzeitig gestärkt. Projekt während Pandemie sistiert. (Projekt aus Legislaturplan 2017-2021)			
Status	In Arbeit	Soll-Termin	1. Jun 2026
Amt	Amt für Gesellschaft und Soziales	Kategorie	keine

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
7020	Versorgungskette in den Bereichen Alter und Behinderung ist geklärt	31. Dez 2019	4. Sep 2019	Erledigt. KRB Nr. RG 0092b/2019 vom 4. September 2019. Ab 1. Januar 2020 wird der Bereich Behinderung vollumfänglich dem Kanton zugewiesen. Eine Auslegeordnung wird erstellt und Arbeitsgruppenmitglieder definiert.
7021	Eine Angebotsübersicht über die ambulanten Unterstützungsangebote im Bereich Behinderung wird erstellt	30. Jun 2020	30. Apr 2020	Erledigt. Bericht liegt vor.
7507	Angebotsübersicht über die ambulanten Unterstützungsangebote im Bereich Behinderung ist aktualisiert und Grobkonzeption für Auftragsvergabe erarbeitet	31. Mär 2023	31. Mär 2023	Erledigt.
7225	Externe Auftragserteilung Bedarfsanalyse und Angebotsplanung für erwachsene Menschen mit Behinderungen ist erfolgt	30. Jun 2023	30. Jun 2023	Erledigt.
7164	Entwurf Bedarfsanalyse und Angebotsplanung für erwachsene Menschen mit Behinderungen liegt vor	31. Dez 2023	31. Jan 2025	Erledigt.
7165	Vernehmlassung Bedarfsanalyse und Angebotsplanung ist abgeschlossen	31. Dez 2025		
7023	Bedarfsanalyse und Angebotsplanung sind verabschiedet und in Kraft getreten	1. Jun 2026		

5850	Armutsbekämpfung und -prävention				Ziel LP	B.3.1.3
Massnahmenplan zur Reduktion/Prävention von Armut ist erarbeitet, unter Berücksichtigung der Vorgaben des Kantonalen Integrationsprogramms (KIP 3), und ein Armutsmonitoring ist evaluiert (Auftrag Luzia Stocker, KRB Nr. A 033/2021 vom 17. November 2021).						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jul 2022	Soll-Termin	31. Dez 2026	
Amt	Amt für Gesellschaft und Soziales					Kategorie keine
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
7480	Projektgenehmigung und Auftrag an IIZ sind erteilt	31. Mär 2023	15. Mär 2023	Erledigt.		
7481	Entscheid Einführung (Pilot) Armutsmonitoring liegt vor	30. Jun 2024	29. Okt 2024	Erledigt.		
7777	Armutsmonitoring der BFH liegt vor	31. Dez 2025				
7482	Massnahmen zur Überprüfung der IPV und FamEL im Rahmen des Armutsmonitorings überprüft	31. Dez 2026				
5903	Einführung der elektronischen Identität (e-ID)					
Mit der elektronischen Identität (e-ID) können Schweizerinnen und Schweizer sowie Personen mit Aufenthaltsberechtigung in der Schweiz ihre Identität online nachweisen.						
Status	In Arbeit	Start-Datum	17. Dez 2021	Soll-Termin	31. Dez 2026	
Amt	Migrationsamt					Kategorie keine
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
7796	E-ID Gesetzgebungsprojekt	13. Dez 2024	13. Dez 2024	Erledigt.		
7797	Anpassung des kantonalen Gebührentarifs	31. Dez 2026				
7798	Einführung der eID	31. Dez 2026				
5902	Neue Identitätskarte (ID) mit Chip (biometrische Identitätskarte)					
Gestützt auf die EU Verordnung 2019/1157 führt der Bund die Identitätskarte mit biometrischen Daten (Chip) ein, damit Schweizer Bürger/-innen die Wahl zwischen biometrischer und nicht biometrischer Identitätskarte haben.						
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2022	Soll-Termin	31. Dez 2026	
Amt	Migrationsamt					Kategorie keine
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
7794	Umbau Sitzungszimmer des Ausweisentrums für die 2 zusätzlichen Stationen.	30. Nov 2026				
7795	Einführung der biometrischen ID	31. Dez 2026				
5523	Neues Zentralgefängnis planen und bauen				Ziel LP	B.3.3.3
Die betrieblichen Interessen (inkl. Administrativhaftplätze) der heutigen Untersuchungsgefängnisse und die Nutzung von Synergien mit der JVA sind Ddl-intern geklärt . Das HBA ist in seinen Planungs- und Bauarbeiten unterstützt.						
Status	In Arbeit	Start-Datum	15. Nov 2016	Soll-Termin	31. Dez 2029	
Amt	Amt für Justizvollzug					Kategorie Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
6357	Rahmenkonzept von Ddl genehmigt (Bedarf Administrativhaftplätze geklärt)	30. Apr 2018	3. Apr 2018	Erledigt.		
6232	B+E zuhänden KR ist beschlossen	16. Mai 2023	2. Mai 2023	Erledigt. RRB 2023/711 vom 2. Mai 2023.		
6975	Volksabstimmung ist durchgeführt	26. Nov 2023	22. Okt 2023	Erledigt. Vorlage angenommen.		
6233	Fertigstellung	31. Dez 2029				

5647 Sicherer und rechtskonformer Freiheitsentzug Untersuchungsgefängnisse

Die bundesrechtlichen Vorgaben im Bereich Freiheitsentzug sind umgesetzt. Sie bedingen, dass in den Untersuchungsgefängnissen höhere personelle Ressourcen eingesetzt werden müssen.

Status **Sistiert**

Amt **Amt für Justizvollzug**

Kategorie

keine

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6744	Aufbau Spätschicht GD 1. StaO		28. Feb 2021	Erledigt.
6737	Aufbau Betreuung UG Nacht 1. StaO		28. Feb 2021	Erledigt.
6818	Aufbau Spätschicht GD 2. StaO		30. Jun 2021	Erledigt.
6738	Aufbau Betreuung UG Nacht 2. StaO		31. Jan 2022	Erledigt.
6741	Verbesserung Haftbedingungen 1. Etappe 1. StaO		1. Jun 2023	Erledigt.
7799	Verbesserung Haftbedingungen weitere Etappen			Sistiert.

5886 Strategiepapier zur Bekämpfung der strukturierten Kriminalität erarbeiten

Das Strategiepapier soll die aktuelle Rechts- und Verwaltungspraxis sowie den Handlungsbedarf aufzeigen und konkrete Optimierungsmassnahmen vorschlagen.

Status **In Arbeit**

Start-Datum

31. Mär 2024

Soll-Termin

31. Okt 2025

Amt **Polizei**

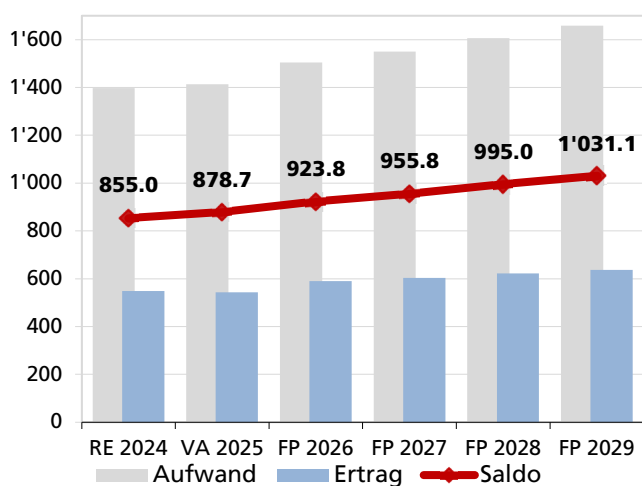
Kategorie

keine

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
7718	Einsetzung der Arbeitsgruppe mit RRB gestützt auf den RRB Nr. 2023/1458 vom 12.09.2023	31. Mär 2024	23. Apr 2024	Erledigt. RRB Nr. 2024/614 vom 23. April 2024.
7719	Standortbestimmung ist abgeschlossen, und Handlungsbedarf ist identifiziert	31. Aug 2024	31. Aug 2024	Erledigt.
7720	Konzeptphase ist beendet	31. Jan 2025	31. Jan 2025	Erledigt.
7721	RRB Strategiepapier Bekämpfung der strukturierten Kriminalität mit Analysebericht und Handlungsempfehlungen liegt vor	13. Mai 2025		
7722	Massnahmen und Handlungsempfehlungen finden als Schwerpunkt Eingang in den Legislaturplan 2025 - 2029; B+E zuhanden Kantonsrat ist beschlossen	31. Okt 2025		

Finanzen Departement des Innern (in MCHF)

Erfolgsrechnung	RE 2024	VA 2025	FP 2026	FP 2027	FP 2028	FP 2029
Globalbudgets						
Aufwand	231.3	230.4	249.4	249.6	251.2	257.9
Ertrag	-59.6	-51.2	-64.8	-65.3	-64.5	-64.8
Globalbudgetsaldo	171.7	179.2	184.6	184.3	186.7	193.1
Verrechnungen	39.1	39.2	47.3	47.6	48.1	48.5
Saldo	210.8	218.4	231.9	231.9	234.8	241.6
Finanzgrössen						
Aufwand	1'175.5	1'193.1	1'269.7	1'314.3	1'370.1	1'414.3
Ertrag	-498.6	-502.0	-539.8	-552.4	-571.9	-586.8
Verrechnungen	-32.8	-30.8	-38.0	-38.0	-38.0	-38.0
Saldo	644.2	660.3	691.8	723.9	760.2	789.5
Saldo total	855.0	878.7	923.8	955.8	995.0	1'031.1

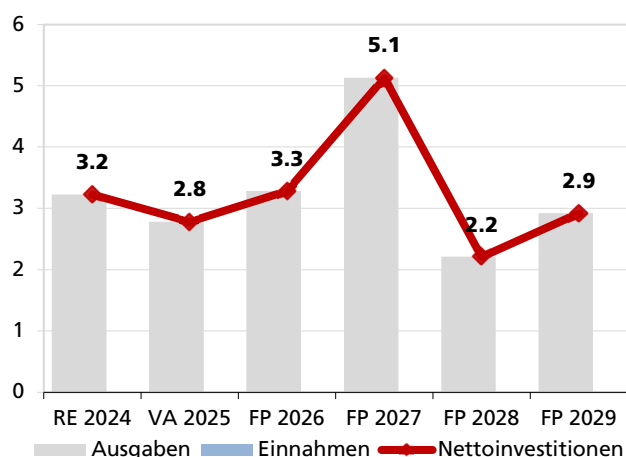


2026 steigt der Saldo der Globalbudgets des Departementes des Innern insbesondere aufgrund geplanter Anpassungen bei der Leistungsvereinbarung mit der soH an. Ab 2028 ist eine geplante Korpserweiterung bei der Polizei Kanton Solothurn abgebildet und im Jahr 2029 zusätzliche Betriebs- und Personalkosten aufgrund der Inbetriebnahme des neuen Zentralgefängnisses.

Im Bereich der Finanzgrössen begründen vor allem die Spitalbehandlungen gemäss KVG, die Ergänzungsleistungen IV, die Kostgelder Justizvollzug und der Bereich Behinderung das Kostenwachstum. Ab dem Jahr 2028 sind Mehrkosten bei der Prämienverbilligung infolge der Umsetzung des Gegenvorschlags zur Prämienentlastungsinitiative abgebildet.

Kostensenkend auf den Finanzplan wirken die beschlossenen Massnahmen des Massnahmenplans 2024.

Investitionsrechnung	RE 2024	VA 2025	FP 2026	FP 2027	FP 2028	FP 2029
Total						
Ausgaben	3.2	2.8	3.3	5.1	2.2	2.9
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	3.2	2.8	3.3	5.1	2.2	2.9



Die Nettoinvestitionen des DDI betreffen nur die Polizei Kanton Solothurn.

Die Kosten steigen 2026 und 2027 vornehmlich aufgrund von Investitionen in die technische Infrastruktur an.

6 Volkswirtschaftsdepartement

6.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Das Aufgabengebiet des Volkswirtschaftsdepartements umfasst die Bereiche Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klima; Gemeinden, Zivilstand und Finanzausgleich; Wald, Jagd und Fischerei; Landwirtschaft mit dem Bildungszentrum Wallierhof und dem Veterinärdienst; Militär und Bevölkerungsschutz und als Koordinations- und Stabsstelle das Departementssekretariat mit der Standortförderung und Aussenbeziehungen, der Stiftungs-aufsicht und der Missbrauchsverfolgung aus den Härtefallprogrammen.

Administrativ dem Volkswirtschaftsdepartement angegliedert sind die Ausgleichskasse, die IV-Stelle sowie die Solothurner Gebäudeversicherung als selbständige Anstalten.

6.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan

1.1 Konkurrenzfähiger Wirtschaftsstandort

1.1.2 Lebens- und Investitionsstandort weiterentwickeln

1.2 Digitale Transformation der öffentlichen Verwaltung vorantreiben

1.2.6 Aufgabenreform Kanton – Gemeinden konkretisieren

1.2.7 Gemeindelandschaft weiterentwickeln

2.1 Klimawandel dämpfen und Auswirkungen begegnen

2.1.1 Energieeffizienz und erneuerbare Energien fördern

2.1.3 Vermehrten Einsatz von Bauholz unter dem Aspekt einer optimalen Senkenwirkung fördern

2.2 Produktionspotential des Lebensraums nachhaltig nutzen

2.2.1 Standort- und klimaangepasste sowie ressourceneffiziente Landwirtschaft

2.2.2 Standort- und klimaangepasste sowie ressourceneffiziente Waldwirtschaft

3.1 Soziale Sicherheit bedarfsgerecht gewährleisten

3.1.3 Soziale Absicherung des sozialen Wandels

3.3 Öffentliche Sicherheit gewährleisten

3.3.4 Verantwortlichkeiten und Kompetenzen im Falle einer besonderen oder ausserordentlichen Lage (Katastrophe, Notlage) neu regeln

6.3 Politische Ziele und Leistungen

Der IAFP für Wirtschaft und Arbeit basiert auf dem Globalbudget 2024–2026 mit den Produktgruppen Arbeitsbedingungen und Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit. Die Gewährleistung des Schutzes der Gesundheit und der Persönlichkeit der Arbeitnehmenden sowie bei Arbeitslosigkeit eine rasche und nachhaltige Wieder-eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt stehen dabei im Vordergrund. Die Letztere wird unterstützt durch eine rasche und korrekte Auszahlung von Taggeldern der Arbeitslosenversicherung und dient damit der Existenzsicherung von arbeitslosen Menschen. Mit geeigneten Kontrollen im Bereich der Flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit sowie der Bekämpfung der Schwarzarbeit sollen ebenso wie mit den Bewilligungen im Rahmen der Gewerbeaufsicht sowohl Wettbewerbsverzerrungen wie auch Lohn- und Sozialdumping verhindert werden.

Der IAFP für die Abteilung Energie und Klima basiert auf dem Globalbudget 2024–2026. Diese unterstützt Massnahmen zur Förderung der Energieeffizienz und erneuerbarer Energien. Die Neuausrichtung der Schweizer Energiepolitik fordert eine konsequente Nutzung einheimischer Ressourcen zur Sicherstellung einer ausreichenden, wirtschaftlichen und umweltschonenden Energieversorgung unter gleichzeitiger Reduktion der Abhängigkeit von Importen. Der Kanton Solothurn wird sich verstärkt mit den unvermeidlichen Auswirkungen des Klimawandels und deren Bewältigung auseinandersetzen müssen. Aufgrund dieser zunehmenden Bedeutung der klimapolitischen Anliegen wurde die Budgetstruktur der Abteilung Energie und Klima den neuen energie- und klimapolitischen Rahmenbedingungen angepasst und die dafür notwendigen Ressourcen ins laufende Globalbudget aufgenommen.

Der IAFP für das Amt für Gemeinden gründet einerseits auf dem laufenden Globalbudget «Gemeinden und Zivilstandsdienst 2023–2025». Andererseits wird vorausgesetzt, dass ein neues Globalbudget für die Periode 2026–2028 im Verlauf dieses Jahres durch den Kantonsrat beschlossen werden kann, wo nachfolgende Aktivitäten noch präzisiert werden.

- Aufgabenreform Kanton Einwohnergemeinden: In der noch laufenden Legislatur wurden sieben von acht Prüfaufträgen, welche der Regierungsrat (RRB Nr. 2022/1812 vom 29.11.2022) bestimmt hatte, von der Kommission beraten. Der Tätigkeitsplan der Kommission wird mit dem neuen Legislaturplan 2025–2028 zu beschliessen sein.
- Zur Umsetzung des Legislaturziels 2021–2025 «Gemeindelandschaft weiterentwickeln» kam in einem ersten Schritt das von der Fachhochschule Graubünden (FHGR) entwickelte Instrument zur Evaluation von Fusionen, der sogenannte «Fusions-Check», zur Anwendung. Insgesamt nahmen acht ehemalige Fusionsgemeinden an dieser Untersuchung teil. Der Schlussbericht zum Fusions-Check wird bis Mitte 2025 in Berichtsform vorliegen. Aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse soll im Verlauf der kommenden Legislatur mit interessierten Gemeinden ein Zielbild entwickelt werden, welches aufgezeigt, wie sich die Gemeindelandschaft langfristig präsentieren könnte.
- Für diese IAFP-Periode wird zudem mit mehreren Fusionsprojekten gerechnet. Entsprechende Fusionsbeiträge wurden im IAFP eingestellt.

Der IAFP im Bereich Wald, Jagd und Fischerei liegt bezüglich des Globalbudget-Saldos leicht unter dem im letzten Jahr genehmigten IAFP 2025–2028. Die vom Regierungsrat Ende 2024 beschlossenen Massnahmen gemäss Massnahmenplan 2024 wurden umgesetzt. In der Zwischenzeit liegen die Programmvereinbarungen 2025–2028 mit dem Bund zur Unterschrift vor. Dabei führen deutliche Beitragsreduktionen durch den Bund zu einer eben solchen Ausgabenreduktion für Beiträge im Wald, insbesondere bei der Jungwaldpflege. Nachdem seit Anfang 2025 die Inhalte der revidierten Jagdverordnung auf Bundesebene vorliegt, können nun auch die finanziellen Konsequenzen für den Kanton genauer beziffert werden. Dabei werden die Mittel nach dem Prinzip «Verhütung vor Vergütung» budgetiert. Für den Forstfonds wird für die Jahre 2026–2029 eine leichte Abnahme budgetiert. Reduzierten Einnahmen aus den Ausgleichsabgaben für Rodungen stehen reduzierten Ausgaben gegenüber. Da in Umsetzung des Massnahmenplans die langjährige Waldbeobachtung wieder aus dem Globalbudget in den Forstfonds transferiert werden musste, stehen für die Biodiversität im Wald deutlich weniger Mittel zur Verfügung – verschärft auch hier durch Beitragsreduktionen seitens Bund. Eine stärkere Unterstützung durch den Natur- und Heimatschutzfonds wird geprüft. Bei den Ausgaben für Schutzbauten erfolgte eine strukturelle Angleichung an den Bund und damit eine administrative Vereinfachung. Neu werden auch kleinere Schutzbautenprojekte als Finanzgrössen geführt, was zu einer Entlastung des Globalbudgets führt.

Im Amt für Landwirtschaft umfassen die Aufgaben der Produktgruppen «Agrarpolitische Massnahmen» und «Veterinärdienst» hauptsächlich den Vollzug von Vorgaben des Bundes. Die Umsetzung der Parlamentarischen Initiative «Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren» wird gemäss den Vorgaben des Bundes weiter optimiert. Dies erfordert entsprechende Vorbereitungs- und Vollzugsarbeiten. Zudem werden etappenweise weitere Teile der Agrarpolitik 22+ umgesetzt, zum Beispiel die Vereinigung der Beiträge für Vernetzung und Landschaftsqualität zu Beiträgen für regionale Biodiversität und Landschaftsqualität. Dies hat aufwändige Vorbereitungsarbeiten zur Folge. Damit das entsprechende Projekt erfolgreich umgesetzt und die zur Verfügung stehenden Bundesmittel für die Solothurner Landwirtschaft gesichert werden können, ist eine befristete Anpassung der personellen Ressourcen erforderlich. Nach dem Abbruch des Projektes «Neues Agrarinformationssystem» wird die Funktionsfähigkeit von GELAN zusammen mit den Kantonen Bern und Freiburg für die nächsten Jahre sichergestellt. Parallel dazu werden Optionen für die mittel- bis langfristige Sicht geprüft. Die langfristige Sicherstellung der Infrastruktur im ländlichen Raum sowie der Produktions- und Ertragsfähigkeit der landwirtschaftlichen Nutzflächen mit Strukturverbesserungsbeiträgen ist eine Verbundaufgabe von Bund und Kanton.

Mit den veterinärrechtlichen Grundkontrollen wird jedes Jahr ein Viertel aller landwirtschaftlichen Betriebe gemäss Bundesvorgabe in den Bereichen Tiergesundheit, Tierverkehr, Tierschutz, Milchhygiene und Tierarzneimittelsatz überprüft. Der Grundauftrag der Schlachttier- und Fleischuntersuchung in Schlachtbetrieben wird laufend durch tierseuchenrechtliche Untersuchungen erweitert. Mit der Eröffnung des neuen Grossbetriebes in Oensingen im Jahr 2025 ist mit einer weiteren Zunahme der Schlachtzahlen zu rechnen. Personelle Ressourcen, Organisation und Prozesse im Bereich Lebensmittelsicherheit müssen entsprechend angepasst werden. Nach dem Grundsatz «vom Stall auf den Teller» nimmt der Veterinärdienst in den Bereichen Lebensmittelsicherheit, Tiergesundheit und Tierschutz Aufgaben von nationaler Bedeutung wahr. Die dynamische Entwicklung der Exportmöglichkeiten der Lebensmittelindustrie und der zunehmende Reiseverkehr mit Tieren

erfordert eine erhöhte Bereitschaft, kurzfristig und jederzeit die entsprechenden Voraussetzungen und Bedingungen zu überprüfen, um Zertifikate ausstellen zu können. Das seit Oktober 2024 und bis 2029 laufende Bekämpfungsprogramm Moderhinke bei Schafen wird zu einem temporären Mehrbedarf an personellen Ressourcen führen. Die Globalisierung birgt eine erhöhte Seucheneinschleppungsgefahr, was eine stete Bereitschaft zum unverzüglichen Handeln bei Gefahr erfordert.

Im Bildungsbereich sind die Angebote in den weiterführenden Bildungsgängen sowie im Bereich Weiterbildung und Information gut nachgefragt. In der beruflichen Grundbildung haben die Lernendenzahlen so zugenommen, dass eine zusätzliche Klasse geführt werden kann. Die Umsetzung der revidierten Bildungsverordnung Landwirt/-in EFZ erfordert aufwändige Vorbereitungsarbeiten. Für die Organisation der Fachrichtungen im 3. Lehrjahr ist eine Zusammenarbeit mit Landwirtschaftlichen Zentren in Nachbarkantonen erforderlich. Die revidierten Bestimmungen zur Fachbewilligung Pflanzenschutz werden vom Bund auf Anfang 2026 in Kraft gesetzt. Dies erfordert eine umfassende Ausbildung und eine regelmässige Weiterbildung der Fachbewilligungsinhaber. Die Kurse müssen aufgebaut, geplant und jährlich angeboten werden. Für die Umsetzung sind die kantonalen Pflanzenschutzdienste zuständig. Die Entwicklung und Förderung nicht-chemischer Pflanzenschutzmassnahmen und alternativer Anbaustrategien sowie die Bekämpfung von invasiven Neobiota bedingen weiterhin ein grosses Engagement in der Aus-, Weiterbildung und Information. Mit der Unterstützung des Bundes führt der Kanton Solothurn seit dem Jahr 2000 im Raum Oensingen-Olten das grösste Nitratprojekt in der Schweiz durch. Im Rahmen der von 2021–2026 dauernden Projektperiode werden neue Bewirtschaftungsmassnahmen umgesetzt. Dies führt zu einem höheren Beratungsbedarf seitens Düngeberatung des BZ Wallierhof. Mit dem Aufbau eines entsprechenden Bildungs- und Beratungsangebotes stärkt das Amt für Landwirtschaft das Engagement im Zusammenhang mit den Auswirkungen des Klimawandels. Dabei wird die ganze Kette von der Produktion über die Verarbeitung bis zum Konsum abgedeckt.

Der IAFP für Militär und Bevölkerungsschutz basiert auf dem Globalbudget 2025–2027. Die Aufgabe des Amtes für Militär und Bevölkerungsschutz ist die Sicherheit und der Schutz der Bevölkerung, der Wirtschaft und der Infrastruktur im Kanton Solothurn. Die beiden Amtsbereiche setzen Vorgaben des Bundes um und unterstützen damit die Sicherheit des Landes. Die Militärverwaltung unterstützt die Angehörigen der Armee vom Orientierungstag bis zur Entlassung aus der Wehrpflicht, ebenso bei Fragen zu Dienstverschiebung, Auslandsaufenthalt und Wehrpflichtersatz. Der Zivilschutz stellt die Ausbildung der Angehörigen des Zivilschutzes sicher und arbeitet bei Grossereignissen eng mit den Blaulichtorganisationen Polizei, Feuerwehr und Sanität zusammen. Auf Grundlage der Gefahren- und Risikoanalyse des Kantons erarbeitet die Katastrophenvorsorge Einsatzunterlagen. Der Amtschef führt zudem den Kantonalen Führungsstab.

Legislaturplanziel 3.3.4: Die geplante Revision des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes hat eine saubere Trennung von den unterschiedlichen Aufgaben und Organisationen zum Ziel. Es soll ein Bevölkerungsschutz-, wie auch ein Zivilschutzgesetz auf kantonaler Ebene entstehen. Mit dieser Aufteilung soll erstens ein schlankes, übergeordnetes Bevölkerungsschutzgesetz analog der Spezialgesetze der Partnerorganisationen entstehen, welches zudem das veraltete Katastrophengesetz aus dem Jahr 1972 ablöst. Zweitens soll ein Zivilschutzgesetz entstehen, das sich auch in Zukunft flexibel und einfach an neue Bundesvorgaben im Bereich Zivilschutz anpassen lässt. Denn anders als beim Bevölkerungsschutz als Ganzes, kann der Bund im Bereich Zivilschutz den Kantonen Vorgaben machen und diese auch anpassen.

Der IAFP für das Departementssekretariat basiert auf dem Globalbudget 2023–2025 und den Massnahmen aus dem Massnahmenplan 24 (MP24).

Die Fachstelle Standortförderung und Aussenbeziehungen (FAST) ist u.a. mit der Umsetzung der Standortstrategie und der dort definierten Ziele, so u.a. der Förderung der Innovation, sowie der Umsetzung der Neuen Regionalpolitik (NRP), betraut. Die FAST soll gemäss MP24 neu ausgerichtet werden. Hierzu wird u.a. die Einführung eines Public Private Partnership (PPP) geprüft. Die interkantonale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Raum Nordwestschweiz und Oberrhein wird im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel gepflegt. Die klassischen Stiftungen werden durch die Abteilung Stiftungsaufsicht im Departementssekretariat beaufsichtigt. Die BVG-Stiftungen werden durch die BVG- und Stiftungsaufsicht des Kantons Aargau beaufsichtigt. Weiter werden die Härtefallmassnahmen und insbesondere die Folgen daraus als eigene Produktgruppe «Härtefall» geführt. Darin abgebildet werden die Missbrauchsverfolgung und die Kontrolle der Bewilligungsaufgaben bei den Härtefallmassnahmen. Dies zur Abgrenzung der ordentlichen Aufgaben des Departementssekretariats von den zeitlich befristeten Aufgaben im Zusammenhang mit der Bewältigung der Corona-Krise. Nach Abschluss der Missbrauchsverfolgung und nach Erreichen der

gesetzten Frist, innerhalb der die Bewilligungsaufgaben bei den gewährten Härtefallbeiträgen geprüft werden müssen, wird diese Produktgruppe wieder aufgehoben. Dies geschieht in der folgenden Globalbudgetperiode 2026–2028.

6.4 Massnahmen Volkswirtschaftsdepartement

5599 neue Totalrevision Gebäudeversicherungsgesetz

Vollständige Revision des Gebäudeversicherungsgesetzes. Überarbeitung der GVG-Struktur von 1972; Anpassung Reservefonds; Neuregelung Monopolabgabe; Unabhängigkeit der Revisionsstelle ermöglichen.

Status **Erledigt** Start-Datum **20. Jun 2022** Soll-Termin **31. Mär 2025**

Amt **Departementssekretariat VWD**

Kategorie **keine**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
6463	Ausarbeitung 1. Entwurf	5. Aug 2022	5. Aug 2022	
6464	Mitberichtsverfahren	28. Nov 2022	28. Nov 2022	
6465	Vernehmlassungsverfahren	15. Mai 2023	31. Mai 2023	
6466	Auswertung Vernehmlassung	31. Okt 2023	31. Okt 2023	
6467	Behandlung durch den Kantonsrat	30. Apr 2024	30. Apr 2024	
7526	Volksabstimmung	22. Sep 2024	22. Sep 2024	
6468	Inkrafttreten	1. Jan 2025	1. Jan 2025	
6469	Nacharbeiten / Abschluss	31. Mär 2025	31. Mär 2025	

5864 Totalrevision Energiegesetz

Anpassen des kantonalen Energiegesetzes an die aktuellen energie- und klimapolitischen Rahmenbedingungen. Ziele und Massnahmen der Energiestrategie und des Pariser Klimaabkommens integrieren. Wurde in der Abstimmung vom 9. Februar 2025 vom Volk abgelehnt.

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Nov 2022** Soll-Termin **1. Aug 2025**

Amt **AWA, Abteilung Energiefachstelle**

Kategorie **keine**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
7519	Ausarbeitung 1. Entwurf	31. Mär 2023	31. Mär 2023	
7520	Mitberichtsverfahren	26. Jun 2023	26. Jun 2023	
7521	Vernehmlassungsverfahren	26. Sep 2023	26. Sep 2023	
7522	Auswertung Vernehmlassung	15. Nov 2023	15. Nov 2023	
7523	Behandlung durch Kantonsrat	31. Mär 2024	26. Mär 2024	
7524	Inkrafttreten	1. Jul 2025		
7525	Nacharbeiten / Abschluss	1. Aug 2025		

5868 Teilrevision Wirtschafts- und Arbeitsgesetz (WAG)

Rechtliche Grundlage für das Betreten und die Kontrolle von Gastwirtschafts- und Beherbergungsbetrieben sowie gastwirtschaftlichen Gelegenheitsanlässen durch die Polizei schaffen.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2023** Soll-Termin **4. Aug 2025**

Amt **Amt für Wirtschaft und Arbeit**

Kategorie **keine**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
7547	Ausarbeitung 1. Entwurf	27. Feb 2023	27. Feb 2023	
7548	Mitberichtsverfahren	15. Jan 2024	12. Feb 2024	
7549	Auswertung Mitberichtsverfahren	15. Mär 2024	15. Apr 2024	
7615	Eröffnung Vernehmlassungsverfahren	14. Mai 2024	14. Mai 2024	
7616	Auswertung Vernehmlassungsverfahren	17. Sep 2024	17. Sep 2024	
7550	Behandlung durch den Kantonsrat	12. Mär 2025	11. Mär 2025	
7617	Volksabstimmung	18. Mai 2025		
7551	Inkrafttreten	1. Jul 2025		
7552	Nacharbeiten / Abschluss	4. Aug 2025		

5865	Aufgabenreform Kanton-Gemeinden konkretisieren					Ziel LP	B.1.2.6
Entflechtung der Aufgaben zwischen dem Kanton und den Einwohnergemeinden in bestimmten Aufgabefeldern weiter verfolgen. vgl. dazu RRB Nr. 2022/1812 vom 29. November							
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Mai 2021	Soll-Termin	30. Sep 2025		
Amt	Amt für Gemeinden					Kategorie	Projekt mit LP-Ziel verknüpft
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
7527	Initialisierung	31. Dez 2021	2. Nov 2021				
7528	Projektplanung	31. Dez 2022	29. Nov 2022				
7529	Konstituierung	31. Mär 2023	31. Mär 2023				
7530	Umsetzung I: Prüfung Machbarkeit	30. Jun 2024	30. Jun 2024				
7531	Umsetzung II: Prüfung Machbarkeit	31. Dez 2024	31. Dez 2024				
7532	Rechenschaftsbericht Kommission zur Legislatur 2021 - 2025	30. Jun 2025					
7533	Beschlussfassung und Abschluss	30. Sep 2025					
5891	Gemeindelandschaft 2035					Ziel LP	B.1.2.7
Einstarker Kanton braucht starke Gemeinden: Mit diesem Leitmotiv sollen Perspektiven zur langfristigen Entwicklung der Gemeindelandschaft bis zum Jahr 2035 entworfen werden. vgl. dazu RRB Nr. 2024/704 vom 6. Mai 2024.							
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2024	Soll-Termin	30. Jun 2028		
Amt	Amt für Gemeinden					Kategorie	keine
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
7728	Initialisierung	30. Jun 2024	6. Mai 2024				
7729	Evaluation Fusionsprojekte / Fusions-Check	30. Jun 2025					
7730	Strategische Fusionsprojekte / Zielbild	30. Jun 2026					
7731	Fusionsförderungsinstrumente optimieren	31. Dez 2027					
7732	Abschluss	30. Jun 2028					
5784	Revision Waldgesetz SO (BGS 931.11)						
Nachvollzug Bundesgesetzgebung, Einbezug der Handlungsfelder Freizeit/Erholung und Naturgefahren. Schaffung eines aktuellen, modernen und allgemeinverständlichen							
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Aug 2021	Soll-Termin	30. Apr 2026		
Amt	Amt für Wald, Jagd und Fischerei					Kategorie	keine
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
7218	Ausarbeitung 1. Entwurf	31. Jan 2023	31. Jul 2023				
7219	Mitberichtsverfahren	29. Feb 2024	11. Mär 2024				
7220	Vernehmlassungsverfahren	15. Aug 2024	13. Aug 2024				
7221	Auswertung Vernehmlassung	28. Feb 2025	4. Mär 2025				
7222	Behandlung durch den Kantonsrat	15. Jul 2025					
7223	Inkrafttreten	1. Apr 2026					
7224	Nacharbeiten / Abschluss	30. Apr 2026					
5867	Revision des kantonalen Jagdgesetzes (JaG, BGS 626.11)						
Nachvollzug Bundesgesetz zur Verhütung und Vergütung von Biberschäden an Infrastrukturanlagen. Gesetzliche Grundlage zur Kostenbeteiligung des Kantons schaffen.							
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2023	Soll-Termin	31. Mär 2026		
Amt	Amt für Wald, Jagd und Fischerei					Kategorie	keine
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
7540	Ausarbeitung Entwurf	30. Jun 2023	30. Jun 2023				
7541	Mitberichtsverfahren	31. Jul 2023	15. Aug 2023				
7542	Vernehmlassungsverfahren	31. Okt 2023	26. Sep 2023				
7543	Auswertung Vernehmlassung	31. Jan 2024	29. Jan 2024				
7544	Behandlung durch Kantonsrat	30. Sep 2024	11. Sep 2024				
7545	Inkrafttreten	1. Jan 2026					
7546	Nacharbeiten / Abschluss	31. Mär 2026					

5869 Revision des kantonalen Fischereigesetzes (FiG, BGS 625.11)

Nachvollzug Bundesgesetzgebung, Anpassung für nachhaltige Nutzung der Fisch- und Krebsbestände, sowie Einführung eines Hegebeitrags zur Förderung der Solothurner Fischerei.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2023** Soll-Termin **31. Mär 2026**

Amt **Amt für Wald, Jagd und Fischerei**

Kategorie **keine**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
7559	Ausarbeitung 1. Entwurf	31. Mär 2023	31. Mär 2023	
7560	Mitberichtsverfahren	30. Apr 2023	1. Jun 2023	
7561	Vernehmlassungsverfahren	31. Aug 2024	31. Aug 2024	
7562	Auswertung Vernehmlassung	31. Mär 2025		
7563	Behandlung durch den Kantonsrat	2. Jul 2025		
7564	Inkrafttreten	1. Jan 2026		
7565	Nacharbeiten / Abschluss	31. Mär 2026		

5806 Bevölkerungsschutzgesetz

Nachvollzug nach Totalrevision des Bundesgesetzes über Bevölkerungsschutz und Zivilschutz (BZG; SR 520.1) und Aufteilen in separate Gesetze für Zivilschutz und Bevölkerungsschutz im

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2022** Soll-Termin **1. Jul 2026**

Amt **Amt für Militär und Bevölkerungsschutz**

Kategorie **keine**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
7289	Ausarbeitung 1. Entwurf	31. Dez 2023	31. Dez 2023	
7290	Mitberichtsverfahren	30. Jun 2025		
7291	Vernehmlassungsverfahren	30. Nov 2025		
7293	Auswertung Vernehmlassung	1. Jan 2026		
7292	Behandlung durch den Kantonsrat	31. Mär 2026		
7294	Inkrafttreten	1. Jul 2026		

5895 Zivilschutzgesetz

Eigenes Zivilschutzgesetz in Abgrenzung zum Bevölkerungsgesetz, welches sich flexibler und einfacher an neue Bundesvorgaben anpassen lässt.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jul 2024** Soll-Termin **31. Dez 2026**

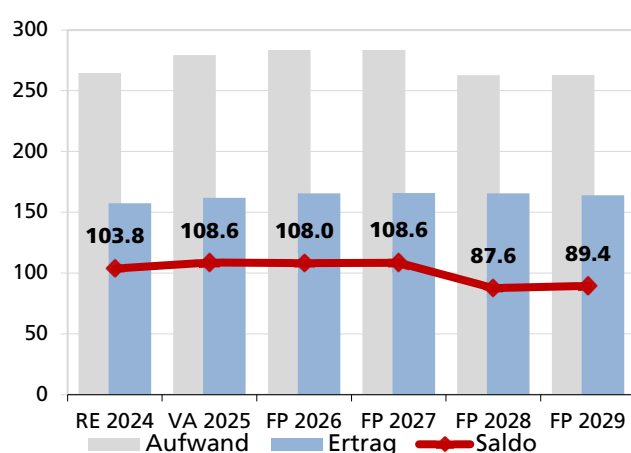
Amt **Amt für Militär und Bevölkerungsschutz**

Kategorie **keine**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
7745	Ausarbeitung 1. Entwurf	31. Dez 2024	31. Dez 2024	
7746	Mitberichtsverfahren	31. Aug 2025		
7747	Vernehmlassungsverfahren	31. Jan 2026		
7748	Auswertung Vernehmlassung	31. Mär 2026		
7749	Behandlung durch den Kantonsrat	31. Mai 2026		
7750	Inkrafttreten	1. Sep 2026		
7751	Nacharbeiten / Abschluss	31. Dez 2026		

Finanzen Volkswirtschaftsdepartement (in MCHF)

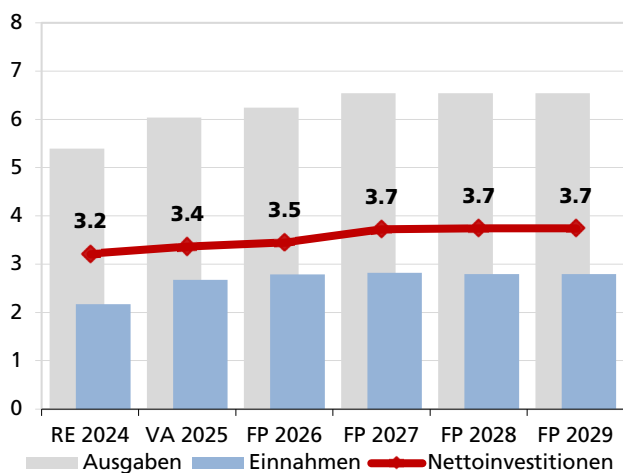
Erfolgsrechnung	RE 2024	VA 2025	FP 2026	FP 2027	FP 2028	FP 2029
Globalbudgets						
Aufwand	149.2	156.9	162.1	162.1	162.1	162.1
Ertrag	-121.3	-119.8	-120.8	-120.8	-120.8	-120.8
Globalbudgetsaldo	27.9	37.1	41.3	41.3	41.3	41.3
Verrechnungen	8.1	3.6	1.8	1.9	2.1	2.3
Saldo	36.0	40.8	43.1	43.2	43.4	43.5
Finanzgrössen						
Aufwand	115.4	122.3	121.3	122.0	100.5	100.8
Ertrag	-36.1	-42.0	-44.7	-45.0	-44.7	-43.1
Verrechnungen	-11.5	-12.5	-11.7	-11.6	-11.6	-11.7
Saldo	67.7	67.8	65.0	65.4	44.2	45.9
Saldo total	103.8	108.6	108.0	108.6	87.6	89.4



Der markante Anstieg beim Globalbudgetsaldo von Rechnung 2024 zu Voranschlag 2025 ist im Wesentlichen auf die geänderte interne Verrechnung des Beitrags FWWA an «Energie und Klima» zurückzuführen. Diese geänderte Verrechnung ist für den Kanton kostenneutral. Der Globalbudgetsaldo im IAFP steigt, verglichen mit dem Voranschlag 2025, an. Im Globalbudget «Energie und Klima» wird auf Basis des Energiekonzeptes 2022 das harmonisierte Gebäudeprogramm weitergeführt und mit dem neuen Impulsprogramm des Bundes verstärkt (KIG). Die Bundesbeiträge fallen beim laufenden Gebäudeprogramm tiefer aus und die Auswirkungen des geplanten Sparpaketes des Bundes sind derzeit noch nicht abschliessend bekannt.

In den Finanzgrössen wird in den Jahren 2026 und 2027 der zeitlich befristete Staatsbeitrag Ausgleich STAF in den Finanz- und Lastenausgleich Einwohnergemeinden um 2 Mio. Franken gekürzt. Der IAFP 2028 ist markant tiefer, weil dieser zeitlich befristete Staatsbeitrag von jährlich 23 Mio. Franken per Ende 2027 ausläuft. Weiter wird der ordentliche jährliche Staatsbeitrag an den Finanz- und Lastenausgleich zeitlich befristet für die Jahre 2025–2028 um 1,5 Mio. Franken jährlich gekürzt. Ab 2026 ist wieder ein Betrag für Gemeindefusionen eingerechnet.

Investitionsrechnung	RE 2024	VA 2025	FP 2026	FP 2027	FP 2028	FP 2029
Total						
Ausgaben	5.4	6.0	6.2	6.5	6.5	6.5
Einnahmen	2.2	2.7	2.8	2.8	2.8	2.8
Nettoinvestitionen	3.2	3.4	3.5	3.7	3.7	3.7
Einzelne Nettoinvestitionen						
Zufahrten zu Berghöfen	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7
Wald	0.6	0.2	0.3	0.3	0.3	0.3
Landwirtschaft	2.1	2.5	2.6	2.8	2.8	2.8



Im IAFP 2026–2029 gibt es gegenüber dem Budget 2025 keine wesentlichen Abweichungen. Aus dem MP24 sind für die Jahre 2025 und 2026 Kürzungen der Betriebshilfe für Landwirtschaftsbetriebe eingeplant. Wegen Nachholbedarf bei Strukturverbesserungsvorhaben im ländlichen Raum stellt der Bund mehr Mittel zur Verfügung. Dies führt zu einer Anpassung der erforderlichen kantonalen Mittel.

7 Gerichte

7.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Die Gerichte sorgen für den Rechtsfrieden: Sie beurteilen Streitigkeiten unter Privaten und Straftaten. Im Rahmen der Verwaltungsgerichtsbarkeit überprüfen sie staatliche Akte. Schliesslich beurteilt das Versicherungsgericht sozialversicherungsrechtliche Streitigkeiten. Die gerichtlichen Instanzen sind:

(a) Das Obergericht: Es übt die oberinstanzliche Zivil- und Strafjustiz aus sowie die Verwaltungs- und Sozialversicherungsgerichtsbarkeit, letztere durch das Verwaltungs- und das Versicherungsgericht, welche in das Obergericht integriert sind. (b) Das Kantonale Steuergericht entscheidet über Beschwerden gegen Entscheide des Steueramts. (c) Die fünf Richterämter (Solothurn-Lebern, Bucheggberg-Wasseramt, Thal-Gäu, Olten-Gösgen und Dorneck-Thierstein) üben die erstinstanzliche Zivil- und Strafjustiz aus. (d) Das Haftgericht überprüft Verhaftungen und andere Zwangsmassnahmen sowie Haftentlassungsgesuche. (e) Die Kantonale Schätzungskommission, als Spezialverwaltungsgericht, beurteilt Forderungen aus Enteignung und Beschwerden betreffend Grundeigentümerbeiträge.

7.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan

0.0.0 Im Legislaturplan finden sich keine Vorgaben zur Justiz.

7.3 Politische Ziele und Leistungen

Die Organisation des Gerichtswesens ist durch Gesetz festgelegt. Die Arbeitsweise der Gerichte ist durch die Prozessordnungen detailliert geregelt. Die rechtssuchenden Bürgerinnen und Bürger haben Anspruch auf Einhaltung dieser gesetzlichen Regeln. Bei der Gestaltung ihrer Aufgabenerfüllung haben die Gerichte deshalb einen sehr engen Spielraum. Dieser beschränkt sich auf die effiziente Organisation der Abläufe. Ebenso eng ist der Spielraum im finanziellen Bereich. Die Gerichte sind zur effizienten Erfüllung ihrer Aufgaben auf einen Mindestbestand an gut qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern angewiesen. Die Besoldungen machen denn auch den weitaus grössten Teil der Aufwendungen aus. Die Höhe der gerichtlichen Einnahmen schliesslich bestimmt sich durch den gesetzlichen Gebührentarif. Insgesamt haben die Gerichte somit einen geringen Gestaltungsspielraum für die Erfüllung ihrer Aufgaben. Zur Erhaltung des Rechtsfriedens müssen sie dem rechtssuchenden Bürger oder der rechtssuchenden Bürgerin schnelle und qualitativ angemessene Entscheidungen bieten können.

7.4 Massnahmen Gerichte

5836 Digitalisierung der kantonalen Justizbehörden

Digitalisierung der kantonalen Justizbehörden (im Kanton Solothurn nebst Gerichten insb. auch Staatsanwaltschaft, Jugendanwaltschaft und Amt für Justizvollzug) inklusive Umsetzung des nationalen Projekts "Justitia 4".

Status **In Arbeit**

Amt **Gerichte**

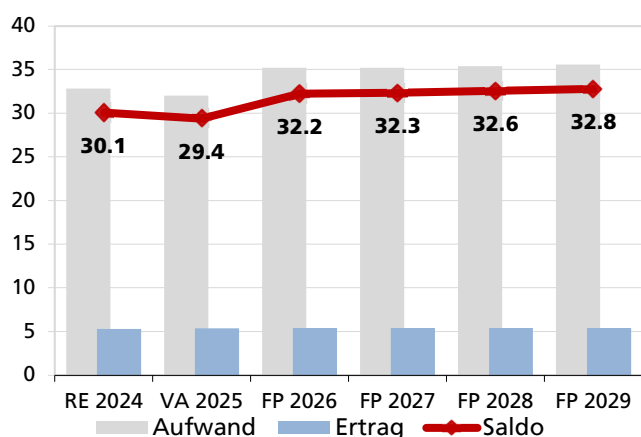
Kategorie

keine

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
7405	Entscheid Projektauftrag	30. Jun 2023		
7406	Projektabschluss			

Finanzen Gerichte (in MCHF)

Erfolgsrechnung	RE 2024	VA 2025	FP 2026	FP 2027	FP 2028	FP 2029
Globalbudgets						
Aufwand	22.5	23.4	25.6	25.6	25.8	26.0
Ertrag	-4.8	-5.1	-5.1	-5.1	-5.1	-5.1
Globalbudgetsaldo	17.7	18.3	20.5	20.6	20.8	20.9
Verrechnungen	2.6	2.8	2.4	2.5	2.5	2.6
Saldo	20.3	21.1	22.9	23.1	23.3	23.5
Finanzgrössen						
Aufwand	10.3	8.6	9.6	9.6	9.6	9.6
Ertrag	-0.5	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	9.8	8.3	9.3	9.3	9.3	9.3
Saldo total	30.1	29.4	32.2	32.3	32.6	32.8



Im IAFP 2026–2029 werden für den Kernbereich der Gerichtstätigkeit insgesamt mit 6,3 zusätzlichen FTE gerechnet. Die zusätzlichen Stellen bilden die in qualitativer und/oder quantitativer Hinsicht steigende Arbeitslast ab. Die Erhöhung ist notwendig, obwohl Arbeitsabläufe stetig verbessert und beispielsweise durch gesetzliche Anpassungen verursachte Mehraufwände so effizient wie möglich umgesetzt werden.

Für die administrativen Tätigkeiten der Gerichte sowie die Digitalisierung der Solothurner Justiz werden fünf zusätzliche FTE budgetiert. Am 5. Dezember 2024 wurde der strategische Grundsatzentscheid für die Ablösung von JURIS 4 gefällt (JURIS Erneuerung LogObject und Vorbereitung Submission). Mit dem strategischen Grundsatzentscheid wird es erstmals möglich, einen Teil der Kosten konkret zu benennen. Es wird darauf hingewiesen, dass vorliegend lediglich die Kosten ersichtlich sind, welche bei den Gerichten für technische Funktionen anfallen, jedoch mittels interner Verrechnungen auf die gesamte Justizkette umgelegt werden. Das fachspezifische Wissen der JURIS-Mandanten müssen diese einbringen. Aufgrund der sich daraus ergebenden Belastungen können bei den JURIS-Mandanten Entlastungsmassnahmen für die angestammten Aufgaben nicht ausgeschlossen werden. Die beim Amt für Informatik und Organisation anfallenden Kosten sind im IAFP der Gerichte nicht abgebildet. Mit weniger Personal kann die Digitalisierung voraussichtlich nicht innerhalb der erforderlichen Zeit oder Qualität umgesetzt werden. Weil Personal teilweise lediglich für einen befristeten Zeitraum benötigt wird, erscheint es angezeigt, punktuell Externe beizuziehen.

Ein grosser Teil der Gesamtkosten der Digitalisierung der Solothurner Justiz muss nach wie vor geschätzt werden, weil einerseits mit vielen Annahmen gearbeitet werden muss und andererseits konkrete Erfahrungswerte fehlen. Die

Kosten hängen unter anderem ab von Bundesprojekten, der Funktionsweise der interkantonalen Zusammenarbeit, Abgrenzungen zum Impulsprogramm bzw. zu dessen Folgeprogramm, technischen Aspekten oder der Zusammenarbeit mit Software-Lieferanten. Eine erste Übersicht der Gesamtkosten ist in Arbeit und sollte dem Parlament im Verlauf des Jahres vorgelegt werden können.

Amt für Finanzen
4509 Solothurn

Impressum und Bezugsquelle:

Amt für Finanzen
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 96
so.ch
afin@fd.so.ch

